



26. Sitzung

Donnerstag, 9. Februar 2012

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira und Vizepräsidentin Dr. Eva Gumbel

Inhalt:

Mitteilung der Präsidentin
Fortsetzung der **Tagesordnung**

1951

Aktuelle Stunde

1951

Fraktion der FPD:

**Rechnungshof hat Recht: SPD
versagt in der Haushaltspolitik**

Katja Suding FDP 1951, 1957
Jan Quast SPD 1952, 1958
Thilo Kleibauer CDU 1953, 1959
Anja Hajduk GAL 1954, 1960
Norbert Hackbusch DIE LINKE 1955
Dr. Peter Tschentscher, Senator 1956
Dora Heyenn DIE LINKE 1961

Fraktion DIE LINKE:

**Neue Mitte Altona: Bürger- und
Bürgerinnenbeteiligung ernst
nehmen und Verfahren neu
aufstellen!**

(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Fraktion der CDU:

**Ex-Sicherheitsverwahrte: Un-
terbringung in Jenfeld sofort
beenden!**

(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Antrag der CDU-Fraktion:

**Schaffung einer Rechtsgrund-
lage für ein örtliches Alkohol-
verbot**

– Drs 20/2993 –

1962

Kai Voet van Vormizeele CDU 1962, 1965
Dr. Martin Schäfer SPD 1962, 1965
Antje Möller GAL 1963, 1966
Carl-Edgar Jarchow FDP 1963
Christiane Schneider DIE LINKE 1964, 1966
Dr. Kurt Duwe FDP 1966

Beschluss

1966

Antrag der GAL-Fraktion:

**Vergabe von Wohnungsbau-
grundstücken sozial neu aus-
richten!**

– Drs 20/3012 –

1967

Olaf Duge GAL 1967, 1971
Andy Grote SPD 1968
Hans-Detlef Roock CDU 1969
Dr. Kurt Duwe FDP 1970
Heike Sudmann DIE LINKE 1970

Beschluss

1971

Große Anfrage der FDP-Fraktion:

Situation der Menschen mit Behinderung in Hamburg – Entwicklungen und Perspektive	1971	Beschlüsse	1994
– Drs 20/2339 –		Antrag der SPD-Fraktion:	
Martina Kaesbach FDP Regina-Elisabeth Jäck SPD Katharina Wolff CDU Katharina Fegebank GAL Cansu Özdemir DIE LINKE	1972 1973 1973 1974 1975	Interkulturelle Kompetenz in den gesundheitlichen Versorgungsstrukturen Hamburgs	1994
		– Drs 20/3016 –	
		dazu	
Beschluss	1977	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Interkulturelle Kompetenz in den gesundheitlichen Versorgungsstrukturen Hamburgs	1994
Hallen- und Freibad Ohlsdorf; nach erfolgreichem Bürgerentscheid, was nun?		– Drs 20/3138 –	
– Drs 20/3000 (Neufassung) –	1977	und	
Dora Heyenn DIE LINKE Gunnar Eisold SPD Klaus-Peter Hesse CDU Christiane Blömeke GAL Robert Bläsing FDP Farid Müller GAL	1977, 1982 1978, 1983 1979 1981 1982 1983	Antrag der FDP-Fraktion:	
		Interkulturelle Kompetenz in den gesundheitlichen Versorgungsstrukturen Hamburgs	1994
		– Drs 20/3140 –	
		sowie	
Beschluss	1984	Antrag der CDU-Fraktion:	
Antrag der SPD-Fraktion:		Gesundheitliche Versorgungsstrukturen Hamburgs – Kompetenzen und Potenziale von Menschen mit Migrationshintergrund noch besser nutzen	1994
Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber schaffen		– Drs 20/3153 –	
– Drs 20/2831 –	1984	Kazim Abaci SPD	1994
Hansjörg Schmidt SPD	1984	Nikolaus Haufler CDU	1996
Ralf Niedmers CDU	1985	Heidrun Schmitt GAL	1996
Farid Müller GAL	1985	Dr. Wieland Schinnenburg FDP	1997
Finn-Ole Ritter FDP	1986	Cansu Özdemir DIE LINKE	1998
Christiane Schneider DIE LINKE	1987		
Beschlüsse	1987	Beschlüsse	1999
Antrag der CDU-Fraktion:		Bericht des Eingabenausschusses:	
Elektromobilität weiter ausbauen		Eingaben	1999
– Drs 20/2996 –	1988	– Drs 20/2921 –	
Birgit Stöver CDU	1988	Bericht des Eingabenausschusses:	
Dorothee Martin SPD	1989	Eingaben	1999
Dr. Till Steffen GAL	1990	– Drs 20/2922 –	
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	1991	Bericht des Eingabenausschusses:	
Heike Sudmann DIE LINKE	1992	Eingaben	1999
Frank Horch, Senator	1993	– Drs 20/2923 –	

Beschlüsse	1999	Haushaltsplan 2011/2012 – Einzelplan 3.1 Behörde für Schule und Berufsbildung	
Sammelübersicht	1999	hier: Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 37 Absatz 4 Landeshaushaltsordnung (LHO) – Mehrbedarf für Maßnahmen der Ausbildungsförderung (Senatsantrag)	
Beschlüsse	1999		
Große Anfrage der CDU-Fraktion:			
Ausbau A 7 – Drohender Verkehrskollaps in Hamburgs Nordwesten			
– Drs 20/2001 –	2000	Beschlüsse	2000
Beschluss und Kenntnisnahme ohne Besprechung	2000	Antrag der SPD-Fraktion:	
		Europäisches Städtenetzwerk für Sport und Bewegung – "Cities for Sports"	
Große Anfrage der FDP-Fraktion:		– Drs 20/3015 –	2001
Zur Situation der Freien Berufe in Hamburg		Beschluss	2001
– Drs 20/2677 –	2000		
Beschluss und Besprechung beantragt	2000		
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:			
Bürgerschaftliches Ersuchen vom 25.08.2011 „Radverkehrsforum erhalten – Radverkehrsstrategie umsetzen“ Drs.: 20/1112			
– Drs 20/2847 –	2000		
dazu			
Antrag der GAL-Fraktion:			
Ziele der Radverkehrsstrategie beibehalten			
– Drs 20/3142 –	2000		
Beschlüsse	2000		
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/2391:			

Beginn: 15.02 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Wir setzen die

Aktuelle Stunde

von gestern fort und beginnen mit dem zweiten Thema, das wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden konnte, angemeldet von der FDP-Fraktion:

Rechnungshof hat Recht: SPD versagt in der Haushaltspolitik

Frau Suding, Sie haben das Wort.

Katja Suding FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Am vorletzten Montag hat der Rechnungshof seinen Jahresbericht 2012 über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg vorgestellt. Schwerpunkt des Berichts ist die Nachhaltigkeit des staatlichen Handelns und damit eines der zentralen Themen, mit denen sich Parlament und Regierung auseinanderzusetzen haben. Für diesen Bericht möchte ich, auch im Namen der FDP-Fraktion, Herrn Dr. Meyer-Abich und seinem Team herzlich danken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie werden die Ausführungen von Herrn Dr. Meyer-Abich gehört haben, ich möchte hier nicht alles wiederholen. Im Juni werden wir uns dann aber intensiv im Unterausschuss damit beschäftigen, dass der Senat im sozialen Bereich viel Geld ausgibt, über Wirkung und Qualität der Maßnahmen aber weitgehend Unwissenheit herrscht, dass die Erhaltung der staatlichen Infrastruktur fahrlässig vernachlässigt wurde und wird und der Betriebshaushalt der Stadt für die Unterhaltung jährlich 300 Millionen zusätzlich aufbringen muss, und dass das Anlagevermögen der Stadt auf weniger als die Hälfte des Anschaffungswertes taxiert wird. Wir werden uns darüber unterhalten, dass beim Klimaschutz nur ein Bruchteil der Maßnahmen überhaupt einer Erfolgskontrolle unterzogen werden konnte, und das dann auch noch mit einem schlechten Ergebnis.

Ich habe nur fünf Minuten Zeit und möchte mich deshalb auf einen wesentlichen Punkt konzentrieren, nämlich die strukturellen Fehlentwicklungen in der Haushaltspolitik des Senats. Der Rechnungshof hat – wie schon in seinem Bericht zur Nachhaltigkeit der Finanzwirtschaft vom letzten Dezember – sehr deutlich gemacht, dass zwischen dem sinnvollen Finanzkonzept des Senats und den von ihm getroffenen Maßnahmen eine große Lücke klafft. Im Klartext: In der Theorie ist das Konzept,

bis 2020 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, gut, in der Praxis aber versagt der Senat.

(Beifall bei der FDP)

Uns stellt sich heute die Frage, ob der Senat und die SPD-Mehrheitsfraktion überhaupt verstanden haben, was ihnen der Rechnungshof mitgeteilt hat. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass die Botschaft gar nicht angekommen ist.

So haben Sie, Herr Senator Tschentscher, uns in einem Interview mit "Der Welt" am 29. Januar wissen lassen, dass Sie schon in 2011 einen gewissen Erfolg beim Personalabbau in der Verwaltung gehabt hätten. Das ist nicht nur nicht nachvollziehbar, es ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der FDP)

Richtig ist, dass es im letzten Jahr erneut einen Anstieg der städtischen Beschäftigten um mehrere Hundert gegeben hat. Und auch, dass Sie die Einstellung der Stadtbahn-Planungen als eine der wichtigsten Einsparungen bezeichnen, ist grotesk. Es handelt sich dabei nämlich um Einmaleffekte, mit denen Sie selbstverständlich keine dauerhaften Ausgabensteigerungen ausgleichen können. Wie Sie die jüngst beschlossene Abschaffung der Studiengebühren oder das kostenlose Kita- und Hortmittagessen – Kostenpunkt immerhin 60 Millionen Euro jährlich – finanzieren wollen, bleibt also offen. Kein Wort verlieren Sie, lieber Herr Senator, über eine der größten Haushaltsbelastungen, nämlich die immensen Pensionsverpflichtungen, die in den nächsten Jahren wie eine Lawine über die Stadt rollen werden.

Auch bei der SPD-Mehrheitsfraktion sehen wir eine deutliche Verweigerung, die Realität zur Kenntnis zu nehmen. Herr Quast, Sie als Haushaltsfachsprecher der SPD-Fraktion verkündeten in einer Presseerklärung vom 30. Januar, dass Ihre Fraktion mit dem Haushaltsplan 2011/2012 wichtige Weichenstellungen vorgenommen habe. Das allerdings konnten Sie bislang weder gegenüber der Opposition noch gegenüber dem Rechnungshof mit Fakten unterlegen.

Ich zitiere Herrn Dr. Meyer-Abich:

"Das Jahr 2011 haben wir schon verloren."

Bezogen auf das Haushaltsjahr 2012 fragt er:

"Wäre da nicht mehr möglich gewesen?"

Und für den Haushalt 2013/2014 fordert er richtigerweise, da

"muss jetzt mal endlich Butter bei die Fische."

Herr Senator Tschentscher, wir fordern Sie und den heute wieder einmal abwesenden Bürgermeister auf:

(Katja Suding)

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was heißt wieder? Gestern war er da!)

Wenn Sie schon nicht auf die Forderungen der Opposition eingehen wollen, nehmen Sie die mahnenden Worte des Rechnungshofs als dringenden Appell, Ihre Haushaltspolitik umzusteuern.

(Beifall bei der FDP)

Leiten Sie, lieber Herr Senator Tschentscher, im Interesse der Stadt und im Interesse nachfolgender Generationen endlich die notwendige Wende in der Haushaltspolitik ein und wälzen Sie die Verantwortung dafür nicht auf die Fachressorts ab, denen Sie unklare Vorgaben für die Erreichung globaler Minderausgaben machen. Nehmen Sie Ihre Verantwortung als Finanzsenator an und steuern Sie die Sparmaßnahmen zentral in Ihrer Behörde.

(Beifall bei der FDP – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Frau Suding, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ein ganz kurzer Schlusssatz bitte.

Katja Suding FDP (fortfahrend): Herr Senator Tschentscher, die Zeit der Wahlgeschenke ist vorbei.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Dann hat jetzt das Wort Herr Quast.

(Dietrich Wersich CDU: Sag' doch einfach: Alles ist in Ordnung!)

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Wersich, vielen Dank. Beim nächsten Mal können Sie mir ein paar Stichworte für meine Rede aufschreiben – das war schon ganz gut, wie Sie angefangen haben –, aber ich möchte auch noch ein paar eigene Gedanken vortragen.

Zunächst einmal möchte ich mich dem Dank der FDP-Fraktion an den Rechnungshof anschließen. Der Bericht, den der Rechnungshof uns Jahr für Jahr vorlegt, ist eine wichtige Arbeitsgrundlage, und wir werden ihn intensiv in den Gremien beraten.

(Beifall bei der SPD)

Schade ist nur – und deswegen ist es auch gut, dass wir uns die Beratungszeit nehmen –, dass zumindest Sie, liebe Kollegin Suding, den Bericht sehr selektiv gelesen und nur rudimentär wahrgenommen und wiedergegeben haben, was tatsächlich in ihm steht. Zentral ist doch, dass der Rechnungshof in Bezug auf das von Ihnen benannte Thema – die Nachhaltigkeit der Finanzwirtschaft und die Anforderungen, die sich uns in den nächsten Jahren stellen – durchaus anerkennt, dass

erstmal ein Senat ein Modell entwickelt hat und es auch umsetzt, das zu einer nachhaltigen Konsolidierung des Hamburger Haushalts führen wird.

(Beifall bei der SPD – Katja Suding FDP: Ein Modell!)

Der Bericht spiegelt die Versäumnisse der letzten Jahre wider. Wir hatten nicht viel Zeit für den Haushalt 2011/2012 und konnten nur vereinzelt neue Schwerpunkte setzen, weil wir im Wesentlichen damit beschäftigt waren, die Versäumnisse der Vorgängersenate abzuarbeiten und unrealistische Ideen zu streichen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh! – Dietrich Wersich CDU: Das wärmt das sozialdemokratische Herz!)

Wir tilgen Schulden in Höhe von 200 Millionen Euro. Wir gleichen das Defizit beim Sondervermögen Stadt und Hafen aus und sanieren den Hamburgischen Versorgungsfonds. Das sind Altlasten, die in den letzten zehn Jahren gesehen, aber nicht angegangen worden sind. Wir tun etwas, Frau Suding.

(Beifall bei der SPD)

Die vor uns liegende Aufgabe wird nicht geringer. Der Rechnungshof rechnet uns vor, dass der Sanierungsbedarf aufgrund bislang unterlassener Sanierungen an öffentlichen Bauten, Straßen und Grünanlagen bei mehreren Milliarden Euro liegen wird. Wir werden dieses Problem im nächsten Doppelhaushalt weiter verfolgen. Wir haben angefangen und wir gehen weiter.

(Dietrich Wersich CDU: Sie haben doch noch gar nicht angefangen!)

Wir haben ein Sanierungsprogramm beschlossen und einen Sanierungsfonds 2020 aufgelegt.

(Dietrich Wersich CDU: Den gab's doch schon!)

Das sind die richtigen und wichtigen Schritte in die richtige Richtung, lieber Kollege Wersich.

(Beifall bei der SPD)

Aber dabei bleibt es nicht. Zu Recht weist der Rechnungshof darauf hin, dass es notwendig ist, Aufgabenkritik zu betreiben und Strukturveränderungen vorzunehmen. Auch das sind wir angegangen. Der Senat, unterstützt von der SPD-Fraktion, handelt, um den Haushalt nachhaltig zu sanieren. Dabei ist es entscheidend, nicht in das alte Muster der CDU zu verfallen, ständig Sparbeschlüsse herbeizuführen, die nicht realistisch sind und die keiner wirklich verfolgt.

(Zurufe von der CDU)

Es geht darum, dass in der Verwaltung und auch in der Bürgerschaft jeder die Aufgabe annimmt, den Hamburger Haushalt zu sanieren, indem er

(Jan Quast)

sich Gedanken darüber macht, welche Aufgaben erledigt werden müssen und welche Aufgaben besser, günstiger und effizienter erledigt werden können.

(Dietrich Wersich CDU: Politisch entscheiden!)

Das werden wir jetzt angehen müssen und dann auch politisch entscheiden. Herr Wersich, Sie haben Entscheidungen getroffen, die Sie niemals in der Lage waren umzusetzen. Das mussten wir im Haushalt 2011/2012 ausbügeln.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage auch ganz deutlich – das habe ich schon vor vierzehn Tagen an dieser Stelle gesagt –, dass davon auch die sogenannten Schonbereiche nicht ausgenommen sind. Auch in diesen Bereichen gilt es für Senat, Bürgerschaft und Verwaltung, sich darüber Gedanken zu machen, ob man Aufgaben noch besser und effektiver erledigen kann. Das ist klar, dazu stehen wir, das werden wir umsetzen.

(Olaf Ohlsen CDU: Träumer!)

Meine Damen und Herren! Der Prozess der Haushaltssanierungen muss intensiv und nachhaltig gestaltet werden. Dieses Ziel kann nicht von heute auf morgen erreicht werden, so bedauerlich das ist, denn wir wollen die Menschen in dieser Stadt mitnehmen und niemanden auf der Strecke lassen, wenn wir den Haushalt in Ordnung bringen.

(Beifall bei der SPD und Heiterkeit bei der CDU – Finn-Ole Ritter FDP: Ja, genau!)

Ein abschließender Satz. Wir tun all dies, obwohl wir auf Bundesebene ständig Nackenschläge von CDU und FDP hinnehmen müssen.

(Zurufe von der CDU)

Morgen wollen Sie im Bundesrat ein zulasten des Hamburger Haushalts gehendes Gesetz beschließen. Jahr für Jahr wird uns Geld fehlen, wenn das Gesetz zum Abbau der kalten Progression beschlossen wird: 2013 werden 20 Millionen Euro fehlen, 2014 57 Millionen Euro und so weiter. Da könnten Sie etwas dafür tun, um dem Hamburger Haushalt zu helfen, und das unterbleibt.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Kleibauer.

Thilo Kleibauer CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch meine Fraktion hat den Bericht des Rechnungshofs mit großem Interesse gelesen. Wir werden ihn in den Ausschüssen und Gremien sicherlich bis zur Sommerpause sehr intensiv beraten. Auch meine Fraktion dankt natürlich den Mitarbeitern, den Mitgliedern

(Heike Sudmann DIE LINKE: Und den Mitarbeiterinnen!)

und dem scheidenden Präsidenten des Rechnungshofs.

(Beifall bei der CDU und bei Katja Suding FDP)

Wenn man im Rahmen eines Fünfminutenbeitrags den Rechnungshofbericht diskutiert, dann droht man der Gefahr zu erliegen, lieber Herr Quast, Rosinenpickerei zu betreiben. Genau das haben Sie getan, indem Sie sich ein, zwei Punkte herausgepickt haben, bei denen Sie gut dastehen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt kommen deine Rosinen!)

Das war, lieber Herr Dressel, aber auch entlarvend. Was hat Herr Quast denn angesprochen? Er sagte, er sei gegen Sparbeschlüsse.

(Jan Quast SPD: So'n Quatsch!)

Kein Wunder, denn wenn man sich den Haushalt 2011 anschaut, muss man feststellen, dass viele Sparbeschlüsse der Vorgängerregierung aufgeweicht wurden. Sie haben sozusagen das Fass geöffnet.

(Beifall bei der CDU)

Ich fand es schon putzig, lieber Herr Quast, dass Sie den Sanierungsfonds angesprochen haben. Was haben Sie denn in diesem Bereich getan? Sie haben den entsprechenden Haushaltstitel nicht nur vom Namen her geändert, Sie haben ihn auch um 5 Millionen Euro abgesenkt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist in den Straßenbau gegangen!)

Sie sprechen von einem großen Sanierungsbedarf und senken den Sanierungsfonds von 25 Millionen Euro um 20 Prozent auf 20 Millionen Euro ab. So sieht Ihre Schwerpunktsetzung aus, lieber Herr Dressel.

(Beifall bei der CDU und bei Finn-Ole Ritter FDP)

Im Kern geht es dem Rechnungshof um eine nachhaltige Haushaltspolitik, das ist auch bei meinen Vorrednern schon angeklungen. Der Rechnungshof hat dem Senat, und zwar diesem Senat, explizit ins Stammbuch geschrieben:

"Gut gemeint reicht nicht. Guter Wille ohne gute Umsetzung ist eher schädlich."

Das heißt, Herr Quast, dass man über Haushaltskonsolidierung nicht nur reden, sondern sie auch umsetzen muss. Und genau da scheitert es bei Ihnen.

(Beifall bei der CDU und bei Katja Suding FDP)

(Thilo Kleibauer)

Finanzsenator Tschentscher hat im Juni letzten Jahres bei der Einbringung des Haushalts 2011/2012 – seines Haushalts – gesagt – ich zitiere –:

"Wir wollen keine ungedeckten Schecks ausstellen, wir wollen uns nicht reich rechnen, wir wollen einen Haushalt, der die Finanzlage wahrheitsgemäß abbildet, ohne Selbsttäuschung und Kurzzeiteffekte."

Das Gegenteil ist der Fall. Sie täuschen nicht nur sich selbst, sondern auch andere mit Ihren Zahlen und arbeiten mit ganz vielen Kurzzeiteffekten.

(Beifall bei der CDU)

Wir als CDU haben in den vergangenen Monaten wiederholt darauf hingewiesen, dass das, was dieser Senat als Haushaltspolitik verkauft, nicht tragfähig ist. Wir haben immer wieder gesagt, dass die vom Senat angekündigten finanzpolitischen Maßnahmen nichts anderes sind als Symbolpolitik, dass dieser Senat bewusst mit falschen Zahlen arbeitet und dass eine schnelle und unumstößliche Schuldenbremse dringend notwendig ist.

(Beifall bei *Dietrich Wersich* CDU)

Genau das hat Ihnen der Rechnungshof auch aufgeschrieben. In jedem dieser Punkte gibt Ihnen der Rechnungshof recht.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Wem?)

Der Rechnungshof beklagt die substanzlose Symbolpolitik der Finanzbehörde. Er stellt fest, dass die Finanzpolitik des Senats die Haushaltswirklichkeit nicht mehr abbildet. Er fordert dezidiert die Aufnahme einer Schuldenbremse in die Hamburgische Verfassung. Liebe SPD, lieber Senat, nehmen Sie diese deutlichen Worte des Rechnungshofs ernst.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Lassen Sie mich hierzu einige Beispiele nennen. Zur Symbolpolitik: Wir alle können den Spruch "pay as you go" nicht mehr hören. Mit diesem Motto ist Ihr Senat angetreten. Er hat gesagt, jede Mehrausgabe werde strukturell an anderer Stelle ausgeglichen. Das Gegenteil ist der Fall.

(*Dora Heyenn* DIE LINKE: Genau!)

Sie haben im Jahr 2011 28 Millionen Euro für Wahlgeschenke ausgegeben – 2012 werden es schon 70 Millionen Euro sein –, und Sie haben keine strukturelle Gegenfinanzierung für diese zusätzlichen Ausgaben, Sie reden nur davon. Dabei sind in jeder Haushaltsausschusssitzung die Kriterien für den Abbau von 250 Stellen plötzlich anders. Das ist weder solide noch seriös.

(Beifall bei der CDU und bei *Katja Suding* FDP)

Ein Beispiel zum Stichwort Haushaltswirklichkeit, wir haben es schon mehrfach angeführt. Sie reden von der 1-Prozent-Regel. In Wahrheit sind es 2011 5 Prozent, weil dies auf höheren Zahlen aus dem Jahr 2010 basiert; auch das betont der Rechnungshof. Das führt zu einer zusätzlichen Verschuldung von bis zu 3 Milliarden Euro. Das ist nicht zeitgemäß, das ist planlos.

Meine Damen und Herren! Lieber Senat, liebe Kollegen von der SPD, hören Sie auf die Opposition,

(*Arno Münster SPD*: Bitte nicht!)

hören Sie auf den Rechnungshof. Beginnen Sie mit einer Finanzpolitik, die nicht auf Symbolik setzt, sondern solide ist und die die Haushaltswirklichkeit berücksichtigt. Machen Sie ernst mit der Schuldenbremse. Wenn Sie hier nicht ernst machen, wenn Sie diesen Punkt aus der Landeshaushaltsordnung streichen, die Verfassung nicht ändern und an 2020 festhalten, dann ist das ein schwaches Signal und eine ganz riskante Strategie.

(*Norbert Hackbusch* DIE LINKE: So ein Quatsch!)

Hamburg hat gute Chancen, im vorderen Mittelfeld der Bundesländer dabei zu sein. Diese Chance verspielen Sie, das geht zulasten der Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Frau Hajduk, Sie haben das Wort.

(*Erck Rickmers SPD*: Schicke Jacke!)

Anja Hajduk GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bürgermeister Olaf Scholz hat die solide Haushaltspolitik ins Zentrum seiner Regierungspolitik gestellt. Gemessen an dieser Herausforderung sind die Feststellungen im Rechnungshofbericht sehr ernüchternd. Da hilft auch keine laute Stimme, Herr Quast, da hilft nur, dass auch der haushaltspolitische Sprecher der Regierungsfraktion sich mit den Rosinen auseinandersetzt, die für Sie vielleicht etwas schwerer zu picken sind. Das hätte der Rechnungshof mit seiner Arbeit verdient. Sie machen es sich definitiv viel zu einfach.

(Beifall bei der GAL, der CDU, vereinzelt bei der FDP und bei *Dora Heyenn* DIE LINKE)

Es ist richtig, dass die mittelfristige Konsolidierungsstrategie des Senats gelobt wird. Wir unterstützen diese Strategie. Es ist richtig, dass die Konjunkturbereinigung bei den Einnahmen durch diesen Senat konservativ geschätzt wird, das scheuen wir uns nicht zu sagen. Auch das unterstützen wir. Aber ein Hauptvorwurf in Bezug auf den Haushalt 2011/2012, auch des Rechnungshofs und nicht nur der Oppositionsmehrheit, lautet, dass Sie einmalige Ablösungen von Bundesdarle-

(Anja Hajduk)

hen und andere Sondereffekte nutzen, um die Ausgabengrenze anzuheben. Und der Rechnungshof sagt ebenso wie wir, das darf dauerhaft nicht geschehen, das belastet den Haushalt und vergrößert das strukturelle Defizit. Das müssen Sie schlicht und einfach einmal verarbeiten und vielleicht auch anerkennen.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Ein wichtiger Hinweis ist, gerade auch vor dem Hintergrund der Debatte, die wir gestern geführt haben – ich zitiere aus dem Bericht zum Thema Schonbereiche –:

"Damit sind gerade solche Handlungsfelder zu Schonbereichen erklärt worden, die in der Aufgabenhoheit von Land und Gemeinden liegen, sodass von Bundesgesetzen geprägte Bereiche wie Jugend und Soziales den Konsolidierungsdruck auffangen müssten, obwohl Hamburg hier nur sehr begrenzte Handlungsmöglichkeiten hat."

Dieser Hinweis zeigt, dass man Schonbereiche und Wahlversprechen nicht so weit ausdehnen darf, dass alle anderen Bereiche durch den Konsolidierungsdruck, der sich dann in voller Höhe auf sie konzentriert, an die Wand gedrückt werden.

(Beifall bei der GAL)

Aber das Wichtigste ist der Blick nach vorne. Der Haushalt 2013/2014 wird für den SPD-Senat zum Haushalt der Wahrheit. Er wird zeigen, ob Sie es wirklich ernst meinen mit der Konsolidierung. Ich komme auf den Bericht des Rechnungshofs zurück. Zur neu vorgelegten Finanzplanung stellt der Rechnungshof fest, dass die Ausgabenlinie im Jahr 2014 nach seiner Berechnung um 300 Millionen Euro zu hoch ist. Ich erinnere gerne daran, dass die GAL-Fraktion für den Haushalt 2012 300 Millionen Euro weniger im Haushaltsvolumen beantragt hat – mit Deckung. Sie haben das zurückgewiesen. Ihre Finanzplanung wird dazu führen – das sind nicht meine Zahlen, sondern Angaben des Rechnungshofs –, dass das strukturelle Defizit im Jahr 2014 bei 977 Millionen Euro und damit auf derselben Höhe wie im Jahr 2011 liegen wird. Die SPD wird den Menschen in Hamburg erklären müssen, welche Konsolidierungsleistung sie in den Jahren 2011, 2012, 2013 und 2014 denn erbringen will,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, warten Sie mal die Haushaltsberatungen ab!)

wenn sie diese Legislaturperiode mit demselben strukturellen Defizit abschließen will, wie sie sie angetreten hat.

Sie haben noch eine ganze Menge Arbeit vor sich, Herr Tschentscher. Wir werden das im Blick behalten und nicht akzeptieren, dass Sie alle schwierigen Aufgaben zur Einhaltung der Schuldenbremse

in die nächste Legislaturperiode verschieben und die absolute Mehrheit der SPD keinen Cent dazu beiträgt. Das kann nicht sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei Katja Suding FDP)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Herr Hackbusch das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin sehr erfreut über den Rechnungshofbericht. Er hat die Situation der Stadt und die Aufgaben, die vor ihr liegen, eindringlich dargelegt. Eine Zahl zeigt die Dramatik der Situation besonders deutlich: Schon in seinem Vorbericht hat der Rechnungshof im Zusammenhang mit den Stelleneinsparungen nachgewiesen, dass nach den Vorgaben des Senats nicht 250 Stellen im Jahr abgebaut werden müssten, sondern 950 Stellen.

Ich könnte es mir jetzt so einfach wie einige meiner Vorrednerinnen und Vorredner machen, die gesagt haben, ihre Partei habe niemals und in keiner Art und Weise das strukturelle Defizit mit zu verantworten gehabt, und sich als diejenigen darstellen, die alles glorreich und richtig machen. Aber ich glaube, die Situation ist schwierig und um einiges komplizierter, als es gegenwärtig diskutiert wird.

Ich finde es gut, dass der Rechnungshof uns klar macht, welche Schwierigkeiten wir in dieser Stadt haben und wie unsere finanzielle Situation aussieht; das ist besonders wichtig im Zusammenhang mit der Infrastruktur. Ich finde aber, dass der Bericht ein Defizit im Hinblick darauf hat, was ich soziale und kulturelle Infrastruktur nennen würde. Es ist leicht, klar zu machen, dass es umso teurer wird, eine Straße zu reparieren, je stärker sie kaputtgegangen ist. Wenn soziale und kulturelle Infrastruktur in die Brüche geht, sind wir nicht in der Lage, den Schaden in Euro zu beziffern, und trotzdem ist es dramatisch.

Ich teile die Meinung von Herrn Scheele aus der gestrigen Debatte nicht, dass das Problem in Wilhelmsburg nicht auch ein Problem der materiellen Ausstattung der Jugendhilfe ist. Ich habe den Eindruck, dass dort zu wenig Geld ausgegeben worden ist.

(Beifall bei der LINKEN – Dirk Kienschurf SPD: Das ist doch Blödsinn!)

Und wenn das der Fall ist, dann muss man sich darüber Gedanken machen, wie man in die Lage kommt, die Jugendhilfe finanziell ausreichend auszustatten. Das muss man diskutieren, Herr Kienschurf,

(Dirk Kienschurf SPD: Es lag nicht am Geld, das wissen Sie ganz genau!)

(Norbert Hackbusch)

und solche dummen Zwischensprüche sind Ihnen nicht erlaubt.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU, der GAL und der FDP)

Gestern haben Sie versprochen, das aufzuarbeiten.

(Dirk Kienscherf SPD: Da waren fünf Leute in der Familie! Das wissen Sie auch! – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Ihnen, Herr Hackbusch, ist das Wort "dumm" nicht erlaubt.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Aber er hat "Blödsinn" gesagt!)

Dann bitte ich auch Herrn Kienscherf, entsprechend zum parlamentarischen Sprachgebrauch zurückzukehren.

Norbert Hackbusch DIE LINKE (fortfahrend): Wenn wir das aufarbeiten und feststellen, dass es Defizite in unserer sozialen Infrastruktur gibt, dann müssen wir diese beseitigen und können uns nicht auf Zahlen nach dem Motto, dass wir Ausgaben reduzieren müssen, zurückziehen. Das ist die eine Seite.

(Andy Grote SPD: Und das kann man alles mit mehr Geld lösen!)

– Nein, aber Sie haben Scheuklappen auf und sagen, am Geld könne es auf keinen Fall liegen. Das hat gestern Herr Scheele gesagt, und das ist falsch.

Die andere Seite – und das hat der Rechnungshof zu wenig berücksichtigt – ist die Frage der Einnahmesituation. Hamburg ist keine Insel. Morgen wird im Bundesrat eine Entscheidung über 480 Milliarden Euro gefällt, die die Bundesrepublik als neue Sicherheit für die Banken aufbringen soll. Das heißt, allein Hamburg muss 12 Milliarden Euro tragen. Morgen beschließt also der Bundesrat, dass jeder Hamburger Bürger 8000 Euro Sicherheiten und Bürgschaften für die Banken aufnimmt. Und wir diskutieren diese Frage nicht, sondern tun so, als ob wir Unterabteilungsleiter in einem kleinen Unternehmen wären nach dem Motto: Wir haben diese Marge auferlegt bekommen und müssen sie erfüllen. So ist es aber nicht, sondern Sie alle haben die Verantwortung für die soziale und kulturelle Infrastruktur in dieser Stadt.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie tragen die Verantwortung dafür, dass man hier noch gut leben kann. Und da kann man nicht sagen, dass man eben nur so und so viel Geld zur Verfügung habe, sondern man muss dafür streiten, dass sich das ändert. Das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Sie haben versprochen, gemeinsam

mit uns dafür zu streiten, dass sich die Einnahmen verbessern, dass wir weniger ausgeben für die Bankenrettungen in dieser Welt und mehr für die soziale und kulturelle Infrastruktur in dieser Stadt. Das ist für mich die Schlussfolgerung aus unserer Situation. Die Diskussion wird uns dieses Jahr noch begleiten, ich freue mich darauf.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Senator Dr. Tschentscher.

(Olaf Ohlsen CDU: Alles wird gut!)

Senator Dr. Peter Tschentscher: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Opposition wird nicht müde, das Versagen der SPD in der Haushaltspolitik zu verkünden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir hatten als neu gewählter Senat im März noch keine Beschlüsse gefasst, da war schon von Täuschung, Wahlbetrug und Versagen in der Finanzpolitik die Rede.

(Dietrich Wersich CDU: Im Wahlkampf, ja! Da ist nichts von übrig geblieben!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, wir werden Ihre negativen Erwartungen weiterhin enttäuschen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben unser Wahlversprechen mit dem Kita-Sofortprogramm umgesetzt, ohne die Gesamtausgaben zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Senat und SPD-Fraktion haben strenge Ausgaben- disziplin gehalten und keinen einzigen Euro der Steuermehreinnahmen für zusätzliche Ausgaben verwendet. Wir haben das 2011 übernommene Defizit von 1,6 Milliarden Euro schrittweise zurückgeführt, 400-Millionen-Euro-Kredite außerhalb des Kernhaushalts getilgt, die Neuverschuldung vermindert und die Rücklagen der Stadt geschont. Wir werden das erste Haushaltsjahr des SPD-Senats zum 31. Dezember 2011 so erfolgreich beenden, dass Sie kaum noch wissen werden, wie Sie Ihre Rhetorik weiter begründen sollen.

(Beifall bei der SPD)

Heute zitieren Sie den Rechnungshof. Das ist naheliegend, denn dieser steht dem Senat erfahrungsgemäß kritisch gegenüber. Der Rechnungshofbericht ist sorgfältig, und deshalb muss man auch sorgfältig zitieren und den vollen Bericht zur Sprache bringen, der in den folgenden Punkten besteht:

Erstens stellt der Rechnungshof fest, dass der aktuelle Senat von seinen Vorgängern ein erhebli-

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

ches strukturelles Defizit und einen massiven Sanierungsstau übernommen hat. Das ist kein Vorwurf gegen uns. Zweitens stellt der Rechnungshof im Gegensatz zur Opposition fest, dass die Sanierung des Haushalts eine schwierige Aufgabe ist, die man nicht mit dem Patentrezept erledigt, dass man die Schuldenaufnahme schlicht verbietet. Drittens fordert der Rechnungshof an keiner Stelle ein vorgezogenes Schuldenverbot zu einem bestimmten Termin im Sinne der CDU, zum Beispiel ab 2013 oder 2015. Der Rechnungshof verlangt – und hier besteht große Übereinstimmung mit dem Senat –, die Ausgabenpolitik der Stadt nicht an schwankenden Steuereinnahmen zu orientieren, wie dies in früheren Jahren zu oft der Fall gewesen ist. Er unterstützt vielmehr die Vorgehensweise dieses Senats, nur den langfristigen Trend der Steuereinnahmen zur Planungsgrundlage zu machen und daraus eine verlässliche Ausgabenlinie abzuleiten.

Anders als der Senat hält es der Rechnungshof allerdings für sinnvoller, die Ausgabenlinie nicht mit dem Planwert des Jahres 2010, sondern mit dem niedrigeren Ist-Wert zu beginnen. Das ist, darüber ist oft gesprochen worden, aus unserer Sicht keine kluge Empfehlung, aber, anders als die Opposition behauptet, von geringer materieller Bedeutung, weil der Rechnungshof zugleich sagt, dass die von ihm beschriebene Ausgabenlinie durchaus überschritten werden kann, wenn damit Schulden getilgt, die Finanzen außerhalb des Kernhaushalts in Ordnung gebracht oder Sanierungsrückstände abgebaut werden. Genau das tun wir, und deshalb hat der Rechnungshof keinen Einwand gegen unsere Ausgaben für die Jahre 2011 und 2012. Es werden nämlich teure Schulden beim Bund bedient, ein Defizit im Versorgungsfonds saniert und Kredite beim Sondervermögen Stadt und Hafen getilgt. Über diese Schritte gibt es mit dem Rechnungshof keinen Dissens. Das gilt für den aktuellen Doppelhaushalt, und wir werden dafür sorgen, dass dies auch für den Doppelhaushalt 2013/2014 gilt, denn auch in den kommenden Jahren sind erhebliche Sanierungen im doppelten Sinne erforderlich, finanzielle bei ausgelagerten Einheiten und bauliche bei der städtischen Infrastruktur.

Der Rechnungshof unterstreicht in seiner Stellungnahme, wie schwierig es ist, den Anstieg der Ausgaben auf 1 Prozent zu begrenzen. Dies als nicht ambitioniert genug zu bezeichnen, wird dem Ernst der Lage und der Verantwortung, die CDU und GAL hierfür tragen, nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Der Hinweis auf die Schwierigkeiten ist berechtigt, ebenso die Forderung nach Aufgabenkritik. Die Erfahrung hat allerdings gezeigt, dass mit dramatischen Grundsatzklärungen nur wenig gewonnen ist. Aufgabenkritik ist nur dann wirksam, wenn sie ruhig und sachbezogen die verschiedenen öffentli-

chen Aufgabenfelder durcharbeitet, Vor- und Nachrangigkeiten prüft und Möglichkeiten der Effizienzsteigerung auslotet.

Bei der Aufstellung des nächsten Doppelhaushalts und der Finanzplanung werden wir unsere weiteren Maßnahmen und Schritte deutlich machen. Ich bin gespannt, ob Sie Ihre Konsolidierungsvorschläge dann mit dem gleichen Engagement vortragen wie Ihre Kritik an unserem Weg.

Der Rechnungshof empfiehlt eine Verankerung der Schuldenbremse in der hamburgischen Verfassung. Gleichwohl würde die Schuldenbremse in Hamburg auch gelten, wenn wir keine Hamburger Gesetze ändern, dann sogar mit besonderer Härte, weil es keine Ausnahmen geben würde. Wie auch immer die Umsetzung im Landesrecht erfolgt, in der Verfassung oder durch einfache Gesetze, die Gesetzgebung ist eine Präzisierung der Aufgabenstellung, aber nicht die Lösung. Die Haushaltskonsolidierung tatsächlich zu bewältigen ist die eigentlich schwere Aufgabe des Senats, und daran mitzuwirken die Pflicht einer guten Opposition.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mir vorgenommen, morgen nach Berlin zu fahren, um im Bundesrat gegen ein Gesetz der Bundesregierung zu stimmen, mit dem Hamburg erneut Einnahmen in zweistelliger Millionenhöhe verlieren würde. Wir freuen uns auf Ihre Unterstützung, Frau Suding.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Suding.

Katja Suding FDP: Herr Tschentscher, Sie haben uns gezeigt, dass wir absolut recht hatten mit unserer Befürchtung, dass Sie den Rechnungshofbericht nicht richtig verstanden haben

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

und dass Sie eben nicht die richtigen Schlussfolgerungen daraus ziehen können oder wollen. Auch bei Ihnen, Herr Quast, als Vertreter der Regierungsfraktion, konnte ich leider keine Erkenntnisfähigkeit feststellen. Das lässt Böses vorausahnen.

Herr Tschentscher, Sie sind wieder einmal in der Theorie steckengeblieben und haben uns in technischen Worten gesagt, was theoretisch passieren muss, damit der Haushalt konsolidiert wird. Sie haben aber immer noch keine Antwort darauf gegeben, wie Sie die schon beschlossenen teuren und auch sinnlosen Wahlgeschenke

(Andy Grote SPD: Sinnlos? – Mehmet Yildiz
DIE LINKE: Da fragen Sie mal die Eltern!)

(Katja Suding)

– ich meine die Abschaffung der Studiengebühren und das kostenlose Hort- und Kita-Mittagessen – gegenfinanzieren wollen.

(Zurufe bei der SPD)

Nennen Sie bitte nicht wieder die Streichung einmaliger Maßnahmen, mit denen Sie jährlich wiederkehrende Ausgaben finanzieren wollen.

(Beifall bei der FDP)

Wie wollen Sie die von Ihnen angekündigte und versprochene Kita-Beitragsfreiheit unter den von Ihnen skizzierten so harten und angespannten Bedingungen finanzieren? Oder haben Sie dieses Projekt etwa gestrichen? Dann sagen Sie uns das bitte.

Und wo bleibt das lange zugesagte Konzept für den angekündigten Personalabbau? Nachdem die SPD-Mehrheitsfraktion unseren Antrag im letzten Jahr abgelehnt hat, haben wir von Ihnen nie wieder etwas dazu gehört, nur dass Sie munter weiter Beschäftigungsverhältnisse eingehen und schaffen.

Wie und wo wollen Sie bei einer maximal 1-prozentigen Ausgabensteigerung die Tarif- und Zinssteigerungen und die steigenden Energiepreise abfedern? Und vor allem, wo sind die Rückstellungen für die Pensionswelle, die der Stadt bevorsteht? Oder sollen die Beamten zukünftig auf ihr Geld verzichten müssen?

(Andy Grote SPD: Sie wollen auf die Beamten verzichten!)

Herr Tschentscher, wir fordern Sie auf, die Abschaffung der Studiengebühren rückgängig zu machen, noch ist es nicht zu spät.

(Beifall bei der FDP)

Legen Sie endlich ein Personalabbaukonzept vor, das auf einer grundlegenden Aufgabenkritik basiert. Planen Sie die Ausgabensteigerung für den nächsten Doppelhaushalt nicht auf Grundlage der höheren Planausgaben von 2010, sondern auf dem niedrigeren Ist, und sparen Sie der Stadt damit 3 Milliarden zusätzliche Schulden bis 2020.

(Beifall bei der FDP – Andy Grote SPD: So einfach geht das?)

Und Herr Tschentscher, sagen Sie den Wählern offen und ehrlich, dass die Zeit der Wahlgeschenke vorbei ist. Nehmen Sie endlich Ihre Verantwortung als Finanzsenator wahr und wälzen Sie die Verantwortung für die Haushaltskonsolidierung nicht auf die Fachressorts ab. Sie als Finanzsenator müssen alle Sparbemühungen zentral in Ihrer Behörde steuern. Nehmen Sie endlich die dafür erforderliche starke Stellung ein.

Herr Bürgermeister, auch wenn Sie heute nicht hier sind, Sie als Senatschef tragen die Verantwortung dafür, dass diese Forderungen umgesetzt

werden, denn Sie haben die Konsolidierung des Haushalts als zentrales Wahlkampfversprechen formuliert.

(Arno Münster SPD: Ist das jetzt eine freie Rede?)

Dafür sind Sie gewählt worden, Herr Scholz, und übernehmen Sie endlich die Verantwortung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Quast.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Rosinenpickerei haben wir heute alle gut hinbekommen, wenn man bedenkt, dass dieser Rechnungshofbericht auch ein Abschlussbericht über das ist, was CDU und GAL in den letzten Jahren in Hamburg, ich will nicht sagen, angerichtet haben, aber zumindest nicht gut hinbekommen haben. Wenn man bedenkt, was sie tatsächlich davon diskutiert haben, dann gibt es eine enorme Wahrnehmungslücke.

(Beifall bei der SPD)

Auf 267 Seiten kann jeder finden, was er gern lesen möchte. Wir werden uns mit dem Bericht zunächst im Ausschuss auseinandersetzen, bevor wir dann über Ihre Versäumnisse sprechen, liebe CDU und GAL.

Was der Rechnungshof zur Situation des Haushalts gesagt hat und was Herr Tschentscher unterstrichen hat, nehmen der Senat und die SPD-Fraktion sehr ernst. Damit werden in den nächsten Jahren hohe Anforderungen an unser Handeln und die nachhaltige Sanierung des Haushalts gerichtet. Und diesen Weg haben wir begonnen zu gehen.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie von Ihren abstrakten Äußerungen Abstand nehmen würden, dass alles noch viel schneller und besser funktionieren müsse, nachdem das in den letzten Jahren bei Ihnen so nicht funktioniert hat. Das richtet sich insbesondere an die CDU und ihre verschlissenen Finanzsenatoren. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns mit konkreten Hinweisen und Ideen unterstützen würden. Wir nehmen diese gerne auf und sind sehr dankbar über jedes Jahr, das wir früher in der Lage sind, den Haushalt wieder in Ordnung zu bringen. Am besten machen wir das gemeinsam.

(Beifall bei der SPD)

Frau Suding, Herr Kleibauer, Sie betreiben eine Politik des weißen Fußes. Herr Hackbusch hat berichtet, was morgen im Bundesrat beschlossen wird. Ich habe vorhin das Gesetz zum Abbau der kalten Progression erwähnt. Diese Dinge werden im Hamburger Haushalt richtig weh tun.

(Jan Quast)

(Zuruf von *Finn-Ole Ritter FDP*)

Ich nenne noch einmal die Zahlen: im Jahr 2013 minus 20 Millionen Euro im Hamburger Haushalt, 2014 minus 57 Millionen Euro, 2015 minus 67 Millionen Euro und in den Folgejahren jeweils 70 Millionen Euro und mehr. Das sind Mittel, die uns Jahr für Jahr fehlen werden und unseren Weg zur Konsolidierung des Haushalts erschweren. Sie können etwas tun, Frau Suding und Herr Wersich.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE – Finn-Ole Ritter FDP: Nee, Sie müssen anfangen zu sparen!*)

Werden Sie Ihrer Verantwortung im Bund gerecht, dann ist es umso glaubhafter, dass Sie sich wirklich um den Hamburger Haushalt in der Bürgerschaft bemühen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Die Schuldenbremse des Grundgesetzes gilt. Unser Ziel ist es, in Hamburg eine Regelung zu schaffen, die die für schwierige Lagen notwendige Flexibilität bereitstellt. Deswegen werden wir mit Ihnen gemeinsam Regelungen schaffen, um eine Schuldenbremse gesetzlich zu verankern. Herr Dressel hat im letzten Jahr gesagt, dass wir uns vorstellen können, die Schuldenbremse in die Verfassung aufzunehmen. Schauen wir mal, wie weit wir kommen, wenn wir die Senatsbefragung auswerten.

(*Dietrich Wersich CDU: Wie ist denn Ihr Vorschlag?*)

Herr Wersich, das, was Sie wollen, werden wir nicht tun: die Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2015.

(*Dietrich Wersich CDU: Das macht doch sogar Berlin!*)

Das ist nicht realistisch und würde genau das verhindern, was Herr Hackbusch angesprochen hat, nämlich die Menschen in dieser Stadt mitzunehmen und zu schützen, indem wir Aufgaben weiter wahrnehmen, die diese Stadt verantwortlich wahrnehmen muss. Wir haben das gestern intensiv diskutiert. Genau das können wir in den nächsten Jahren nur dann sicherstellen, wenn wir den Haushalt sorgfältig konsolidieren

(*Dietrich Wersich CDU: Wahlgeschenke!*)

und keinen kurzfristigen Blindflug unternehmen, wie es die CDU so gern getan hat.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Kleibauer, Sie haben das Wort.

Thilo Kleibauer CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Quast, das ist schon in-

teressant. Zunächst ist der Vorgängerserrat schuld, dann die Bundesregierung,

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, was ist denn mit den Mindereinnahmen?*)

mal schauen, wer der Dritte ist, vielleicht Europa oder die UNO. Wann stellen Sie sich Ihrer Verantwortung?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich möchte auf die Bemerkungen von Herrn Dr. Tschentscher an drei Stellen eingehen.

Sie haben etwas aufgegriffen, was gar nicht gesagt worden ist, nämlich dass wir und Frau Hajduk gesagt hätten, die 1-Prozent-Ausgabenregelung sei nicht ambitioniert. Wir teilen die Ansicht, dass das ein durchaus ambitionierter Ansatz ist, aber die Frage ist doch, auf welcher Basis.

(*Matthias Albrecht SPD: 2015, oder was?*)

Wir haben kritisiert, dass Sie die Basis um 400 Millionen Euro erhöht haben, Sie fangen doch 2011 mit plus 5 Prozent an.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP)

Man kann natürlich sagen, dass in diesem Zeitfenster der Versorgungsfonds Stadt und Hafen und die Rückzahlung der Wohnungsbaudarlehen enthalten sind. Aber dann müssen Sie auch so fair sein, das als einmalige Fakten und Posten zu berücksichtigen. Wir werden genauso wie Frau Hajduk beim nächsten Haushalt 2013/2014 genau hinschauen, ob Sie das bereinigen oder nicht, denn Ihre Finanzplanung schreibt das jetzige Niveau auf immer und ewig vor, und so kommt man zu den 3 Milliarden Euro zusätzliche Schulden, die der Rechnungshof aufgezählt hat.

(Beifall bei der CDU und bei *Anja Hajduk GAL*)

Der zweite Punkt wird immer sehr gerne von Ihnen gebracht, auch von Ihnen, Herr Quast: die Einnahmeseite. Was machen Sie denn auf der Einnahmeseite? Frau Suding hat das Kita-Mittagessen und die Studiengebühren schon genannt. Sie verzichten auf zusätzliche Einnahmen und liefern das Geld aus dem Haushalt, ohne dass die Stadt davon einen Mehrwert hat.

(*Jan Quast SPD: Das ist doch Unsinn! – Christiane Schneider DIE LINKE: Fragen Sie mal die Kinder und Familien!*)

Das ist zu wenig.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man sich Ihre Finanzplanung anschaut – Herr Quast, das haben wir durchaus gemacht –, sieht man, dass der am meisten steigende Posten auf der Einnahmeseite die Gebühren und Abgaben sind. Diese wollen Sie bis 2015 um 40 bis 50 Mil-

(Thilo Kleibauer)

tionen Euro erhöhen, das ist noch nicht konkretisiert.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das gleicht nicht mal Ihre Steuerreform aus!)

Wenn man uns darauf anspricht, was wir auf der Einnahmeseite tun, dann fragen wir auch Herrn Dr. Tschentscher, was er denn auf der Einnahmeseite macht; das ist Intransparenz. Wir wollen von Ihnen Klarheit, welche Gebühren Sie denn erhöhen wollen. Das müssen Sie noch mit Fakten unterlegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der dritte Punkt. Haushalte ruiniert man nicht in schlechten, sondern in guten Zeiten, da gebe ich Ihnen recht, Herr Dr. Tschentscher.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das hat Senator Dr. Freytag wunderbar hingekriegt!)

Wir sind uns aber sicher einig, dass wir im Moment eine gute Zeit haben. Die Steuereinnahmen waren zum Jahresende hin deutlich höher als erwartet, und die Zinsen sind auf einem historischen Niedrigstand.

(Andy Grote SPD: Das ist alles super!)

Wenn man sich, was man bei der Lektüre von Zeitungen nicht vermeiden kann, mit den europäischen Staatskrisen befasst, dann haben auch mehr und mehr Menschen in Deutschland Verständnis dafür, dass es so nicht weitergehen kann und dass wir den Weg der Haushaltskonsolidierung konsequenter als bislang gehen müssen. Sie können sagen, das sei nur ein Symbol, aber es ist schon entscheidend, wie man mit der Schuldenbremse umgeht. Stellt sich Hamburg ans Ende und sagt, irgendwann ab 2020 gilt das Grundgesetz, oder versuchen wir, auf unsere eigene Stärke zu setzen und Hamburg rechtzeitig fit zu machen? Wir sind bereit, an konstruktiver Haushaltspolitik mitzuarbeiten.

(Jan Quast SPD: Wann fangen Sie damit an?)

Die Vorlage zum Thema Schuldenbremse liegt noch im Ausschuss, Herr Quast, Sie haben um eine Vertagung gebeten. Wir setzen auf den guten Diskussions- und Überlegungsstand in Ihrer Fraktion. So lange es aber noch nicht so weit ist, stimmt das Thema der Aktuellen Stunde "SPD versagt in der Haushaltspolitik" leider.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Frau Hajduk, Sie haben das Wort.

Anja Hajduk GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Tschent-

scher, Sie haben sich in Ihrer Rede fast verraten, als Sie davon sprachen, dass Sie demnächst den Haushaltsabschluss für das Jahr 2011 ankündigen können. Man konnte schon fast heraushören, wie Sie glauben, den guten Abschluss mit strukturellen Eingriffen rechtfertigen zu wollen, die Sie zu verantworten hätten. Vielleicht besinnen Sie sich noch, und das war nur der Affekt der Debatte. Es ist klar, dass wir konjunkturell – Sie legen ja Wert auf die Unterscheidung zwischen konjunkturellen und strukturellen Effekten – wahrscheinlich ein viel besseres Ergebnis haben werden, als wir das vielleicht nicht nur vor einem, sondern auch vor zwei Jahren gedacht haben, und das ist gut so. Ich gehe auch so weit zu sagen, dass Sie im Haushaltsjahr 2011 mit den Steuermehreinnahmen verantwortungsbewusst umgegangen sind.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie jetzt klatschen – das sollen Sie ruhig, das freut mich –, dann möchte ich darum bitten, dass Sie diese Sorgfalt beim Zuhören, und Herr Dr. Tschentscher, Sie reden gern von Sorgfalt, auch dann zeigen, wenn die Opposition kritisiert. Niemand hat hier gesagt, dass Konsolidierung einfach sei, wie Sie es uns gerade unterstellt haben, und niemand leugnet die Verantwortung von Vorgängersensaten. Sie sollten nicht die Vorgängerperiode leugnen, wo Sie als Opposition bei der strukturellen Ausweitung im Bildungsbereich dem Senat mehr abverlangt haben, als er damals vorgeschlagen hat. Das können wir alles ruhig und ehrlich besprechen.

Aber eines finde ich dann doch erstaunlich, Herr Dr. Tschentscher. Sie gehen auf die Kritik des Rechnungshofs nicht ein. Dieser hat Sorgen bezüglich der Ausgabenlinie in Ihrer Finanzplanung. Ich will die Frage anders formulieren, vielleicht wird Ihnen dann klar, wie ernst die Lage ist, gemessen an Ihrer Politik. Wenn Sie eine restriktive Ausgabenlinie von 1 Prozent festlegen und mit einer konjunkturbereinigten und konservativen Einnahmeline von 2,25 Prozent Steigerung statt aktuell 3,4 arbeiten, wenn diese Linien in Zukunft weiter verfolgt werden und der Rechnungshof Ihre strengen Maßstäbe nimmt, die wir im Prinzip unterstützen, und dann zu dem nüchternen Ergebnis kommt, dass wir 2014 dort stehen, wo wir jetzt sind, dann müssen Sie sich doch damit auseinandersetzen, dass wir dann irgendetwas falsch gemacht haben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Nichts anderes steht in dem Bericht, der im November vom Rechnungshof zur nachhaltigen Finanzpolitik des neuen Senats herausgegeben wurde, Herr Quast, das ist nämlich der entscheidende kurze Bericht. Dort steht, wie Herr Kleibauer gesagt hat, dass die Ausgabenlinie mit dem Startpunkt 11,5 Milliarden statt 11 Milliarden dazu führt, dass in dieser Legislaturperiode der Abbau des

(Anja Hajduk)

strukturellen Defizits wahrscheinlich nicht gelingen wird, es sei denn, Sie arbeiten noch um. Dann tragen Sie eine schwere Verantwortung dafür, wie man die Schuldenbremse bis zum Jahr 2020, wir reden gar nicht vom Jahr 2015, überhaupt einhalten soll. Das hat Ihnen der Rechnungshof auf ganz freundliche und nüchterne Weise aufgeschrieben, und so nüchtern wollten wir Ihnen das heute noch einmal vorgetragen haben. – Schönen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat als letzte Rednerin Frau Heyenn das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ich finde den Landesrechnungshofbericht spannend. Die Diskussion zeigt, dass wir noch viel bewegen müssen, und einige Punkte begrüßen wir ausdrücklich.

Durch den Landesrechnungshofbericht zieht sich die Forderung nach Transparenz. So begrüßen wir, dass bei Bauvorhaben bereits in der Planungsphase flächendeckend sichergestellt werden muss, dass die Wirtschaftlichkeit einer Investition den Vorschriften entsprechend transparent und nachvollziehbar belegt ist. Er fordert dieses Vorgehen nicht nur für die Elbphilharmonie, sondern für alle 17 untersuchten Baumaßnahmen; das begrüßen wir außerordentlich.

Wir begrüßen auch, dass Transparenz darüber hergestellt werden muss, wie die Gelder an den Privatschulen verwendet werden, und dass die Qualitätssicherung, eine Forderung, die wir als LINKE immer aufgegriffen haben, in diesem Bericht steht, ist gut. Sie erinnern sich, dass wir in der letzten Legislaturperiode manche Anträge für einen Zwischenbericht zum Modell Hamburg Süd gestellt und immer gefordert haben, dass evaluiert werden muss, bevor es ausgebaut wird. Auch hier fühlen wir uns vom Landesrechnungshof unterstützt.

Das Klimaschutzkonzept wird vernichtend kritisiert, und es wird deutlich gemacht, was wir immer kritisiert haben: Es sind keine quantifizierbaren Ergebnisse enthalten, die Wirksamkeit vieler Maßnahmen ist sehr gering, man muss sich auf die Folgen der Klimaerwärmung in der Welt konzentrieren und mehr Gedanken über Hochwasserschutz und derartige Dinge machen, wir sollten uns auf einige wenige Dinge konzentrieren, um eine CO₂-Reduktion wirklich hinzubekommen und die Passivhaus-Regelung ist eine schöne Idee, bringt aber nicht das, was man sich von ihr verspricht. All diese Aussagen begrüßen wir außerordentlich.

Der zweite Begriff, der sich durch den Bericht des Landesrechnungshofs zieht, ist die Haushaltskonsolidierung. Der Landesrechnungshof wünscht

sich, dass wir fraktionsübergreifend dafür eintreten, eine Schuldenbremse in die Landesverfassung einzutragen. Da wird DIE LINKE nicht mitgehen, weil wir schon im Bericht Zweifel haben, ob das überhaupt umsetzbar ist. Ich will das an einigen Punkten festmachen.

Beim Personalabbau wird der Personalbestand von HEW, HEIN GAS, Asklepios und von PFLEGEN UND WOHNEN vom Stand von vor 10 Jahren gegen- und auf heute hochgerechnet. Der Landesrechnungshof stellt fest, dass Personalabbau im öffentlichen Dienst eigentlich nicht stattgefunden hat. Wir haben immer gesagt, dass wir nicht glauben, dass Personalabbau möglich ist, wenn die Hansestadt Hamburg ihre Aufgaben für die Bürger weiterhin ordentlich übernehmen will.

(Beifall bei der LINKEN)

Am Punkt Bäderland haben wir ebenfalls große Kritik. Bäderland muss das Schul- und Vereinsschwimmen sicherstellen, aber wir sehen die Schwimmbäder auch als Beitrag für die Gesunderhaltung der Bevölkerung. Wir können uns nicht vorstellen, dass wir Bäder verkaufen und die Eintrittsgebühren erhöhen,

(Olaf Ohlsen CDU: Zieht die Badehose an!)

denn das ist für die Bevölkerung wichtig. Der Landesrechnungshof weist selbst darauf hin, dass die Quote von 60 Prozent Rendite im Verhältnis zu den Schwimmbädern in anderen Bundesländern durchaus hoch ist. Kein Mensch kommt auf die Idee, dass Schwimmbäder sich rechnen, es sei denn, man nimmt einen Eintritt von 25 Euro. Dann wären Sie unter sich, aber dafür ist die Alsterschwimmhalle entschieden zu groß.

(Beifall bei der LINKEN)

Was die Einnahmeseite betrifft, wird deutlich darauf hingewiesen – ich zitiere –:

"Bearbeitungsmängel in den Finanzämtern [...] haben sich zulasten der Steuereinnahmen ausgewirkt."

Wir haben mehrere Anträge zur Neueinstellung von Steuerfachangestellten eingebracht, und nun müssen wir feststellen, dass über 100 Stellen in der Finanzbehörde, die für die Betriebsprüfung vorgesehen sind, anderweitig eingesetzt wurden. Der Landesrechnungshof fordert, dass diese Personen für Steuerprüfungen eingesetzt werden und dass wir Steuergerechtigkeit in Hamburg haben. Auch das begrüßen wir sehr. Aber an diesem Punkt sehen wir, dass Einnahmen und Ausgaben in einem gewissen Widerspruch stehen. Wir lesen aus dem Landesrechnungshofbericht, dass die Schuldenbremse so nicht einzuhalten ist. Wir müssen die Einnahmeseite viel stärker in Angriff nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 46, Drucksache 20/2993, Antrag der CDU-Fraktion: Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein örtliches Alkoholverbot.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein örtliches Alkoholverbot
– Drs 20/2993 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Herr Voet van Vormizeele, Sie wünschen das Wort und Sie haben es.

(Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir legen Ihnen heute einen Gesetzentwurf vor, der aus unserer Sicht einen wichtigen Beitrag dazu leisten soll, eine Rechtslücke zu schließen, die in Hamburg immer unangenehmere Auswirkungen hat. Wir wollen Sorge dafür tragen, dass bei Menschenansammlungen mit erheblichem Alkoholkonsum und entsprechenden Folgegefährdungen für den Senat die Möglichkeit besteht, temporär befristet und örtlich eingegrenzt ein Alkoholverbot auszusprechen. Wir sollten Handhabungen haben, gegen solche Ansammlungen vorzugehen, damit wir nicht weiterhin tatenlos zusehen müssen, wie Nachbarn, Passanten, Kinder und andere Menschen von schweren Ordnungswidrigkeiten oder gar Straftaten belästigt werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich will aber auch sagen, was dieser Gesetzentwurf nicht ist, denn diese Frage ist mir in den vergangenen ein, zwei Tagen häufiger gestellt worden, und dieses Missverständnis möchte ich klären. Es geht nicht darum, in Hamburg flächendeckend den öffentlichen Alkoholkonsum zu verbieten. Es geht darum, das Gleiche zu tun, was einige andere Gemeinden und Bundesländer in Deutschland bereits getan haben, nämlich dort einzugreifen, und zwar abgeleitet aus Lagebildern, wo es die Gefahr von schweren Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten gibt. Das ist gemäß deutscher Rechtsprechung die Voraussetzung dafür. Es geht nicht darum, wahllos Alkoholverbote an öffentlichen Plätzen auszusprechen; gerade die Wahlkreisabgeordneten werden das kennen. Wir haben an vielen Orten in Hamburg immer wieder diese Probleme, und immer wieder stellt man wegen Beschwerden von Bewohnern, Passanten und Nachbarn Kontakt zum örtlichen Polizeikommissariat

her. Und was bekommt man als Antwort von den Polizeibeamten? Häufig ein Schulterzucken und die Aussage, wir haben hier keine Rechtsgrundlage, das ist durchaus erlaubt.

Wir möchten diese Rechtsgrundlage jetzt schaffen. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass diese Belästigungen, die deutlich mehr sind als das, was man hinnehmen muss, von Polizeibeamten oder dem Bezirklichen Ordnungsdienst unterbunden werden können. Wir wollen diese Lücke, die seit Jahren im Gesetz besteht, schließen. Wir sind nicht mehr bereit hinzunehmen, dass Passanten, Kinder und andere belästigt werden, ohne dass wir eine Möglichkeit des Eingriffs haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, dass wir in diesem Hause damit nicht nur auf ungeteilte Begeisterung stoßen werden. Deswegen freue ich mich auf eine Debatte zu dem Thema, aber die Menschen in unserer Stadt haben eine Antwort von der Politik auf Probleme verdient, die sie teilweise tagtäglich umtreiben.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Dr. Schäfer hat das Wort.

Dr. Martin Schäfer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf zeichnet sich dadurch aus, dass er nicht klar aufzeigt, welche Kompetenzen wo geregelt werden sollen und wer sie umsetzen beziehungsweise durchführen soll. So soll der Senat zwar durch Verordnung untersagen können, an öffentlich zugänglichen Orten alkoholische Getränke mitzuführen, wenn sich die Belastung dieser Orte von denen anderer deutlich abhebt. Überprüfen soll das – Herr Voet van Vormizeele hat es angedeutet – der Bezirkliche Ordnungsdienst. Das heißt, dass einem Dienst, der sowieso schon überlastet ist, noch etwas aufgebürdet würde,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

ohne zu sagen, wie das Ganze anschließend geregelt werden soll.

Dazu kommt, dass, wenn Sie an einem Ort den Konsum und das Mitbringen von alkoholischen Getränken untersagen, Sie allenfalls erreichen, dass sich die Ansammlung von Menschen, die dort Alkohol konsumieren und auch sonst unangenehm auffallen könnten, an einen anderen Ort verlagert. Sie tun nichts dafür, dass sich grundlegend etwas ändert, sondern verschieben das Problem lediglich von einem Ort zum anderen. Insofern greift alles, was Sie hier vorlegen, bei Weitem zu kurz.

Sie versäumen auch, andere Möglichkeiten zu betrachten, beispielsweise eine Änderung des Wegesetzes oder Ähnliches. All das wollen wir in Ruhe sachlich und gründlich diskutieren. Mit einem

(Dr. Martin Schäfer)

solchen Schnellschuss etwas erreichen zu wollen, was nur wieder Folgeschäden verursacht, ist nicht richtig. Wir wollen das Thema in aller Ruhe im Ausschuss beraten, um zu einer vernünftigen und sinnvollen Regelung zu kommen, die nicht nur ein Problem örtlich verschiebt, sondern dieses Problem tatsächlich anpackt und löst. Das funktioniert nicht mit einem Schnellschuss, sondern nur mit einer vernünftigen und sachbezogenen Beratung, und die wollen wir haben.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Möller hat das Wort.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr van Vormizeele, ich bin mir nicht sicher, ob Sie die Nachfolge von Herrn Schreiber anstreben und das Thema Hauptbahnhof noch einmal aufmachen wollen,

(Finn-Ole Ritter FDP: Sehr gut!)

das eindeutig tot ist als Thema, nachdem auch die Bahn gesagt, dass es dieses öffentlich herbeidiskutierte Problem aus ihrer Sicht nicht gibt. Oder wollen Sie morgen Mittag, 12 Uhr, sofort diese Verordnung umsetzen? Dann beginnt, wie wir alle wissen, das Alstereisvergnügen.

(Beifall bei der LINKEN)

Und ich zitiere jetzt einmal aus dem Antrag der CDU:

"Betrunkene lungern herum und urinieren in aller Öffentlichkeit, bepöbeln Reisende und belästigen Passanten."

(André Trepoll CDU: Wollen Sie auch kommen?)

Die sind nämlich nicht aus Hamburg und wissen nicht, dass uns das größte Fest des Winters erwartet.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und Beifall bei der LINKEN)

Ich finde Ihren Antrag in einem unerträglichen Ton verfasst und in einem auch nicht nur annähernd inhaltsreichen, sachlichen Vortrag in dieser Debatte begründet. Sie bieten kein einziges Argument, Sie stigmatisieren und diffamieren lediglich eine Gruppe von Menschen. Vielleicht ist das hilfreich, wenn man eine bestimmte Stimmung in der Stadt befördern will. Ich jedenfalls und meine Fraktion halten es für sinnvoller, sich mit der tatsächlichen Not und Armut und vor allem mit dem Problem Alkoholismus zu beschäftigen. Dieser Antrag trägt dazu überhaupt nichts bei.

(Beifall bei der GAL, der FDP und der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Jarchow hat das Wort.

Carl-Edgar Jarchow FDP:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um es gleich zu Beginn zu sagen, und zwar für die FDP-Fraktion, ich betone das an dieser Stelle: Wir Liberale sehen nicht die Notwendigkeit, sich in fast jeder Bürgerschaftssitzung mit der Verhängung neuer Verbote für Hamburgs Bürger zu beschäftigen und lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Die CDU fordert, trinken sollen die Menschen drinnen, draußen ist es verboten, rauchen sollen sie vor der Tür – mit Ausnahme von Spielplätzen natürlich, zumindest nach dem Willen der CDU –, drinnen ist es verboten. Wir wollen die Bürger weder drinnen noch draußen mit mehr Verboten drangsalieren. Wir glauben, dass die absolute Mehrzahl der Bürger selbst entscheiden und bewerten kann, wie man sich in der Öffentlichkeit verhält.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Das Fehlverhalten einer Minderheit in den im Antrag genannten sogenannten Brennpunkten lässt sich nicht wegdiskutieren. Die bestehenden präventiven Angebote und die Eingriffsmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden, beispielsweise durch Platzverweise, sind hier aber unserer Meinung nach ausreichend.

Was fordert die CDU-Fraktion konkret mit ihrem Antrag? Der Senat soll in die Lage versetzt werden, durch Verordnung das Mitführen und Konsumieren von Alkohol an sogenannten örtlichen Brennpunkten zu untersagen. Warum bedarf es hier einer gesetzlichen Ermächtigung? Die Rechtsprechung hat örtliche Alkoholverbote in Freiburg und anderen Städten aufgehoben, weil die Verordnung zu pauschal und damit nicht von der Generalemächtigung im dortigen Polizeigesetz gedeckt war. Die Reaktion der CDU lässt nicht lange auf sich warten. Schon im Juni vergangenen Jahres wurde der vorliegende Gesetzentwurf in Baden-Württemberg durch die dortige CDU-Fraktion in den Landtag eingebracht, und im September 2011 machte die CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag den gleichen Schritt. Nur, wie soll dies in der Praxis funktionieren? Die Anhörung am 12. Januar dieses Jahres im nordrhein-westfälischen Landtag hat gezeigt, dass die Polizei durch diese neue Regelung keine Vorteile beziehungsweise Entlastung erwartet. Für die Polizei wird sich auch bei der Änderung des Gesetzes nichts ändern. Es wird keine Entlastung geben, im Gegenteil, heißt es dort. Stattdessen wird ein Flickenteppich an Alkoholverbotzonen erwartet, da auch

(Carl-Edgar Jarchow)

hier der bekannte Verdrängungseffekt höchstwahrscheinlich einsetzen wird.

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Auch im vorliegenden Fall handelt es sich um einen Antrag, der unserer Meinung nach nicht zu Ende gedacht ist. Wenn es ein Problem gibt mit, wie Sie es nennen, ausschweifendem Alkoholkonsum, der dazu führt, dass Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten begangen werden, dann handelt es sich, wie meistens, um ein Vollzugsproblem. Kein weitergehendes Verbot löst das Vollzugsproblem.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Auch das Timing des Antrags verwundert uns. Am kommenden Dienstag findet im Sozialausschuss eine Anhörung zum Thema Obdachlosigkeit statt. Ziel ist, zumindest verstehen wir Liberale den Auftrag so, auch eine Befassung mit den Symptomen, die Sie in Ihrem Antrag beschreiben. Warum also der Anhörung und ihren Erkenntnissen vorgreifen?

(Beifall bei der FDP und bei *Antje Möller GAL* und *Christiane Schneider DIE LINKE* – *Kai Voet van Vormizeele CDU*: Das hat damit überhaupt nichts zu tun!)

Sehr viel zielführender und in der Praxis auch bereits bewährt sind pragmatische Angebote an die betreffenden Gruppen, beispielsweise sogenannte Trinkerräume. Wir Liberale haben dies in einigen Bezirken schon vor Jahren entsprechend angestoßen. Mit den Mehrheiten seit der letzten Wahl scheint auf Bezirksebene die Chance zu steigen, für viele Problempunkte zeitnah etwas Zielführendes im Bereich der Prävention erreichen zu können. Wir werden diesen, aus unserer Sicht sinnvollen Weg weiter verfolgen. Aus all den bisher genannten Gründen lehnen wir den Antrag zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für örtliche Alkoholverbote ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Schneider hat das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Verbieten, verdrängen, bestrafen – das sind keine Mittel für die Lösung von Konflikten. Es gibt vielfältige Nutzungskonflikte, die den öffentlichen Raum prägen. Konflikte um die Nutzung des öffentlichen Raums sind unvermeidlich, weil der öffentliche Raum allen gehört, und zwar wirklich allen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Antje Möller GAL*)

So ist es unvermeidlich, dass sich die sozialen Probleme im öffentlichen Raum niederschlagen. Hier geht es um einen ganz spezifischen Konflikt, nämlich die Nutzung des öffentlichen Raums durch

die sogenannte Trinkerszene, die von anderen Nutzerinnen und Nutzern als Belästigung, als Bedrohung oder vielleicht auch als Sicherheitsproblem empfunden wird. Es soll auch gar nicht bestritten werden, dass exzessives Trinken in Gruppen mit allen Begleiterscheinungen auch berechnete andere Interessen von Anwohnerinnen und Anwohnern, von Gewerbetreibenden, Passantinnen und Passanten und so weiter berührt. Aber es geht hier um ein soziales Problem, nicht weil es um Alkohol geht – Alkohol ist weit verbreitet, und es wird wahrscheinlich deutlich mehr in den vier Wänden getrunken als außerhalb, auch mit vielen Begleiterscheinungen wie zum Beispiel Gewalttätigkeiten –, sondern weil es um gesellschaftliche Randgruppen geht, um Verarmungs- und Vereinsamungsprobleme, um Menschen, deren soziale Beziehungen aus den unterschiedlichsten Gründen weitgehend zerrüttet sind, um Menschen, für die der öffentliche Raum sozusagen das Wohnzimmer ist und oft die einzige Möglichkeit, überhaupt soziale Kontakte zu halten.

Der neue Anlauf der CDU steht in einer langen Reihe von Versuchen, in Hamburg soziale Konflikte im öffentlichen Raum durch Verdrängen nicht zu lösen, sondern eher unsichtbar zu machen, indem soziale Problemlagen aus dem Stadtbild getilgt werden. Ich erinnere an das Handlungskonzept des Polizeikommissariats 14 für die Vertreibung von Randgruppen, nämlich Alkoholiker, Obdachlose, Punker und so weiter aus der Innenstadt. Da ging es nicht um das Stuttgarter Weinfest – das war es, was mir einfiel, als ich den Antrag der CDU gelesen habe –, sondern es ging um ganz bestimmte Randgruppen. Dieser damalige Versuch des PK 14 ist an der öffentlich geäußerten Kritik und am Widerstand vieler gescheitert. Der neue Anlauf wird hoffentlich schon hier im Parlament scheitern, wenn nicht, dann verspreche ich Ihnen eine öffentliche Debatte, die das Ansinnen zum Scheitern bringen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Verbot, öffentlich Alkohol zu trinken, löst buchstäblich nichts. Sie versuchen repressiv und ordnungspolitisch zu lösen, was repressiv und ordnungspolitisch überhaupt nicht gelöst werden kann. Durch ein Alkoholverbot wird nicht weniger Alkohol im öffentlichen Raum getrunken, es würde vielmehr der Druck auf die sogenannte Trinkerszene, der Repressions- und Verdrängungsdruck verstärkt, ohne dass dadurch für einen einzigen Alkoholabhängigen eine Perspektive geschaffen würde, sich aus der trostlosen Situation herauszuarbeiten. Sie versperrern sich der sehr viel schwierigeren Aufgabe, die Konflikte konstruktiv anzugehen, Sie nehmen konkrete Handlungsstrategien unter Einbeziehung zum Beispiel der sogenannten Trinkerszene überhaupt nicht in den Blick. Sie werden diesen Konflikt ohne Einbeziehung der Betroffenen überhaupt nicht angehen können. Ihre Ein-

(Christiane Schneider)

beziehung ist notwendig, und notwendig ist eine Strategie des Kontakt- und Vertrauensaufbaus zu den betroffenen Personengruppen, notwendig ist aufsuchende Sozialarbeit, aber es gibt in Hamburg an Streetworker-Angeboten fast überhaupt nichts mehr. Notwendig sind auch konkrete Beratungs- und Hilfsangebote. Notwendig ist in verschiedenen Fällen sicher auch das Angebot neuer Aufenthaltsbereiche und kultureller und städtebaulicher Belegung einschlägiger Plätze und so weiter und so fort. Sie von der CDU sind blind gegenüber sozialen Problemen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Antje Möller GAL)

Insgesamt sind Sie blind gegenüber der Aufgabe, Konflikte tatsächlich zu lösen. Das Einzige, was Ihnen einfällt, ist, verbieten, vertreiben, strafen. Wir werden deshalb nicht zustimmen, diesen Antrag an den Ausschuss zu überweisen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Voet van Vormizeele.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt wird der Antrag zurückgezogen!)

Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Schneider, seien Sie mir nicht böse, aber ich wäre auch schockiert gewesen, wenn Sie diesem Antrag zugestimmt hätten, denn ich glaube, dass wir in dieser Frage weit auseinander sind. Das ist in Ihrem Beitrag deutlich geworden und auch in dem von Frau Möller.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Auch in Ihrem Beitrag!)

Ich will eines deutlich machen, weil es mich wirklich ärgert. Wir reden nicht darüber, das Alstereisvergnügen oder das Stuttgarter Weinfest zu verbieten. Frau Möller, ich würde mir wünschen, dass Sie den Antrag wenigstens lesen. Wenn Sie es getan hätten, dann würde Ihnen klar geworden sein, was in diesem Antrag steht.

(Zuruf von Antje Möller GAL)

Das Einzige, was wir verbieten wollen, sind die Exzesse, wenn solche Ansammlungen in starkem Maße auftreten. Und die Exzesse nach Lagen, Frau Möller, gibt es nicht beim Alstereisvergnügen, diese Exzesse gibt es zum Beispiel in Harburg. Ich empfehle den Kollegen von der FDP, der LINKEN und der GAL wirklich einmal, nach Harburg zu gehen, sich eine Stunde auf den Rathausplatz zu stellen und mit den Menschen dort zu reden. Dann werden Sie begreifen, dass wir Lösungen brauchen.

(Beifall bei der CDU – Sören Schumacher SPD: Das ist eine Parkanlage!)

Wir brauchen auch Lösungen, weil gerade die Kollegen aus Harburg nicht zum ersten Mal angefangen haben, darüber nachzudenken, was man denn mit dieser Szene machen könnte. Es gibt EU-Projekte, da wird seit Jahren jede Art von Sozialarbeit gemacht, bisher ist dort kein Erfolg zu verzeichnen. Bei Ihnen ist die Perspektive allein jene derer, die meinen, sie müssten dort als trinkende Bevölkerung geschützt werden. Das mag Ihre Perspektive sein, aber ich denke an die Menschen, die nicht dazu gehören. Auch die haben Probleme, und auch diese Menschen haben das Anrecht darauf, mit ihren Problemen erst genommen zu werden, und genau das blenden Sie aus.

(Beifall bei der CDU)

Ein Wort zu dem, was Herr Dr. Schäfer über das Verschieben der Szene gesagt hat. Diese Argumentation, Herr Dr. Schäfer, hat mich sehr stark an Ihre Argumente vor 2001 erinnert, als wir über die offene Szene am Hauptbahnhof geredet haben, nach dem Motto, das müssen wir gar nicht verschieben, das muss da gar nicht weg. Doch, wir haben die Aufgabe, wir haben sogar die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass die Menschen in dieser Stadt von solchen Sachen nicht belästigt werden, und zwar dann, wenn es für sie gefährlich wird.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden das nicht hinnehmen, und deshalb werden wir darauf dringen, dass wir eine Lösung finden, und die Polizei braucht das. Es geht auch nicht um einen Flickenteppich, der entstehen kann, es geht darum, dass wir in einer Großstadt leben, dass wir sehr konkret in vielen Stadtteilen diese Probleme haben und wir sie nicht lösen können, weil wir keine Rechtsgrundlage haben. Genau diese bieten wir Ihnen jetzt an; schlagen Sie dieses Angebot nicht einfach aus.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke schön. – Herr Dr. Schäfer hat das Wort.

Dr. Martin Schäfer SPD: Vielen Dank, Herr Präsident! Herr van Vormizeele, ich möchte mich bemühen, nur das anzusprechen, was an Ihrer Rede ernst zu nehmen war.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Gar nichts!)

Richtig ist, dass dieses Problem einer differenzierten Lösung zugeführt werden muss. Die Keule allein genügt bei Weitem nicht. Wir brauchen eine differenzierte Lösung, die unterschiedliche Maßnahmen einschließt; einiges ist angeführt worden. Selbstverständlich haben diese Probleme auch so-

(Dr. Martin Schäfer)

ziale Hintergründe, selbstverständlich muss das berücksichtigt werden.

(Jörg Hamann CDU: Sagen Sie mal was Konkretes! Was sind denn Ihre Vorschläge?)

Das Problem kann nicht einfach plump mit der Keule gelöst werden, wie Sie es vorschlagen. Von daher wollen wir das Thema im Ausschuss haben und dort vernünftig, rational und in Ruhe beraten.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Möller hat das Wort.

Antje Möller GAL:* Vielleicht kann man das im Ausschuss besser beraten, aber, Herr van Vormizee, doch noch einmal eine kleine Replik. Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass wir in dieser Stadt mehr oder weniger täglich öffentlich tolerierte Besäufnisse jeder Art haben, die immer dann, wenn man etwas gegen die Krankheit Alkohol und gegen das öffentliche Erkennen von Alkoholismus in der Stadt tun möchte, plötzlich nicht mehr gelten sollen. Diese Unterscheidung finde ich politisch nicht seriös und auch nicht zulässig.

Das andere Argument, dass eine Bedrohung der öffentlichen Sicherheit von Menschen, die sich alkoholisiert auf der Straße aufhalten, ausgeht, können Sie durch Zahlen überhaupt nicht belegen.

(André Trepoll CDU: Das ist die Realität, Frau Möller!)

Wir wissen, dass sich die Belästigungen von Betrunkenen, die Belästigung, die sich im öffentlichen Raum zum Beispiel durch Bettelei ergibt, Ordnungswidrigkeiten sind, die jetzt schon geahndet werden können. Die Zahl der Straftaten, die aus den Trinkerecken, wie Sie es nennen, kommen, lassen sich überhaupt nicht erfassen. Es sind in der Regel Ordnungswidrigkeiten. Wenn Sie einen Antrag einbringen würden, mit mehr sozialen Mitteln, mit mehr sozialem Engagement, von mir aus auch mit finanzieller Unterstützung in die Bereiche hineinzugehen, wo sich solche Gruppen treffen, Stichwort Trinkerräume, dann könnte man darüber diskutieren. Aber den Alkohol jeweils in dem Quartier zu verbieten, wo er uns gerade stört, und im nächsten Quartier wieder zu erlauben, ist nichts weiter als Verdrängung und kein ernsthaftes Angehen dieses Problems.

(Beifall bei der GAL, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Dr. Duwe hat das Wort.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da das Stichwort Harburg aufgenommen ist, möchte ich sagen, dass es in anderen

Stadtteilen dieses Problem auch gibt. Der Grund für das Problem auf dem Harburger Rathausplatz ist, dass durch ein öffentliches Bauvorhaben der Platz, auf dem sie sich vorher getroffen haben, nicht mehr vorhanden ist. Das ist also eine Verdrängung, die durch den Staat selbst veranlasst worden ist.

Wir von der FDP-Fraktion in Harburg haben bereits vor drei Jahren einen Antrag eingebracht, über Trinkerräume in Harburg zu diskutieren und das auch vernünftig durchzuführen. Das wurde durch eine schwarz-grüne Koalition abgebugelt, das möchte ich jetzt einmal sehr klar sagen, und das ist ein Versagen der CDU in Harburg.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Ich habe in Vorbereitung auf diese Debatte die verschiedensten Konflikte und die verschiedensten Lösungsansätze in verschiedenen Städten angeschaut. Da gibt es eine ganze Menge. Es gibt Beispiele für die Schaffung von Trinkerräumen, wo man sagen kann, da ist es gut gegangen, es gibt auch Beispiele, wo es mit den Trinkerräumen nicht so gut geklappt hat, weil es eine Ausgrenzung bedeutet hat, in anderen Fällen hat es eine Win-win-Situation gegeben.

Aber eines muss man fragen. Wo wollen Sie denn mit den Leuten hin? Ich bestreite nicht, dass es ein ernster Konflikt mit berechtigten Interessen von beiden Seiten ist, aber eben Interessen von beiden Seiten. Ohne Einbeziehung der betroffenen Personengruppe, das zeigen auch Untersuchungen aus Berlin, werden sie diese Problematik nicht angehen können. Wenn der Antrag jetzt an den Ausschuss überwiesen wird, dann sollten wir das Thema gründlich diskutieren, uns anschauen, wie es in verschiedenen Städten gemacht wird, zum Beispiel in Berlin, da gibt es Untersuchungen, da gibt es Evaluationen, lassen Sie uns das anschauen. Aber hier mit einem Antrag zu kommen, der nur vorsieht, das zu verbieten, die entsprechenden Personen zu verdrängen, zu vertreiben oder zu bestrafen, ist wirklich keine Lösung, das ist nicht einmal Bestandteil einer Lösung.

(Beifall bei der LINKEN und bei Antje Möller GAL)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke schön. – Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/2993 an den Innenausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit ist das mehrheitlich überwiesen.

(Erster Vizepräsident Frank Schira)

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 53, Drucksache 20/3012, Antrag der GAL-Fraktion: Vergabe von Wohnungsbaugrundstücken sozial neu ausrichten!

**[Antrag der GAL-Fraktion:
Vergabe von Wohnungsbaugrundstücken sozial neu ausrichten!
– Drs 20/3012 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Duge und er hat es.

Olaf Duge GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist eine Binsenweisheit, Wohnen muss fast jeder. Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen und gerade in einer Stadt mit begrenzten Flächen ist es umso wichtiger, dass die Grundstücke dieser Zielsetzung zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der GAL)

Es ist leider so, dass in dieser Situation des engen Marktes, wo versucht wird, das Geld in Immobilien zu stecken und wir diesen Wohnraum dringend benötigen, nun einige Hedgefonds oder Immobilienhaie versuchen, hieraus Kapital zu schlagen. Sie wittern Morgenluft, und dem müssen wir etwas entgegensetzen.

(Beifall bei der GAL)

Seriösen Wohnungsbauunternehmen, Genossenschaften, Baugemeinschaften werden nämlich durch diese Spekulation dringend benötigte Grundstücke entzogen, und die spekulativen Grundstückspreise schlagen auf die Mieten durch, so dass die Wohnungen für viele Mieter nicht mehr bezahlbar sind. So liegen an der Hellbrookstraße in Barmbek auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Grundstücke brach, weil nach mehrmaligem Verkauf und der damit verbundenen Preistreiberei der Investor die Wohnungen vor Baubeginn für 4000 Euro pro Quadratmeter am Markt nicht mehr losgeworden ist – klassisch verspekuliert, kann man sagen, insolvent und auf Kosten der benötigten Wohnungen für die Menschen in dieser Stadt. Hier hätten inzwischen längst schon Familien Wohnungen beziehen und Kinder herumtoben können. Auf St. Pauli, im Wohnungsbauprojekt Bernhard-Nocht-Terrassen, wo der Bezirk Wohnbaurecht geschaffen hat, kaufte eine Immobilienkapitalanlagegesellschaft im Dezember 63 frei finanzierte Mietwohnungen für 19 Millionen Euro – ein Schnäppchen, vielleicht zur

Weiterveräußerung. Die Stadtteilversammlung S.O.S. St. Pauli hat am 24. Oktober 2011 vom Projektentwickler verlangt, Verkaufsverhandlungen nicht weiterzuführen. Kaum einen Monat später jedoch waren die Verträge unterschrieben, ohne dass transparent wurde, ob die Kapitalanlagegesellschaft die Wohnungen dauerhaft halten will, wie der Kaufpreis sich auf die Mieten durchschlägt und welche Auswirkungen das auf die Bewohnerstruktur im Quartier hat.

Die Stadt hat die Möglichkeit, solchen Entwicklungen Einhalt zu gebieten. Dort, wo die Stadt für private Flächen Baurecht schafft, also in der Regel Bebauungspläne aufstellt, können regelhaft städtebauliche Verträge mit dem Eigentümer abgeschlossen werden. In diese Verträge müssen Vereinbarungen einfließen, die Spekulation unterbinden.

(Beifall bei der GAL)

Dort, wo die Stadt eigene Grundstücke hat und auf dem Markt anbietet, wie zum Beispiel im Ochspark, auf dem Gelände des ehemaligen Krankenhauses Ochsenzoll, sollte nicht, wie noch im Juni vorigen Jahres geschehen, ein Höchstpreisverfahren ausgeschrieben werden, sondern die Grundstücke zum Beispiel über das städtische Eigenheimprogramm an Familien mit geringem Einkommen vergeben werden. Ziel muss es sein, dass städtische Flächen solchen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, die Wohnungsbau als Versorgungsaufgabe und nicht als Spekulationsobjekt betrachten. Es gibt genug bestandshaltende, gemeinnützige und öffentliche Wohnungsbauunternehmen und auch Baugemeinschaften, die keine Hip-Hop-Strategie beim Grundstückskauf und Wohnungsbau verfolgen.

(*Andy Grote SPD: Was haben Sie gegen Hip-Hop?*)

Hierauf sollte sich der Verkäufer städtischer Grundstücke konzentrieren. Kurz und gut: Dem Kasse-Machen einzelner Vermieter und Anlagegesellschaften muss Einhalt geboten werden, die Grundstücksvergabepolitik der Stadt muss überdacht werden. Sowohl auf städtischen Grundstücken als auch auf privaten Flächen, auf denen die Stadt Baurecht für Wohnungen beschließt, sollten daher regelhaft über die eben beschriebenen Wege 30 Prozent geförderter Wohnungsbau und mindestens 20 Prozent für Baugemeinschaften über städtebauliche Verträge vereinbart werden. Die Bindungslaufzeiten für geförderten Wohnungsbau, die vielfach jetzt auslaufen, im innerstädtischen Bereich sollten auf 30 Jahre erhöht werden und gegebenenfalls über Erbbaurecht vergeben werden oder auch unterwertig vergeben werden können. Außerdem sollte in den städtebaulichen Verträgen regelhaft ein Mietenkonzept für frei finanzierte Wohnungen mit vertraglichen Mietpreissteigerungen vereinbart werden. Bei Eigentums-

(Olaf Duge)

wohnungen sollte ein gestaffeltes Verkaufspreiskonzept in diese städtebaulichen Verträge einfließen.

(Beifall bei der GAL)

Um den Weiterverkauf dieses Wohneigentums in Grenzen zu halten, sollte grundsätzlich – da kann es sicher auch Ausnahmen geben – ein Weiterverkauf innerhalb der nächsten zehn Jahre unterbleiben. Die Steuerung der Grundstücksvergabe städtischer Grundstücke und solcher, auf denen die Stadt Baurecht verschafft, ist besonders in Zeiten eines so engen Wohnungsmarkts eine sozialpolitische Aufgabe, und dieser Aufgabe sollten wir uns stellen. Wir freuen uns auf eine Diskussion im Ausschuss.

(Beifall bei der GAL)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke schön. – Herr Grote hat das Wort.

Andy Grote SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Duge, eine heldenhafte Initiative bei einem Thema, das auch für die GAL nicht ganz neu sein dürfte. Ich denke, in der Grundfrage sind wir uns einig: Wenn wir bezahlbare Wohnungen haben wollen, brauchen wir auch bezahlbare Grundstücke. Das heißt, bei der Vergabe städtischer Grundstücke müssen die wohnungspolitischen Ziele, also die Ermöglichung von bezahlbarem Wohnraum, Vorrang haben vor höchstmöglichen Preisen. Das war immer Position der SPD, und deswegen führt der SPD-Senat das auch genau so durch,

(Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan GAL:* Na ja, das ja nicht!)

und zwar im Unterschied zum Vorgängersenat, wenn ich das einmal sagen darf. Deshalb entbehrt der Antrag der GAL auch nicht einer gewissen Kuriosität, denn nach Aussagen der GAL, als sie noch Regierungspartei war, dürfte es seit 2009 nur noch Vergaben im Konzeptverfahren gegeben haben. Ich habe die Ankündigung der damaligen Stadtentwicklungssenatorin noch ziemlich genau im Ohr, ab Mai 2009 gäbe es kein Höchstpreisverfahren mehr, sondern nur noch Konzeptvergaben. Wir wissen alle, dass die Realität anders war, denn tatsächlich kann man die echten Konzeptvergaben in den Jahren 2009 und 2010 an einer Hand abzählen. Das ist die Regierungsbilanz der GAL an dieser Stelle, Sie haben hier nichts erreicht.

(Beifall bei der GAL – *Jens Kerstan GAL:* Und seitdem Sie dran sind, hat sich auch nichts getan!)

– Dazu kommen wir noch, warten Sie es ab, Herr Kerstan.

Nun setzen wir das um, was Sie zwar angekündigt, aber nicht ausgeführt haben. Plötzlich finden Sie

jedoch, man müsse dringend noch mehr tun. Das finde ich politisch mittelmäßig konsistent und wenig überzeugend.

Man kann natürlich sagen, dass seit der SPD-Regierung die Zahl der Konzeptvergaben nicht schnell genug angestiegen sei. Dazu muss man wissen, dass viele Vergaben, die 2011 stattgefunden haben, auf Ausschreibungen beruhen, die natürlich noch früher auf den Weg gebracht wurden,

(*Jörg Hamann CDU:* Ja, immer die anderen!)

und dass wir auch andere Verfahren gefunden haben, – jetzt ist Herr Hamann aufgewacht, ich freue mich auf Ihren sachlichen Beitrag gleich –,

(Beifall bei der SPD)

die wohnungspolitischen Ziele zu verfolgen. Ein wichtiges Thema sind die Direktvergaben an die SAGA. Wenn sie 1000 preisgünstige Wohnungen bauen sollen, müssen sie auch die Grundstücke bekommen. Das wird jetzt gemacht und ebenso die Direktvergaben nach einem Ideenträger-Prinzip, das heißt, die Ideenträger erhalten direkt die Grundstücke, müssen sich aber dazu verpflichten, 30 Prozent geförderten Wohnungsbau zu erstellen. Baugemeinschaften sind in Wahrheit auch keine klassischen Konzeptvergaben, beinhalten aber auch das geförderte und preisgünstige Element.

Im Ergebnis ist eines entscheidend: Bei allen städtischen Grundstücken, die geeignet sind für den Geschosswohnungsbau, müssen wir die 30 Prozent geförderten Wohnungsbau erreichen, und das werden wir auch erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Nun liegt der Antrag der GAL auf dem Tisch. Unser Anspruch ist natürlich immer, dass alles Gute, das schon gemacht wird, noch verbessert werden kann.

(*Jens Kerstan GAL:* Ui, toll!)

Auch wenn in der Grundstückspolitik wesentliche Dinge auf den Weg gebracht sind, ist es bestimmt noch nicht so, dass es nicht noch besser sein könnte. Deswegen wollen wir Ihre Vorschläge hier und in den Ausschüssen auch ganz offen diskutieren. Wenn man sich das allerdings näher anschaut,

(*Jens Kerstan GAL:* Aber nicht einen eigenen Antrag schreiben!)

dann muss man schon feststellen, dass dieses Sammelsurium, Herr Kerstan, das sich in den Petita wiederfindet, doch eine sehr durchwachsene Qualität hat. Sie wollen beispielsweise den Grundstückskostenrichtsatz wieder einführen, also einen Einheitspreis für städtische Grundstücke. Sie sollen billig sein, egal, wo sie sind, wenn dort nur geförderter Wohnungsbau entsteht. Das ist nicht nö-

(Andy Grote)

tig, weil wir über die Wohnungsbauförderung auch den Grundstückspreis mitfordern, das sind jetzt schon bis zu 600 Euro pro Quadratmeter. Es würde reichen, wenn wir dann den Grundstücksverkaufspreis an dieser Stelle deckeln; das ist das passgenauere Konzept.

Problematisch ist auch Ihre Forderung, dass nur bestimmte, sozial gewünschte Wohnungsbauunternehmen städtische Grundstücke erhalten sollten. Das ist wettbewerbsrechtlich schwierig, es ist auch von der Auswirkung her schwierig. Wie wollen Sie die sortieren? Vor allen Dingen erreichen Sie aber viele, die bereit sind, auch harte Verpflichtungen beim geförderten Wohnungsbau einzugehen, aber vielleicht nicht in dieses Schema passen, nicht. Und Sie erreichen Wohnungsbauaktivität im geförderten Bereich nicht, wenn Sie bestimmte Interessenten von der Vergabe ausschließen. Deswegen funktioniert das an der Stelle nicht.

Ein dritter Punkt: Mietpreisbindungen im geförderten Wohnungsbau soll es stets für mindestens 30 Jahre geben. Das klingt gut im innerstädtischen Bereich, aber Sie wissen, dass es gerade dort die Bereitschaft vieler Investoren, geförderten Wohnungsbau auf Privatgrundstücken zu machen, verringern wird. Sie werden dann die Förderzahlen sinken sehen, und das kann nicht unser Interesse sein.

Die Mehrvergabe im Erbbaurecht steht natürlich schon im Bündnis für das Wohnen. Das kann man in vielen Bereichen machen, das ist überhaupt kein Problem. Dass immer 30 Prozent gefördert werden, ist für die GAL neu, für uns nicht, denn das machen wir schon längst.

20 Prozent Vergabe an Baugemeinschaften haben Sie schon immer gefordert, jedoch nie erreicht in Ihrer Regierungszeit. Das Hauptproblem ist, dass wir in den Quartieren, in denen Baugemeinschaften dies nachfragen, kein ausreichendes Grundstücksangebot haben, um hamburgweit auf 20 Prozent zu kommen. Trotzdem sind Baugemeinschaften wichtig und werden weiter gefördert.

Über gedeckelte Preise für Eigentumswohnungen und frei finanzierte Mietwohnungen kann man nachdenken. Nur müssen Sie zugeben, dass dies ohne Belegungsbindung dazu führt, dass von diesem subventionierten Angebot auch Haushalte mit höherem Einkommen Gebrauch machen. Ist das die Förderwirkung, die man dort erzielen will? Das ist zweifelhaft.

Sie sehen, dass hier manches noch nicht zu Ende gedacht ist, aber wir wollen gern mit Ihnen gemeinsam im Ausschuss weiter darüber nachdenken.
– Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Roock hat das Wort.

Hans-Detlef Roock CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Bemerkung zu Ihnen, Herr Grote. Sie mogeln sich, wie immer, mit dem Hinweis auf die Vergangenheit durch die Debatte; das kann schon keiner mehr hören.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – *Andy Grote* SPD: Und die würden Sie am liebsten verleugnen!)

Lieber Herr Kollege Duge, als ich Ihren Antrag gelesen habe, sind bei mir angesichts der kürzlich durchgeführten Expertenanhörung erhebliche Zweifel aufgetaucht, ob das, was Sie einfordern, in der Praxis auch umsetzbar ist. Ihr Antrag erfordert eine umfassende fachpolitische Debatte, die heute in dem Umfang nicht leistbar ist, und deshalb werden wir uns einer Überweisung auch nicht verschließen.

Kurz ein paar Bemerkungen zum Antrag. In Punkt 1 wollen Sie zurück zum Grundstückskostenrichtsatz. Ich habe Bedenken, ob wir damit insgesamt die wohnungspolitischen Ziele erreichen werden.

In Punkt 2 fordern Sie, die Vergabe von städtischen Grundstücken ausschließlich auf bestandshaltende, gemeinnützige oder öffentliche Wohnungsbauunternehmen zu konzentrieren. Hier greifen wir sehr stark in das Wettbewerbsrecht ein, und deshalb stellt sich für uns die Frage, ob wir das wollen und ob es überhaupt geht; wir glauben das nicht.

Des Weiteren wollen Sie die Bindungszeiten für den geförderten Wohnungsbau auf mindestens 30 Jahre erhöhen. Da sehen wir die Gefahr, dass sich die Investitionsbereitschaft erheblich reduzieren wird. Das kann nicht in unserem Interesse sein, weil wir dadurch den Wohnungsbau nicht ankurbeln, sondern genau das Gegenteil erreichen werden, und das wollen wir nicht.

Die Bindungszeiten nehmen Sie im vierten Spiegelstrich noch einmal auf, und hier stellt sich für uns die Frage, ob das mit den EU-beihilferechtlichen Regelungen überhaupt in Einklang zu bringen ist.

Zum Erbbaurecht wurde in der Anhörung deutlich, dass es so gut wie gar nicht in Anspruch genommen wird, weil es aus unternehmerischer Sicht für die großen Traditionsgenossenschaften und privaten Investoren aufgrund des niedrigen Kapitalmarktniveaus wenig attraktiv ist.

Ihre generelle Forderung nach einem mindestens 30-prozentigen Anteil des geförderten Wohnungsbaus und einem 20-prozentigen Anteil von Baugemeinschaften halten wir in dieser Form, wie Sie es geschrieben haben, für falsch.

(Hans-Detlef Roock)

(*Andy Grote SPD*: Das ist doch Ihre eigene Politik!)

Das hat nichts – Herr Grote, ich erläutere Ihnen das gern gleich noch einmal – mit sorgfältiger und behutsamer Stadtentwicklung zu tun. Vielmehr sollte man den Blick über das Baugebiet hinaus in andere, angrenzende Stadtteile richten, um eine sozial verträgliche Durchmischung zu erreichen. So etwas kann man nicht in jedem Fall machen.

(Beifall bei der CDU – *Andy Grote SPD*: Was hat das mit den Baugemeinschaften zu tun?)

Deshalb halten wir eine generelle Vorgabe von einem 30- beziehungsweise 20-prozentigen Anteil für falsch.

Mietbegrenzungen an die Vergabe von Grundstücken zu koppeln, ist nicht nur problematisch, sondern würde wiederum die Investitionsbereitschaft einschränken. Hinzu kommt, dass auch Mieter mit höheren Einkommen das Privileg einer staatlich geförderten Mietpreisvergünstigung erhalten, also eine sogenannte Fehlbelegung. Das hatten wir alles schon einmal, und von daher muss man ernsthaft über diesen Punkt reden.

Im Hinblick auf ein gestaffeltes Verkaufspreiskonzept bei Eigentumswohnungen kann ich nur sagen, dass sich hinter diesem harmlos klingenden Begriff knallharte Restriktionen mit entsprechender Auswirkung verbergen. Ich nenne sie nur stichpunktartig: Einschränkung der Verfügung und Veräußerung, Erhöhung des Verwaltungsaufwands, Vermarktungerschwerung und erhöhter Aufwand durch Zwischenfinanzierung. Und dann stellt sich doch die spannende Frage, ob sich eine totale Versagung des Weiterverkaufs in den ersten zehn Jahren bei Eigentumswohnungen am Markt überhaupt durchsetzen lässt.

Ich denke, Herr Duge, ich habe deutlich aufgezeigt, dass wir sehr intensiv in die Beratung des Antrags einsteigen müssen.

(*Andy Grote SPD*: Ungewöhnlich intensiv für Sie!)

Das werden wir auch gern im Ausschuss tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Dr. Duwe hat das Wort.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte das alles eher als Sammelsurium angesehen. Das Problem ist wichtig und der Denkanstoß auch. Ich denke, dass man im Ausschuss darüber auch diskutieren kann. Es gibt eine Reihe von Vorschlägen, die teilweise sogar Senatspolitik sind, teilweise sind sie

nicht praktikabel, und einige sind auch wettbewerbsrechtlich sehr, sehr schwierig.

Ich verstehe natürlich, dass wir preisgünstigen Wohnraum vor allen Dingen in der Innenstadt brauchen. Da ist die Stadt in der Pflicht, städtische Grundstücke vor allen Dingen für geförderten Wohnungsbau zu vergeben, um dort das Problem zu lösen. Wenn man beginnt, über städtebauliche Verträge private Investoren so weit zu zwingen, dass sie das befolgen, was der Senat gern will, dann kann es sein, dass man keine Investoren findet.

Bindungslaufzeiten von mindestens 30 Jahren sind sehr schwer durchzusetzen. Wenn wir ein Wohnungsproblem haben, können wir es uns nicht leisten, Investoren, Baugemeinschaften und andere Unternehmen abzuschrecken, indem wir ihnen so viele Schwierigkeiten in den Weg legen, dass wir eben nicht diese sogenannten 6000 Wohnungen bauen können.

Es wäre sehr dramatisch, wenn man den Leuten dann auch noch verbieten will, ihre Eigentumswohnungen innerhalb von zehn Jahren zu verkaufen. Es sind nicht nur Medienmogule und Milliardäre, die sich eine Eigentumswohnung zugelegt haben, und die Käufer könnten in irgendwelche Schwierigkeiten geraten. Und dann können sie ihre Eigentumswohnungen nicht so verkaufen, wie sie es eigentlich müssten.

Das sind alles schöne ideologische Hemmnisse, die man einbaut. Wenn wir kein Wohnungsproblem hätten, dann könnte man darüber diskutieren. Aber viele der Vorschläge sind nicht durchdacht oder sehr alt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Sudmann hat das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE: In der Regel geißele ich immer, wenn Schwarz-Grün sagt, sie hätten alles gut gemacht und die SPD sagt, sie mache es besser. Aber in diesem Fall will ich auch einen Blick zurückwerfen, weil hier einige Punkte ärgerlich sind.

(*Dietrich Wersich CDU*: Eigentlich geißeln Sie doch alles, in alle Richtungen!)

– Alles geißeln? Nein.

In diesem Antrag sind einige Punkte wirklich ärgerlich, weil sie in den letzten Jahren nicht ausgeführt wurden. Im ersten Unterpunkt zu Punkt 2 sagen Sie, Herr Duge, Sie wollten jetzt den Verkauf von städtischen Wohnungsbaugrundstücken auf bestandshaltende, gemeinnützige oder öffentliche Wohnungsbauunternehmen konzentrieren. Im Jahr 2009 gab es unter Schwarz-Grün bei den städtischen Grundstücksverkäufen ganze zwei Verkäufe

(Heike Sudmann)

an Genossenschaften und 122 Verkäufe an Privatinvestoren und Privateigentümerinnen und -eigentümer. Es gab keinen einzigen Verkauf an die SAGA. Im Jahr 2010 gab es einen Verkauf an eine Genossenschaft, dagegen 136 Verkäufe, also schon zwölf mehr, an Privatinvestoren und Privateigentümerinnen und immerhin schon vier an die SAGA.

Ich finde Ihren Ansatz richtig, aber man muss auch einmal schauen, was Sie all die Jahre gemacht haben.

(Jens Kerstan GAL: Wir mussten die CDU überzeugen, das hat ein bisschen gedauert!)

– Ja, die CDU überzeugen. Ich habe, ehrlich gesagt, aber nicht wahrgenommen, dass Sie versucht haben, die CDU zu überzeugen.

(Dirk Kienscherf SPD: Und jetzt wollen Sie uns überzeugen?)

Jetzt müssen Sie die CDU nicht überzeugen, jetzt wollen Sie alle anderen überzeugen. Dann müssten Sie beispielsweise auch mich davon überzeugen, warum Sie im ersten Förderweg nur einen Wohnungsbauanteil von 30 Prozent festschreiben wollen. Ich weiß nicht, wie oft ich noch erzählen muss, dass 50 Prozent aller Hamburger Haushalte einen Anspruch auf den ersten Förderweg haben – auf den ersten, Sie differenzieren noch nicht einmal. Jetzt müssen Sie keine Rücksicht mehr nehmen, aber trotzdem sind Sie immer noch so wie früher; das ist nicht überzeugend.

Ebenso wenig überzeugend ist, wenn Sie sagen, Sie wollten 20 Prozent für Baugemeinschaften haben. Hier geht es um Eigentum, aber Eigentum können sich die meisten Haushalte in Hamburg immer noch nicht leisten.

(Hans-Detlef Roock CDU: Bei Baugemeinschaften geht es nicht nur um Eigentum!)

Auch hier haben Sie sich nicht verändert, sondern sind so geblieben, wie Sie unter Schwarz-Grün waren. Ich bin gespannt auf die Debatte im Ausschuss, aber richtig überzeugend finde ich Ihren Antrag nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Duge.

Olaf Duge GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gab einige interessante Aspekte, und darüber werden wir uns sicherlich weiter unterhalten. Ich bin aber nicht der Meinung, dass man diese Probleme dann diskutieren kann, wenn die Wohnungsmarktlage entspannt ist, sondern sie sind jetzt zu diskutieren, da die Spannungen aktuell bestehen, und in diesem Moment müssen auch die Maßnahmen eingeführt werden.

Man muss eines sagen: Dort, wo wir private Flächen mit Baurecht belegen, hat der Eigentümer entsprechende Vorteile durch Wertsteigerungen und so weiter. Warum sollen wir denn dann diese Eigentümer, die den Wertzuwachs auf ihrem Grundstück haben, nicht verpflichten, auf bestimmte soziale Anforderungen, die in dieser Stadt notwendig sind, einzugehen und über regelhaft städtebauliche Verträge entsprechend binden?

(Beifall bei der GAL)

Diese Aufgabe muss regelhaft weitergeführt werden. Bei den städtischen Flächen haben wir natürlich mehr Steuerungsmöglichkeiten. Ich finde es auch nicht verantwortungslos, denn wettbewerbsrechtlich ist es ein Gebot. Wenn nämlich der Wettbewerb dazu führt, dass Spekulanten Wohnungsbau verhindern, weil sie sich mit Flächen verspekulieren und die Mieten dadurch in die Höhe getrieben werden, dann müssen wir dem entgegenreten und dieses Wettbewerbsrecht sozialverträglich gestalten.

(Beifall bei der GAL)

Meine Damen und Herren! Ich freue mich auf die Diskussion. Es gibt sicherlich noch einige andere interessante Aspekte. Was den Grundstückskostenrichtsatz betrifft, haben wir das als Prüfung vorgeschlagen. Und wir werden sehen, ob das vielleicht noch mit hineinkommt und wir dann weitere Informationen bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke schön. – Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Wer stimmt dann einer Überweisung der Drucksache 20/3012 federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist somit einstimmig überwiesen.

Wir kommen dann zu Tagesordnungspunkt 7, Große Anfrage der FDP-Fraktion: Situation der Menschen mit Behinderung in Hamburg – Entwicklungen und Perspektive.

[Große Anfrage der FDP-Fraktion: Situation der Menschen mit Behinderung in Hamburg – Entwicklungen und Perspektive – Drs 20/2339 –]

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Frau Kaesbach bekommt das Wort.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass die Gruppe "Menschen mit Behinderung" in dieser Legislaturperiode in der Bürgerschaft thematisch Einzug hält.

(Dirk Kienscherf SPD: Super!)

Jeder zehnte Bürger in Hamburg hat eine Behinderung. Knapp 95 000 Menschen haben eine leichte bis mittlere Behinderung, ganze 152 000, und damit 8,5 Prozent der hamburgischen Bevölkerung, leiden unter einer schweren Behinderung. Es handelt sich also um eine Viertelmillion Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt, die in ihrem täglichen Leben teilweise extremen Herausforderungen begegnen. Dazu gehört beispielsweise, eine rollstuhlgerechte Wohnung, einen barrierefreien Zugang zu U- und S-Bahnstationen oder eine Arbeitsstelle außerhalb von Behindertenwerkstätten zu finden, ganz abgesehen von der täglichen Anforderung, sich im gesellschaftlichen Miteinander ständig behaupten zu müssen.

Dennoch ist das Thema "Menschen mit Behinderung" ein Randthema, das in der Öffentlichkeit um Aufmerksamkeit ringen muss.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Das Thema Inklusion in Schulen ist zwar zurzeit in aller Munde, aber auch wenn dies ein sehr wichtiger und aktueller Aspekt ist, ist er eben nur ein einzelner Aspekt von Leben mit Behinderung.

Die UN-Behindertenrechtskommission trat im März 2009 in Deutschland in Kraft. Sie fordert eine gleichberechtigte und barrierefreie Teilhabe von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft. Da sind wir noch lange nicht, das erleben wir jeden Tag in unserer Stadt. Haben wir ein Stadtbild, das alle Menschen integriert, ob behindert oder nicht? Treffen wir in der U-Bahn oder im Schwimmbad auf behinderte Menschen? Gerade im alltäglichen Stadtbild würde die erwünschte Normalität ihren Anfang nehmen. Aber davon sind wir leider noch weit entfernt.

(Beifall bei der FDP)

Man kann jedoch viel tun, um diesen Zielen näherzukommen. In diesem Bereich gibt es nämlich enorm viel Entwicklungspotenzial, denn die Zahl der Menschen, die von der stationären in die ambulante Betreuung wechselt, stagniert. Individuelle und ambulante Hilfe sollte im Sinne der größtmöglichen Selbstbestimmung stets Vorrang haben vor einer stationären Unterbringung, und zwar dort, wo die ambulanten Hilfen geeignet sind.

In den Jahren 2006 und 2007, also in der Zeit, als das Ambulantisierungsprogramm in Hamburg gerade auf den Weg gebracht wurde, sind immerhin insgesamt 328 Personen von einer stationären in eine ambulante Betreuung gewechselt. Dann aber

stagnierte diese Entwicklung. Es wechselten pro Jahr etwa nur 80 Personen. Man kann also feststellen, dass das Ambulantisierungsprogramm aus 2005 keine großartigen Früchte getragen hat.

Ähnlich sieht die Lage beim persönlichen Budget aus. Nur circa 40 Menschen nehmen jährlich diese Möglichkeit in Anspruch. Was mich immer wieder überrascht, ist der Umstand, dass das persönliche Budget kaum bekannt ist. Fragt man Freunde oder Bekannte, stößt man immer wieder auf ein großes Fragezeichen. Kaum jemand weiß, dass das persönliche Budget ein Instrument der größtmöglichen Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung sein kann. Wo sonst kann ein Leistungsempfänger mit seinem Budget nicht nur seine Hilfearten weitgehend selbst bestimmen, sondern auch selbst einkaufen? Allerdings stellt diese Form auch eine sehr hohe Anforderung an den Empfänger dar, für die er oder sie Beratung benötigt.

Der Senat ist jedoch der Meinung – das ging aus der Antwort auf unsere Große Anfrage hervor –, dass das vorhandene Beratungsangebot ausreichend sei und sich bewährt habe. Doch heißt es vonseiten der Betroffenen immer wieder, dass hier Beratung fehle. Hier könnte die Befassung im Sozialausschuss zur Frage, warum nur so wenige Menschen, die einen Anspruch haben, diesen Anspruch auch geltend machen, einiges Licht ins Dunkel bringen.

Meine Damen und Herren! Wir wollen Menschen mit Behinderung nicht vorschreiben, wie sie am besten zu leben haben, denn sie wissen selbst am besten, wie sie leben möchten. Aus liberaler Sicht sind aber Rahmenbedingungen, die eine größtmögliche Selbstständigkeit und Selbstbestimmung ermöglichen, von zentraler Bedeutung.

(Beifall bei der FDP)

Weiteren Handlungsbedarf sehen wir insbesondere auch bei der Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Trotz stark sinkender Quote der Arbeitslosen bleibt die Zahl der arbeitslosen Menschen mit Behinderung fast gleichbleibend. Trotz zahlreicher, teilweise neuer Modelle der Elbwerkstätten und anderer Verbände ist das Ziel verfehlt, Menschen mit Behinderung aus den Werkstätten hinaus in den allgemeinen Arbeitsmarkt hineinzubringen.

In den Jahren 2005 bis 2009 schafften gerade einmal durchschnittlich sechs Beschäftigte den Übergang von dem Werkstattplatz in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Auch hier müssen wir uns fragen, wie wir die Rahmenbedingungen verbessern könnten, damit dieser Übergang mehr Menschen gelingt.

Um diesem Ziel ein Stück näherzukommen, hat die Bundesregierung Mitte letzten Jahres bereits einen Aktionsplan vorgelegt. Der Bereich Arbeit bildet dabei einen Schwerpunkt. Nach dem Motto "Mitten-

(Martina Kaesbach)

drin im Arbeitsleben" werden 100 Millionen Euro zur Integration von Menschen mit Behinderung dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt, zum Beispiel für betriebliche Ausbildung oder altersgerechte Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen.

Auch Hamburg arbeitet zurzeit an einem eigenen Aktionsplan. Die Eröffnung eines Inklusionsbüros wurde gerade letzte Woche von der Senatskordinatorin für Gleichstellung behinderter Menschen angekündigt. Behinderte Menschen sollen dort ihre Belange stärker einbringen können. In welcher Form aber dies geschehen soll und mit welcher Wirkung, ist noch nicht bekannt, aber ein Schritt in die richtige Richtung ist es allemal.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Den Menschen mit Behinderung nicht nur selbstverständliche Teilhabe an unserer Gesellschaft zu ermöglichen, sondern auch in der Stadt zusammen mit ihnen zu leben, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Wir beantragen die Überweisung der Großen Anfrage an den Sozialausschuss, weil wir hier großen Diskussionsbedarf sehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Jäck, Sie haben das Wort.

Regina-Elisabeth Jäck SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Uns liegt die vom Senat beantwortete Große Anfrage zur Situation der Menschen mit Behinderung in Hamburg vor. Im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration erhielten wir im Januar 2012 den Tätigkeitsbericht der Senatskordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen zu diesem Thema. Aus der Beantwortung der Großen Anfrage erfahren wir, was sich in den einzelnen Bereichen entwickelt hat: Datenentwicklung, Barrierefreiheit, ambulante Versorgung, persönliches Budget, Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt, ältere Menschen mit Behinderung, Hamburgisches Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz und der Sport. Wie kann der Prozess befördert und politisch bewegt werden?

Am 26. März 2009 trat die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in Deutschland in Kraft. Es handelt sich um einen völkerrechtlichen Vertrag, an den sich 85 Staaten binden. Dieser Vertrag soll bereits bestehende Menschenrechte gleichberechtigt für die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung konkretisieren.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren! Hier erhält Politik ihren formulierten Auftrag. Der Leitgedanke hierbei ist: weg von der Politik der Fürsorge und hin zur

Politik der Rechte von Menschen mit Behinderung. Das Ziel ist die soziale Inklusion. Keiner von uns ist vollkommen, keiner makellos perfekt, ein jeder von uns ist in irgendeiner Weise eingeschränkter als viele andere. Menschen mit Behinderung bereichern die Gesellschaft mit ihren individuellen Facetten.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und bei Anja Hajduk GAL)

Wenn wir versuchen, unsere Welt mit den Augen der Menschen mit Behinderung wahrzunehmen und zu verbessern, dann kommen wir der sozialen Inklusion näher.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Ratifizierung hat sich Deutschland gegenüber der nationalen Gemeinschaft verpflichtet, diese Konvention einzuhalten und umzusetzen auf allen staatlichen Ebenen. Und genau vor diesem Hintergrund wird die SPD-Fraktion in Hamburg politisch die Aufgaben wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wichtige Weichenstellungen wurden bereits vorgenommen, beispielsweise im Schulbereich, mit der Besetzung des Amtes der Senatskordinatorin mit Frau Körner, die eine breite Zustimmung in Hamburg findet, mit dem neu eingerichteten Inklusionsbüro für mehr Miteinander in unserer Gesellschaft, mit dem Hamburger Budget für Arbeit und mit dem Hamburger Aktionsplan. Der Hamburger Aktionsplan wird zurzeit vom Senat mit der Senatskordinatorin und dem Landesbeirat erarbeitet.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir befinden uns am Anfang eines langen Weges. Unser Ziel ist die soziale Inklusion von Menschen mit Behinderung in allen Bereichen.

(Beifall bei der SPD)

Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir Umsicht, Geduld und Ausdauer. Der Überweisung der Großen Anfrage stimmen wir zu. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herzlichen Dank, Frau Jäck. – Frau Wulff ...

(Heiterkeit im Plenum)

– Entschuldigung, Frau Wolff, Sie haben das Wort.

Katharina Wolff CDU:* In der heutigen Zeit ist es, glaube ich, nicht so charmant, Frau Wulff genannt zu werden.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ich freue mich sehr über die Große Anfrage der FDP – vielen Dank, Frau Kaesbach – zu den Perspektiven für Menschen mit Behinde-

(Katharina Wolff)

rung in Hamburg und über die Möglichkeit, darüber zu sprechen. Tatsächlich bekommen viele Menschen in unserer Stadt gar nicht mit, welche vielfältigen, alltäglichen Probleme es für Menschen mit Behinderung gibt.

Die Große Anfrage ist recht umfangreich und die Antworten des Senats bieten einen guten ersten Einblick in seine Aktivitäten. Ein prominenter Punkt, zu dem ich noch einige Fragen hätte, fehlt in der Großen Anfrage aber komplett, und zwar die Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr. Ich habe schon gehört, dass es dazu vielleicht aus den Reihen der FDP noch eine Schriftliche Kleine Anfrage als Nachreichung gibt, aber dieser Punkt sollte heute nicht unerwähnt bleiben. Insbesondere fehlen mir hier Aussagen zum aktuellen Stand der Umsetzung. Der Senat hat sich in seinem Arbeitsprogramm, was wir sehr begrüßen, konkret festgelegt – ich zitiere –:

"Im U-Bahnnetz sind noch rund 50 Stationen auf Hamburger Stadtgebiet barrierefrei auszubauen. Um das Ziel 'Barrierefreiheit 2020' zu erreichen, müssten durchschnittlich fünf Stationen pro Jahr umgerüstet werden."

Das sind ehrgeizige und absolut richtige Ziele und wir werden Sie gerne dabei unterstützen, Sie aber auch an dieser Aussage messen.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei *Mattias Albrecht SPD – Dirk Kienscherf SPD*: Sie haben es jahrelang schleifen lassen!)

– Herr Kienscherf, ich weiß gar nicht, was wir noch machen sollen; vielleicht sollten wir Ihr Umfeld bitten, sich Ihnen aufmerksamer zu widmen,

(Beifall bei der CDU, der GAL und der LIN-KEN)

denn was Sie dazwischenrufen, wird einem Thema wie diesem nicht gerecht.

Gerade für mich als Wahlkreisabgeordnete in Rotherbaum-Harvestehude ist das Thema Barrierefreiheit von U-Bahnstationen besonders wichtig, weil weder die U-Bahnstation Hallerstraße noch die Stationen Hoheluftbrücke und Eppendorfer Baum barrierefrei sind. Dadurch müssen viele Menschen mit Behinderung, gerade mit dem Rollstuhl, große Umwege in Kauf nehmen, um von A nach B zu kommen.

Es ist besonders schade, dass diese großen Probleme vor allen Dingen das schnellste Verkehrsmittel, die U-Bahn, betreffen. Und da hilft dann leider auch kein Budget, Frau Kaesbach. Solche Missstände sollte es in einer modernen Großstadt wie Hamburg nicht geben. Ich hoffe für die Betroffenen, dass sich an dieser Situation bald etwas ändert, wie vom Senat angekündigt.

Ein weiterer Punkt, auf den ich hinweisen möchte, ist die Wiedereingliederung am Arbeitsmarkt und

dort insbesondere die Beschleunigung der Bearbeitung von Anträgen. Zu diesem Thema hatte ich schon im Oktober letzten Jahres eine Schriftliche Kleine Anfrage an den Senat gerichtet. Dabei ging es auch um Beschwerden über die lange Dauer der Antragsbearbeitung für Eingliederungshilfen im federführenden Bezirksamt Wandsbek. In seiner Antwort hat der Senat die Absicht geäußert, dem im Bezirksamt Wandsbek eingerichteten Fachamt Eingliederungshilfe kurzfristig zusätzliches Personal zuzuweisen, um die steigenden Antragszahlen bearbeiten zu können. Ich habe herausfinden können, dass tatsächlich mehr Personal zur Verfügung gestellt wurde, was wir sehr begrüßen und wofür ich mich bedanken möchte. Aber ich konnte keine Informationen darüber bekommen, in welchem Umfang und für welchen Zeitraum das zusätzliche Personal gestellt werden soll. Vielleicht kann Herr Senator Scheele in seinem Statement gleich darauf noch eine Antwort geben. Ich würde mir in jedem Fall wünschen, dass den körperlich und geistig benachteiligten Menschen in unserer Stadt dauerhaft keine zusätzlichen Barrieren durch lange Wartezeiten auferlegt werden.

Zusammenfassend kann man sagen: Man merkt an den Antworten auf die Große Anfrage, dass der Senat viele gute Ziele angepeilt hat, und es wäre eine große Bereicherung für die Betroffenen, wenn diese in ihrem Sinne nun auch zeitnah umgesetzt würden. Wir sehen aber auf der anderen Seite – zu den zwei Punkten habe ich jetzt Einiges gesagt – auch noch ein bisschen Diskussionsbedarf. Von daher finden wir den Vorschlag, das Thema an den Sozialausschuss zu überweisen, gut und stimmen diesem Überweisungsbegehren gerne zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Martina Kaesbach FDP*)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gumbel: Frau Fegebank, Sie haben das Wort.

Katharina Fegebank GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns wieder einmal einig, dass es bei dem Thema "Menschen mit Behinderung" um eines geht, das wir nur gemeinsam bewegen und voranbringen können. Die bisherigen Debattenbeiträge hatten diese Stoßrichtung und ich glaube, das wird auch für die folgenden gelten.

(Beifall bei *Regina-Elisabeth Jäck SPD*)

Danke.

Ich bin auch sehr froh, dass diese Große Anfrage gestellt wurde, Frau Kaesbach, weil sie das Thema, das wir im Januar im Sozialausschuss besprochen haben, nämlich barrierefreies Rathaus, aber auch den Bericht der Beauftragten für die Menschen mit Behinderung weiter fortschreibt.

(Katharina Fegebank)

Ich denke, das Themenfeld Inklusion wird ein richtiger Dauerbrenner werden. In einer der letzten Bürgerschaftssitzungen haben wir über Inklusion an Schulen gesprochen und wir werden über Inklusion in allen Bereichen der Bildung sprechen müssen. Frau Wolff hat das Thema Inklusion und barrierefreies Leben im Bereich der Mobilität in der gesamten Stadt angesprochen. Diese Themenbereiche zeigen, dass es sich hier nicht nur um etwas handelt, das in diesem Haus diskutiert wird, sondern um etwas, das wir jeweils in unseren Kreisen in die Stadt tragen müssen, weil es nicht um eine kleine Gruppe von Menschen geht, sondern um 150 000 Menschen, die dauerhaft von Behinderungen betroffen sind; Frau Kaesbach hat es dargestellt. Es sind 150 000 Menschen, die durch persönliche Krisen, durch körperliche und geistige Einschränkungen temporär eingeschränkt sind. Und damit sprechen wir dann tatsächlich über 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung.

Wenn es um Inklusion geht – ein Begriff, der in den Fachdebatten inzwischen einen relativ großen Stellenwert einnimmt durch die UN-Behindertenrechtskonvention, aber auch durch die im Jahr 2002 durch die damalige rot-grüne Bundesregierung auf den Weg gebrachte Änderung des Sozialgesetzbuchs IX –, dann müssen wir schon noch sehen, dass einiges auf den Weg gebracht wurde, aber gleichzeitig noch ganz viel vor uns liegt und wahnsinnig dicke Bretter zu bohren sind.

Das gilt für die unterschiedlichen Felder, die in der Großen Anfrage angesprochen wurden, das gilt aber auch für den gesamten Bildungsbereich und die Bereiche der Mobilität und Kultur. Sie haben den Sportbereich abgefragt, aber auch in den Bereichen des gesellschaftlichen Miteinanders und der Kultur sollte man dieses Themenfeld aufgreifen. Und es geht um die Frage der Haltung jedes Einzelnen von uns, Hürden im Kopf abzubauen zusätzlich zu den Hürden, die Menschen mit Behinderung, gerade mit körperlichen Einschränkungen, tagtäglich vorfinden.

Ich weiß nicht, ob Sie einmal jemanden begleitet haben, der im Rollstuhl sitzt, jemanden, der einen Rollator vor sich herschiebt und nicht in den Bus kommt, jemanden, der, wie Frau Wolff es beschrieben hat, U- und S-Bahn nutzen will und plötzlich, weil kein Fahrstuhl da ist, entweder die Fahrt abbrechen muss oder sich unangenehm durchhangeln und um Hilfe bitten muss. Haben Sie einmal jemanden begleitet, der blind ist oder gehörlos oder mit eingeschränkter geistiger Wahrnehmung durch die Stadt läuft? Wo man auch hinkommt, überall stößt man auf physische Barrieren und teilweise – und das ist meist noch sehr viel schlimmer – auf Barrieren, die sich in den Köpfen des Gegenübers befinden.

Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, diese dicken Bretter zu bohren und auch die Hürden in

den Köpfen in der gesamten Gesellschaft zu überwinden, damit wir in Hamburg eine plurale, heterogene und inklusive Gesellschaft bekommen und vielleicht bundesweit mit gutem Beispiel vorangehen können. Dazu bedarf es nicht nur der Debatte im Sozialausschuss, sondern auch des Bohrens ganz dicker Bretter, weil wir da nicht am Ende, sondern am Anfang eines Prozesses hin zu gleichberechtigter Teilhabe aller Menschen in dieser Gesellschaft stehen, den wir selbst immer wieder hinterfragen und neu gestalten müssen.

(Beifall bei *Phylliss Demirel* GAL)

Selbstbestimmt statt fremdbestimmt, das ist nicht nur die Maxime, an der sich grüne Politik orientiert; in dieser Maxime sind wir uns in diesem Haus auch einig.

(*Dirk Kienscherf* SPD: Das haben wir ja in den letzten drei Jahren gesehen!)

Nur so kann Teilhabe funktionieren und Menschen mit Behinderung können nur so ihre individuelle Wahlfreiheit ausüben.

Wir werden genau hinsehen, wie sich der Senat in den Fragen der weiter fortschreitenden Ambulantisierung und des Umgangs mit dem persönlichen Budget positioniert. Unsere Unterstützung haben Sie dabei, erste Schritte sind getan. Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss. – Danke.

(Beifall bei der GAL und bei *Martina Kaesbach* FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Özdemir, Sie haben das Wort.

Cansu Özdemir DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Zahl der arbeitslosen Menschen mit Behinderung steigt und die Antworten auf die Große Anfrage verschleiern eher die tatsächlichen Verhältnisse. Deshalb möchte ich kurz ein paar Zahlen nennen. Es handelt sich dabei um die Zahlen der Arbeitsagentur zur Entwicklung von August 2010 bis August 2011: Die Anzahl der Arbeitslosen in Hamburg ist insgesamt um 2,2 Prozent gesunken, gleichzeitig ist aber die Anzahl der schwerbehinderten Arbeitslosen um 21,8 Prozent gestiegen. In die individuelle betriebliche Qualifizierung im Rahmen des Konzepts "Unterstützte Beschäftigung" nach SGB IX sind im Jahr 2009 35, im Jahr 2010 39 und im Jahr 2011 45 Menschen eingestiegen, und bisher wurden über dieses Programm 23 Menschen in eine versicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt. Zum Vergleich nenne ich Ihnen die Anzahl der Personen, die in den Eingangs- und Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen eingetreten sind: Das waren im Jahr 2009 359, im Jahr 2010 343 und im Jahr 2011 213 Menschen. Als Fazit bleibt festzuhalten: Die Chancen, auch Menschen mit ausgeprägten Einschränkun-

(Cansu Özdemir)

gen für eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu qualifizieren, müssen mit Unterstützung der Betriebe noch erheblich stärker genutzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Im gemeinsamen Arbeitsmarktprogramm von BAS-FI, Arbeitsagentur und Jobcenter hat die Personengruppe arbeitsloser Menschen mit Behinderung keine beziehungsweise wenig Erwähnung gefunden. Das war überraschend, weil vorher viele Vorschläge unterbreitet worden waren.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Entschuldigen Sie die Unterbrechung. Ich möchte die Abgeordneten bitten, sich entweder zu setzen und der Rednerin zuzuhören oder nach draußen zu gehen, auch die, lieber Herr Eisold, dort hinten an der Wand. Fahren Sie bitte fort.

Cansu Özdemir (fortfahrend): Danke. – Angeblich ist das Thema extra ausgespart worden, weil es so komplex ist und weil der Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention noch in Arbeit ist. Wir warten also weiter gespannt auf den Landesaktionsplan, ohne dass den schwerbehinderten Menschen bisher geholfen wäre.

Die Antworten des Senats auf die Große Anfrage der FDP verschleiern dabei auch die Tatsache, dass es einen Mangel an geeigneten Arbeitsplätzen für langzeitarbeitslose schwerbehinderte Menschen in Hamburg gibt. Das liegt an dem allgemeinen Trend, möglichst viele Tätigkeitsbereiche von Behörden und Unternehmen auszugliedern, weil das kostengünstiger ist. Dabei handelt es sich häufig um solche Tätigkeitsbereiche, die für Schwerbehinderte geeignet wären. Die Firmen, die diese Aufträge übernehmen, haben kein Interesse an der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und deshalb ist auch ein Umdenken der Hamburger Wirtschaft dringend notwendig.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Phyliss Demirel GAL*)

Es müssen wieder Arbeitsplätze geschaffen werden, die auf das jeweilige Leistungsvermögen individuell zugeschnitten werden können. Zu einer vernünftigen Politik für Menschen mit Behinderung gehört natürlich auch eine deutliche Erhöhung der Ausgleichsabgabe.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Ausgleichsabgabe wird geleistet von privaten und öffentlichen Arbeitgebern mit mindestens 20 Arbeitsplätzen, die nicht wenigstens 5 Prozent dieser Plätze mit schwerbehinderten Menschen besetzen, sondern lieber freiwillig zahlen. Für jeden nicht mit einem schwerbehinderten Menschen

besetzten Pflichtarbeitsplatz muss zwar seit Jahresanfang eine geringfügig erhöhte Ausgleichsabgabe gezahlt werden, aber hier hätte es in der Verantwortung des Senats gelegen, in Berlin darauf hinzuweisen, dass es noch viel zu billig für die Hamburger Wirtschaft gewesen ist, sich freizukaufen.

(Beifall bei der LINKEN)

Da die erhöhten Sätze außerdem erstmals zum 31. März 2013 zu zahlen sind, wenn die Ausgleichsabgabe für das Jahr 2012 fällig wird, wird dies in der aktuell schwierigen Lage gerade hier in Hamburg keinerlei Besserung für schwerbehinderte Menschen bringen.

Aber kommen wir zum Thema Ambulantisierung; auch meine Vorrednerinnen hatten dieses Thema angesprochen. Der Wechsel von stationären in ambulante Wohnformen ist ins Stocken geraten und ein besonderes Problem, das der Senat mit seinen entsprechenden Programmen noch nicht gelöst hat, ist dabei die Unterbringung von jungen, mehrfach schwerbehinderten Menschen gegen ihren Willen in Heimen. Hintergrund ist hier der Paragraph 13 des SGB XII. Der legt fest, dass im Bereich der Sozialhilfe kein Anspruch auf ambulante Versorgung im eigenen Wohnraum besteht, wenn das gegenüber einem Heimaufenthalt mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden ist. Aber genau das widerspricht der UN-Behindertenrechtskonvention und die ist mit ihrer Ratifizierung einfaches deutsches Bundesgesetz geworden. Dort heißt es nämlich in Artikel 19, in den Vertragsstaaten müsse gewährleistet sein – ich zitiere –:

"[...] dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt die Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben, und nicht verpflichtet sind, in besonderen Wohnformen zu leben."

Dem liegt folgender Gedanke zugrunde: Das Recht auf Freizügigkeit und Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft lässt sich nur verwirklichen, wenn Behinderte nicht nur die Freiheit, sondern auch die reale Möglichkeit haben zu wählen, wo und mit wem sie leben wollen oder können.

(Beifall bei der LINKEN)

Menschen mit Behinderung werden also auch in Hamburg nach wie vor aus finanziellen Gründen in ihren Rechten beschnitten. Ihnen wird die verbliebene Selbstbestimmung genommen. Und der Senat nutzt unserer Auffassung nach seinen bestehenden Handlungsspielraum nicht richtig aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention muss umgehend der Vorrang der ambulanten Leistungen auch in den Fällen umgesetzt werden, in denen ein größerer Hilfebedarf besteht. Ende

(Cansu Özdemir)

des letzten Jahres haben schwerbehinderte Menschen in Hamburg den "Hamburger Verbund selbstbestimmte Assistenz" gegründet. Als Betroffene fordern sie die Durchsetzung des Rechts auf persönliche Assistenz entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention. Sie fordern, dass alle behinderten Menschen die Hilfen erhalten, die sie für eine volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben brauchen. Dafür brauchen wir eine einheitliche Verwaltungspraxis und gleiche Richtlinien bei der Bewilligung.

Und wir brauchen natürlich Wohnungen. Laut einer von der IG-Bau und den Verbänden der Bau- und Immobilienwirtschaft in Auftrag gegebenen Studie werden in 15 Jahren rund 35 000 alters- beziehungsweise behindertengerechte Wohnungen benötigt. Und bei der zentralen Vermittlungsstelle von rollstuhlgerechtem Wohnraum in Hamburg beläuft sich die Wartezeit auf rund zwei Jahre. Rund 20 Prozent aller Hamburgerinnen und Hamburger sind über 65 Jahre alt, davon sind etwas über ein Viertel schwerbehindert. Und seit Jahren ist die Zahl der von Altersarmut Betroffenen steigend. Auch im vergangenen Jahr ist die Zahl der Transferleistungsempfänger im Rentenalter um rund 25 Prozent gestiegen. Währenddessen laufen die Sozialbindungen für Mietwohnungen weiterhin aus. Auch in dieser Frage drückt sich der Senat um die Antwort, weil bislang noch kein Erfolg erkennbar ist.

Meine Damen und Herren! Auch wir denken, dass es großen Bedarf gibt, über dieses Thema zu diskutieren, und deshalb stimmen wir der Überweisung an den Sozialausschuss zu.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/2339 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren einstimmig angenommen.

Ich rufe nun den Punkt 50 auf, Drucksache 20/3000 in der Neufassung, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Hallen- und Freibad Ohlsdorf; nach erfolgreichem Bürgerentscheid, was nun?

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Hallen- und Freibad Ohlsdorf; nach erfolgreichem Bürgerentscheid, was nun?
– Drs 20/3000 (Neufassung) –]**

Wird das Wort gewünscht? – Frau Heyenn, Sie haben es.

Dora Heyenn DIE LINKE: * Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Aus aktuellem Anlass haben wir heute eine Angelegenheit des Bezirks Hamburg-Nord auf die Tagesordnung gesetzt. Noch einmal zur Erinnerung: Nach Bekanntgabe des Bebauungsplans für das Freibad Ohlsdorf im Januar 2008 gründete sich eine Bürgerinitiative für den Erhalt des Freibades. Der von der Bäderland Hamburg GmbH geplante Verkauf von rund 10 000 Quadratmetern des Freibadgeländes und dessen geplante Bebauung mit 80 hochpreisigen Wohnungen hatten im Bezirk Hamburg-Nord für zahlreiche Proteste gesorgt.

Im August 2008 stellte die LINKE einen Antrag in der Hamburgischen Bürgerschaft mit der Zielsetzung, das Freibad Ohlsdorf im gesamten Umfang zu erhalten und zu sanieren. Auch die SPD stellte im Februar 2009 einen Antrag für den Erhalt des Freibades Ohlsdorf. Der SPD-Wahlkreisabgeordnete Gunnar Eisold sagte damals:

"Die Planung von Bäderland ist familien- und kinderunfreundlich und sollte nach meiner Auffassung nicht umgesetzt werden."

Im April 2009 fand dann der Bürgerentscheid im Bezirk Hamburg-Nord statt. Bei mehr als 41 000 abgegebenen Stimmen erhielt der Vorschlag der Bürgerinitiative zum Erhalt des Hallen- und Freibades Ohlsdorf 84,5 Prozent der Stimmen und wurde damit mit großer Mehrheit angenommen. Das war ein klares Votum für den Erhalt des Freibades.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Vorschlag der Bezirksversammlung für eine Bebauung des Freibadgeländes, wie Bäderland es wollte

(Daniel Gritz SPD: Teilbebauung!)

– oder eine Teilbebauung, regen Sie sich nicht auf, Sie können gleich reden –, erhielt lediglich 37,5 Prozent der Stimmen. Die Beteiligung lag bei circa 19 Prozent.

Somit müsste das Hallen- und Freibad Ohlsdorf den Hamburgerinnen und Hamburgern erhalten bleiben. Es wurde ein Runder Tisch, unter Beteiligung des damaligen Bezirksamtsleiters Wolfgang Kopitzsch, der CDU, der GAL, der FDP, der LINKEN, der Verwaltung, der Bäderland Hamburg GmbH, der Bürgerinitiative "Rettet das Freibad Ohlsdorf!", des Schwimmvereins und weiterer Verbände zur Zukunft des Bades im Bezirk Hamburg-Nord eingerichtet. Das geschah auch aus dem Grund, weil das Hallen- und Freibad Ohlsdorf unbedingt saniert werden muss. Wir hatten die Thematik, was passiert, wenn Dinge einfach verrotten, heute schon einmal in Zusammenhang mit dem Bericht des Landesrechnungshofs.

Am Runden Tisch einigten sich die Beteiligten darauf, dass die Bezirksversammlung Hamburg-Nord für die Erstellung eines Nutzungskonzepts

(Dora Heyenn)

50 000 Euro zur Verfügung stellt, was Bäderland ausdrücklich begrüßte. Dieses wurde am 16. Dezember 2010 in der Bezirksversammlung offiziell und mehrheitlich beschlossen. Daraufhin haben die Bürgerinitiative und alle Fraktionen einen Kriterienkatalog erarbeitet, der Grundlage für ein neues Nutzungskonzept sein sollte.

Doch obwohl der Runde Tisch mehrmals getagt und der Bezirk Hamburg-Nord 50 000 Euro für ein Nutzungskonzept zur Verfügung gestellt hat, ist die Situation des Freibades Ohlsdorf weiterhin festgefahren. Was ist die Ursache? Nach mehreren Versuchen, weiter mit Bäderland ins Gespräch zu kommen, stellte sich heraus, dass der Geschäftsführer der Bäderland Hamburg GmbH, Klauspeter Schelm, sich weder an das Ergebnis des Bürgerentscheids "Rettet das Freibad Ohlsdorf" noch an den Beschluss der Bezirksversammlung gebunden fühlt. Wir finden es einen Skandal, wie die stadtteilgene Bäderland Hamburg GmbH mit der Demokratie und mit den Menschen in diesem Bezirk umgeht.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Hallen- und Freibad Ohlsdorf ist in einem elenden Zustand. Seit Jahren hat keine Sanierung oder zumindest keine angemessene Sanierung stattgefunden, die Anlage verrottet zunehmend. Bäderland sitzt die Mängel aus und verweigert de facto nicht nur das Gespräch mit der an der Sanierung interessierten Initiative,

(Olaf Ohlsen CDU: Unglaublich!)

sondern es wird ein immenser Sanierungsstau aufgebaut, um so das Bürgerbegehren durch Zeitablauf und Nichtstun auszuhebeln.

Der Senat muss jetzt aktiv werden und Gespräche mit Bäderland führen. Offiziell ist die BSU im Aufsichtsrat, aber es sind mehrere Senatoren damit befasst, zum Beispiel auch der Schulsenator, was die Verträge zum Schulschwimmen betrifft. Das Hallen- und Freibad Ohlsdorf muss als Standort für ein Familien- und Sportbad erhalten bleiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben mit den Beteiligten gesprochen und festgestellt, dass es Kompromissbereitschaft auf allen Seiten gibt, bei der Initiative, bei der Bezirksversammlung, nur nicht bei Bäderland.

Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt und wir möchten, dass der Senat dafür Sorge trägt, dass eine neue Planung in die Wege geleitet wird. Wir möchten Bewegung im Sinne einer realistischen Kostenabschätzung erreichen; auch darüber haben wir heute in Zusammenhang mit dem Bericht des Landesrechnungshofs schon einmal diskutiert. Der Senat sollte sich dort einschalten, um den Zustand ausbleibender Investitionen zu beenden.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir in der letzten Sitzung einen Interfraktionellen Antrag verabschiedet haben, der mit "Mehr Demokratie" ausgehandelt wurde. Die Stoßrichtung dieses Interfraktionellen Antrags war, dass alle Parteien der Bürgerschaft die direkte Demokratie ernst nehmen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber das Agieren entspricht nicht dem, was wir verabredet haben! Also erzählen Sie nichts Falsches!)

Ich gehe davon aus, dass auch alle Fraktionen in den Bezirken sie ernst nehmen. Und deshalb sind wir der Auffassung, dass, wenn die Situation in Hamburg-Nord so festgefahren ist,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Und wen haben Sie festgefahren?)

der Senat gefordert ist, die Initiative zu ergreifen und etwas zu tun, damit das Freibad so erhalten bleibt, wie das Volksbegehren entschieden hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Eisold, Sie haben das Wort.

Gunnar Eisold SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Schade, ich hatte mich gefreut, zuerst noch die Beiträge der anderen zu hören, aber so ist das mit der Reihenfolge.

(Olaf Ohlsen CDU: Dann setzen Sie sich doch wieder hin!)

Der Beitrag von Frau Heyenn war im Grunde schon mit vielen Aspekten gespickt, die weiterführen. Es ist gut, dass wir nicht die Schlachten von gestern schlagen und nicht erneut über Sprungtürme und einzelne Details der Ausstattung des Schwimmbades reden, sondern dass wir – wie der Antrag auch vorsieht – darüber sprechen, wie es weitergehen kann.

Und da kann man von dieser Stelle aus erst einmal ausdrücklich dem Bezirk Hamburg-Nord danken und dem früheren Bezirksamtsleiter, Herrn Kopitzsch, dass er sich mit der Initiative zusammengesetzt, Bäderland eingeladen und Planungsbeteiligte an einen Runden Tisch geholt hat. Denn das erwarten wir auch, wenn es einen Bürgerentscheid gegeben hat, dass hinterher geschaut wird, wie es weitergeht, und dass es keine festgefahrenen Fronten gibt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist auch die Ausgangslage im Bezirk Hamburg-Nord gar nicht so schlecht. Frau Heyenn, Sie haben richtig gesagt, dass es dort Mittel für ein Gutachten gibt, das ist immerhin schon einmal etwas. Es gibt die Bezirksversammlung, die Beschlüsse dazu gefasst und Kriterien für ein solches

(Gunnar Eisold)

Gutachten entwickelt hat. Und wir warten darauf, dass es vergeben werden kann.

Auf der Grundlage des Gutachtens müssen sich dann alle überlegen, welche Handlungsoptionen für ein Schwimm- und Freibad Ohlsdorf es für die Zukunft gibt. Und nach dem, was ich in den letzten Tagen gehört habe, wird es kurzfristig auch wieder Gespräche geben, auch mit der Initiative,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist gut!)

mit dem Bezirksamt und der zuständigen Fachbehörde. Das ist richtig, und wir hoffen, dass wir dann in Kürze Informationen darüber haben, wie das Verfahren in Hamburg-Nord weiterläuft und hoffentlich dann bald Ergebnisse bringt.

Grundsätzlich glaube ich allerdings, dass es Sinn gemacht hat, sich Zeit zu nehmen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Es ist drei Jahre her!)

Politische Prozesse, und gerade Prozesse nach einem erfolgreichen Bürgerentscheid, brauchen eine gewisse Zeit, um allen Beteiligten Gelegenheit zu geben, aufeinander zuzugehen. Ich weiß, dass es schon ein bisschen her ist. Nichtsdestotrotz gab es Runde Tische und Gespräche und es gibt sie weiterhin, wie wir wissen. Und eines stimmt nicht, Frau Heyenn: Es ist nicht so, dass das Schwimmbad Ohlsdorf vor sich hin verfällt. Die laufende Instandhaltung macht Bäderland schon. Sie kümmern sich darum, dass das Bad genutzt werden kann. Richtig ist, dass keine weitergehenden Investitionen getätigt werden, das ist allerdings auch nachvollziehbar, denn zunächst muss die Frage geklärt werden, wie es grundsätzlich mit dem Bad weitergeht.

Vor diesem Hintergrund finden wir Ihren Antrag auch ein bisschen schwierig. Wir glauben, dass die weitere Diskussion schon im Bezirk Hamburg-Nord erfolgen sollte. Es handelt sich immerhin um einen bezirklichen Bürgerentscheid. Den wollen wir ernst nehmen. Deshalb müssten die Akteure auch zusammen mit der Bezirksversammlung klären, wie es dort weiter vorangehen soll. Wir halten es – zumindest zum jetzigen Zeitpunkt – nicht für verträglich, wenn sich der Senat auf eine solche Art und Weise in die Angelegenheiten eines Bezirks einmischte. Wir wünschen uns, dass die Einigkeit vor Ort hergestellt wird.

(Beifall bei der SPD)

Das entspricht auch der Linie, die wir schon in der letzten Legislaturperiode vertreten haben, als wir in der Bürgerschaft ein breites Beteiligungsverfahren vor Ort beantragt haben, in dem alle Beteiligten gemeinsam vereinbaren, wie die einzelnen Sanierungsschritte auszugestalten sind und wie das Bad in Zukunft aussehen soll. Das hat damals leider keine Mehrheit gefunden, weil CDU und GAL unseren Antrag nicht mitgetragen haben. Wir freuen

uns, dass das vor Ort dennoch geschieht, und hoffen, dass wir bald Ergebnisse haben werden.

(Olaf Ohlsen CDU: Alles wird gut!)

Frau Heyenn, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir erst im Januar einvernehmlich eine Novellierung der bezirklichen Bürgerbegehren verabschiedet haben. Und was jetzt im Bezirk Hamburg-Nord passiert, nämlich ein gemeinsames Vermittlungsverfahren, entspricht vom Charakter her genau dem, was wir uns alle vorgestellt haben. Deshalb sollte es dafür auch die notwendige Zeit geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Hesse, Sie haben das Wort.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Eisold, das war wie ein Déjà-vu für mich: auf der einen Seite DIE LINKE und der Kollege Eisold unter der Überschrift "Rettet das Freibad Ohlsdorf!", auf der anderen Seite die Fraktionen, die schon damals eine pragmatische und auch für Bäderland gute Lösung befürwortet und einen Kompromiss angestrebt haben.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Ist das das Gleiche, pragmatisch und gut?)

– Nein, das ist nicht das Gleiche, lieber Hacki. Es geht um sehr spezielle Dinge, die wir im Wahlkreis 12 erlebt haben.

Dass die SPD-Fraktion, die ich vor Ort als sehr konstruktiv erlebt habe, den Kollegen Eisold sprechen lässt, finde ich spannend. Der Kollege Eisold hat – das muss deutlich gesagt werden – keine rühmliche Rolle gespielt,

(Olaf Ohlsen CDU: Aha!)

als es um die Sanierung des Ohlsdorfer Bades ging.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Weder von Frau Heyenn noch vom Kollegen Eisold habe ich heute gehört: Wir wissen, dass Bäderland sich strukturell verändern muss. Wir stehen zu der klaren Aussage des Rechnungshofs in seiner Jahrespressekonferenz:

"Die Aufgabe bzw. Konzentration von Standorten sowie Veräußerungen oder Umnutzungen von Teilflächen könnten zur Finanzierung zeitgemäßer Einrichtungen beitragen und zugleich langfristig das Defizit verringern."

Eine klare Aussage Ihrerseits, lieber Kollege Eisold, wäre gewesen zu sagen, auch ich sehe das so, auch die SPD-Fraktion sieht das so, wir

(Klaus-Peter Hesse)

wissen, dass wir die Defizite von Bäderland durch den Verkauf von Teilflächen verringern können. Aber da ist nichts von Ihnen gekommen.

Es ist auch kein klares Bekenntnis zu dem gekommen, was die SPD permanent in der Bürgerschaft fordert, nämlich mehr Wohnungsbau. An dieser Stelle sollten 80 Wohnungen entstehen, aber Gunnar Eisold und DIE LINKE haben dies gegen den Willen aller Bezirksfraktionen – gegen CDU, SPD, FDP und Grüne – verhindert, indem Sie den Leuten vorgegaukelt haben, ihr Freibad wäre in Gefahr. Sie haben sich Unterschriften erschlichen, mit falschen Plakaten geworben

(Jan Quast SPD: Unverschämt!)

und so ein wichtiges Bauvorhaben gegen den Willen der eigenen Fraktion und gegen den Willen der anderen Fraktionen in der Bezirksversammlung verhindert.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist schofelig; das ist wahrer Populismus.

Noch heute kann man auf der Website von Gunnar Eisold lesen, wie man sich beim Bezirksentscheid hätte entscheiden sollen, nämlich gegen den Wohnungsbau, gegen die Sanierung des Schwimmbads und für Stillstand, den wir jetzt haben. Dieser Stillstand ist die Konsequenz, wenn man gemeinsam mit den LINKEN fordert, der Staat solle alles bezahlen, aber nichts soll in irgendeiner Form durch Einnahmen generiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Wer im Wahlkreis Langenhorn-Fuhlsbüttel wohnt, hat im Lokalanzeiger einen wunderbaren Kommentar von Bernardo Peters lesen können, der zum Schwimmbad in Ohlsdorf alles sagt, was zu sagen ist. Wir haben 26 Hallen- und Freibäder in unserer Stadt mit einem vom Steuerzahler zu tragenden Defizit von 18 Millionen Euro. Was ist die Konsequenz, wollen wir Bäder schließen? Ich glaube, das will keiner. Wir wissen, was das vor Ort bedeuten würde. Also müssen wir Teilflächen verkaufen. Das Schwimmbad Ohlsdorf hat Teilflächen, die für einen Verkauf geeignet sind, und Bäderland ist weiterhin bereit, darüber zu sprechen, das durch den Verkauf eingenommene Geld in die Modernisierung des Bades zu investieren. Es geht immerhin um 12 Millionen Euro, die wir bräuchten, um dieses Bad in einen vernünftigen Zustand zu bringen. 3 Millionen Euro könnten durch die neue Attraktivität des Schwimmbads erzielt werden, blieben also 9 Millionen Euro, die von irgendwoher kommen müssten. Anders als DIE LINKE sagen wir nicht, dass das schon irgendwie aus dem großen Topf von Herrn Tschentscher kommen werde, sondern da muss der Staat verantwortlich handeln und sagen, wo man Geld einnehmen kann, kann man auch etwas ausgeben – und nicht andersherum.

(Beifall bei der CDU)

Ohlsdorf ist keine Insel. Es ist, liebe Frau Heyenn, alles andere als eine Angelegenheit des Bezirks Hamburg-Nord. Das Schwimmbad Ohlsdorf ist eingebunden in ein Bäderkonzept, und wir können nicht ein Bad isoliert betrachten und alle anderen Bäder ausblenden. Jedes Bad hat seine Aufgabe und nur das Schwimmbad Ohlsdorf zu retten, wird nicht funktionieren, es würde sich nie alleine tragen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das trägt sich nie, ein Bad alleine!)

– Das stimmt nicht, Frau Heyenn. Die Bäderland GmbH hat in den letzten Jahren erfolgreich gewirtschaftet und ihr Defizit verringert. Im Vergleich zu anderen Bäderanstalten in Deutschland ist sie sehr vorbildlich, und sie hat in den letzten Jahren eine sehr gute Arbeit gemacht. Sie sagen, es sei Ihnen egal, wer die Sanierung bezahle, das Geld solle von woanders genommen werden und die Bäderland solle nicht wirtschaftlich arbeiten. Dadurch bekommt die Bäderland aber Probleme und das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion steht nach wie vor zum ursprünglichen Konzept von Bäderland, das war damals vollkommen richtig. Der Bürgerentscheid ist nur mit minimaler Wahlbeteiligung zustande gekommen. Die Fläche bietet sich weiterhin für Wohnungsbau an – ich hoffe, dass da die SPD an meiner Seite steht – und weniger für eine Hotelnutzung, wie sie jetzt vom Bezirk Hamburg-Nord ins Gespräch gebracht wurde. Der Stillstand, den wir erleben, liebe Frau Heyenn, ist das Ergebnis des pseudo-erfolgreichen Bürgerentscheids,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Wieso pseudo-erfolgreich?)

den Sie mit Gunnar Eisold gemeinschaftlich durchgesetzt haben. Die Leute, die sich jetzt beschweren, dass dort nichts passiert ist, sollten alle zu Ihnen kommen, denn das haben Sie verursacht und die Konsequenzen müssen Sie jetzt auch tragen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass Bäderland oder der Senat jetzt prüfen müssen, wie die Fläche verwertet werden kann, ob man das nun mit einem Gutachten macht oder mit einer Untersuchung. Anders wird das nicht funktionieren, anders wird auch die Sanierung nicht hinzubekommen sein. Wir brauchen Wohnungsneubau in unserer Stadt und der ist dort möglich, die Infrastruktur ist hervorragend. Was wir nicht brauchen, lieber Kollege Eisold, sind SPD-Politiker vor Ort, die rein populistisch an sich denken und meinen, Wähler abfangen zu können,

(Klaus-Peter Hesse)

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist Ihnen ja völlig fremd!)

indem Sie mit Wahllügen durch die Gegend laufen.
– Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Anja Hajduk GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Blömeke, Sie haben das Wort.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist interessant, dass ich die einzige Rednerin bin, die fachpolitisch zum Thema redet, denn bislang haben sich hier die Wahlkreisabgeordneten gestritten.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber gestern hast du den Wahlkreis gut vertreten! – Zurufe von der CDU)

Aber, verehrte CDU-Fraktion, ich war selten so einig mit Herrn Hesse wie dieses Mal.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Man könnte fast meinen, wir hätten unsere Reden zusammen ausgearbeitet.

(Olaf Ohlsen CDU: Ja, wunderbar!)

Die Website von Gunnar Eisold muss regen Zulauf gehabt haben. Ich habe nämlich auch auf ihr geforscht und bin zu dem gleichen Ergebnis gekommen wie mein Kollege Hesse. Ich war erstaunt, wie sehr Sie sich in der Vergangenheit gegen den Wohnungsbau stark gemacht haben,

(Robert Heinemann CDU: Hört, hört! Herr Grote, was machen Sie dagegen?)

und habe mich gefragt, wie das eigentlich zusammenpasst: Die SPD will unbedingt ihre 6000 Wohnungen bauen

(Gabi Dobusch SPD: Sie nicht?)

und versucht vehement, überall Flächen zu finden. Und dann gibt es einen SPD-Wahlkreisabgeordneten, der Politik gegen den Wohnungsbau macht. Ich war wirklich interessiert, wie Sie heute mit dem Antrag der LINKEN umgehen.

(Beifall bei der CDU)

Rufen wir uns doch noch einmal in Erinnerung, was eigentlich Gegenstand dieses Bürgerentscheids war. Es ging damals um einen Teilverkauf – keinesfalls um die Zuschüttung des gesamten Freibades – des Grundstücks, mit dessen Erlös das Bad modernisiert werden sollte. Den Bürgerinnen und Bürgern wurde mitgeteilt, dass nur bei einem Teilverkauf saniert werden kann. Was ist passiert? Mündige Bürgerinnen und Bürger haben vor Ort entschieden, dass sie das so nicht wollen, und haben dem Bürgerentscheid der Bezirksversammlung nicht zugestimmt. Dann muss man auch mit

den Konsequenzen leben. Auch Sie, Herr Eisold, sind verantwortlich dafür, dass dieses Bad nicht saniert wurde, weil Sie mit den LINKEN vehement dafür gekämpft haben, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht mit dem Bürgerentscheid der Bezirksversammlung stimmen, sondern gegen Wohnbebauung und gegen die Sanierung des Bades, und dafür sind Sie in der Verantwortung.

(Beifall bei der CDU – Norbert Hackbusch DIE LINKE: Das müssen Sie doch auch akzeptieren!)

Vielleicht dennoch ein paar Worte zu Bäderland. Ich kann die Kritik an Bäderland gut nachvollziehen, da stehe ich aufseiten der LINKEN, denn es ist kein Zustand, dass dieses Bad einfach verfällt. Ich möchte aber auch betonen, dass eine Sanierung, obwohl Bäderland im Bundesvergleich wirtschaftlich arbeitet, ohne einen Teilverkauf nicht möglich sein wird. Wir halten es darum für sinnvoll, diese Angelegenheit in der Bezirksversammlung weiter zu erörtern.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist mal ein sinnvoller Vorschlag!)

– Ja, aber dann stellen Sie hier doch nicht Ihre Wahlkreisabgeordneten ans Rednerpult.

Vielleicht wäre es auch sinnvoll, für dieses Teilstück eine einvernehmliche Lösung mit den Bürgern zu finden. Man könnte dort zum Beispiel eine soziale Einrichtung, eine Kita oder eine Pflegeeinrichtung, hinsetzen und aus dem Verkaufserlös des Teilstücks die Sanierung des Bades bezahlen.

Ein Wort zu Ihnen, Frau Heyenn. Ein Bürgerentscheid auf Bezirksebene kann nicht bindend für einen Landesbetrieb sein.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist so! und Beifall)

– Ja, es ist so.

Sie haben eben gefordert, den Bürgerentscheid umzusetzen. Nichts anderes ist geschehen. Die Bezirksversammlung hat sich an den Bürgerentscheid gehalten und Schwarz-Grün hat damals auch nicht evoziert. Alle haben sich an die Regeln von "Mehr Demokratie" und der Demokratie schlechthin gehalten. Es ist deswegen nicht korrekt, wenn Sie sagen, der Bürgerentscheid solle endlich umgesetzt werden. Das ist geschehen, der Bürgerentscheid ist umgesetzt.

(Beifall bei der GAL)

Wir halten es für erforderlich, diese Gemengelage an einem Runden Tisch in der Bezirksversammlung aufzuarbeiten und plädieren dafür, noch einmal neue Lösungsmodelle zu prüfen, und dazu gehören auch soziale Einrichtungen auf der fraglichen Teilfläche.

(Christiane Blömeke)

Abschließend noch ein Punkt, bei dem ich den LINKEN völlig recht gebe: Bäderland und Herr Schelm zeigen ein absolutes Desinteresse an diesem Bad und allen Vorschlägen, die bisher gemacht wurden. Das ist nicht korrekt. Ich fordere den Senat, der einen Sitz im Aufsichtsrat hat, auf, darauf hinzuwirken, dass auch Bäderland es für notwendig erachtet, an einem Runden Tisch teilzunehmen, um gemeinsam nach einer Lösung zu suchen. – Danke.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Bläsing, Sie haben das Wort.

Robert Bläsing FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte auch ich einen kleinen Blick in die Vorgeschichte wagen. Frau Blömeke, es ging bei der Abstimmung um eine B-Plan-Änderung, um einmal beim Fachlichen zu bleiben, in die natürlich auch ein Teilverkauf integriert war.

(Christiane Blömeke GAL: Ja, das weiß ich!)

Es ging um eine Teilmobilisierung der Fläche für den Wohnungsbau, um das Bad ganzjährig nutzbar zu machen. Jetzt haben wir die Situation, dass wir 50-Meter-Bahnen haben, die man – wenn überhaupt – nur an wenigen Wochen im Jahr nutzen kann, und das ist kein guter Zustand. Ich glaube, da geht nur der Bezirksabgeordnete der LINKEN ab und zu schwimmen,

(Dirk Kienscherf SPD: Aha!)

ansonsten ist da nicht wirklich viel los.

(Heiterkeit im Plenum)

Das Ziel von Bäderland war, das muss man konzedieren, das Bad zukunftsfest zu machen. Der Rechnungshof hat gerade festgestellt, dass da Handlungsbedarf besteht, und nun mag man Bäderland viel vorwerfen, aber an dieser Stelle wurde seinerzeit die richtige Richtung eingeschlagen, um das Bad auch langfristig zukunftsfest zu machen.

Das ist jetzt natürlich nicht der Fall. DIE LINKE hat in guter alter Agitprop-Manier

(Dora Heyenn DIE LINKE: Woher wissen Sie denn, was das ist?)

und Hand in Hand mit Herrn Eisold und seinem Populismus im Wahlkampf 2008 dagegen agitiert. Nachdem der Bürgerentscheid erfolgreich war – gegen die Argumentation meiner Fraktion in der Bezirksversammlung, ich war seinerzeit selber involviert –, hat es intensive Gespräche mit allen Beteiligten gegeben, um zu einer Lösung zu kommen, und mit dem Gutachten wurde auch der richtige Weg eingeschlagen.

Nun ist das Kind aber in den Brunnen gefallen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ins Bad wohl eher!)

Jetzt müssen wir schauen, wie wir, fast hätte ich gesagt: die Kuh vom Eis bekommen.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Das wäre bei dem Wetter angebracht, denn die Außenbahnen sind sicherlich zugefroren.

Wir haben festgestellt, dass da seitens Bäderland in der Tat nicht viel passiert ist. An der Stelle gebe ich Ihnen recht, und darum haben wir uns auch entschieden, dem Antrag zuzustimmen, auch wenn wir mit allem...

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Andreas Dressel SPD: Auch wenn wir gegen alles sind, was da drin steht!)

– So, wie Sie argumentieren, ist das unehrlich. Wenn Sie Ihre Linie durchsetzen würden, wäre das der Tod für viele Bäder in dieser Stadt.

(Beifall bei der FDP – Christiane Blömeke GAL: Und dann wollen Sie zustimmen?)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Wir haben diesen Antrag gestellt, damit wieder Bewegung in die Frage kommt, wie es mit dem Freibad in Ohlsdorf weitergeht.

(Robert Heinemann CDU: Gestehen Sie doch erst mal Ihren Fehler ein!)

– Schreien Sie nicht so, Herr Heinemann, kommen Sie nach vorne und sagen Sie was.

Bezirk und Initiative haben uns mitgeteilt, dass alles festgefahren sei.

(Robert Heinemann CDU: Sie sind doch schuld daran!)

Wenn der Antrag dazu geführt hat, dass, wie Herr Eisold sagt, jetzt wieder Gespräche stattfinden, dann freuen wir uns mächtig.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben diesen Antrag nicht gestellt, um die Schlachten von gestern noch einmal zu schlagen. Herr Hesse, es geht nicht um die Frage Wohnungsbau ja oder nein, es geht auch nicht um ein gesamtes Bäderkonzept oder darum, ob das, was der Landesrechnungshof zu der Bäderland vorschlägt, umgesetzt wird oder nicht.

(Robert Heinemann CDU: Sie verstehen die Zusammenhänge gar nicht!)

Darüber können wir diskutieren und werden dabei sicherlich sehr unterschiedliche Auffassungen ver-

(Dora Heyenn)

treten. Der Deckungsgrad von Bäderland liegt bei 60 Prozent, das ist relativ hoch. Sie können mir alles in der Welt erzählen, aber nicht, dass irgendwo in Deutschland ein Freibad kostendeckend arbeitet. Das glaube ich Ihnen keine einzige Sekunde.

(Beifall bei der LINKEN – Jörg Hamann CDU: Worum geht es Ihnen denn?)

Uns geht es darum, dass es ein Volksbegehren gegeben hat. Es wundert mich schon, wenn ausgerechnet die GAL deutlich macht, dass Volksbegehren umgesetzt werden, wenn sie einem passen, und dass an ihnen gedreht wird, wenn sie einem nicht passen.

(Robert Heinemann CDU: Das wird doch gerade umgesetzt! – Dr. Andreas Dressel SPD: Schauen Sie doch mal ins Gesetz, was Sie selber mit beschlossen haben, Frau Heyenn!)

Uns geht es darum, dass dieses Volksbegehren umgesetzt wird. Der Senat, der im Grunde Dienstherr von Bäderland ist – das Unternehmen gehört zur HGV und zu HAMBURG WASSER –, sollte auf Bäderland einwirken, damit sich etwas tut. Wir haben von allen Seiten gehört, dass Bäderland sich der Mitarbeit an einer Einigung verweigert. Aus diesem Grund haben wir unseren Antrag gestellt. Den ersten Teilerfolg sehen wir schon: In Hamburg-Nord reden die Leute wieder miteinander, und jetzt hoffen wir, dass der Senat auch noch aktiv wird. Dann haben wir vielleicht in einem Jahr ein neues Nutzungskonzept und dann unterhalten wir uns weiter.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Eisold, Sie haben das Wort.

(Robert Heinemann CDU: Jetzt das große mea culpa!)

Gunnar Eisold SPD:* Herr Hesse, das waren die Schlachten von gestern, das finde ich schade. Sie sind nicht auf die Zukunft eingegangen. Dabei ist die Frage, wie ein Freibad aussehen könnte, wenn man sich vorher mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber verständigt, durchaus interessant. War das Ihre Abschiedsrede? Es hörte sich so an, als ob Sie alles noch einmal rechtfertigen wollten, was Sie in den letzten Jahren gesagt oder getan haben. Dafür hätte sich sicher auch eine andere Gelegenheit geboten.

(Robert Heinemann CDU: Nun eiern Sie doch nicht so! Wollen Sie Wohnungen oder wollen Sie keine Wohnungen?)

Sie sollten die 34 000 Bürgerinnen und Bürger – das waren nicht verschwindend wenige, das war schon eine ganze Menge – ernster nehmen,

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

das hätten sie verdient. Wir jedenfalls nehmen Sie ernst, deswegen freuen wir uns auf den Runden Tisch und auf die Gespräche, die in Hamburg-Nord stattfinden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Müller, Sie haben das Wort.

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kommen wir doch einmal zum Thema Ernstnehmen des Bürgerwillens. Wir haben uns noch einmal angeschaut, über was die Bürger abgestimmt haben. Nun haben wir einen Antrag vorliegen, der sagt: Die Bürger haben zwar dagegen gestimmt, aber wir wollen jetzt doch die Modernisierung und nun muss da auch etwas passieren. Und das ist eine Ignoranz des Bürgerwillens.

(Beifall bei Robert Heinemann CDU)

Die Bürger konnten darüber entscheiden, ob sie ein renoviertes Schwimmbad haben wollten – dann wäre ein Teil der Fläche bebaut worden, um die Sanierung zu bezahlen –

(Olaf Ohlsen CDU: Das wissen wir doch alles!)

oder nicht. Das Volk hat entschieden und so ist klar, dass das, was an Modernisierung geplant war, nicht umgesetzt werden kann.

Jetzt gibt es diese Rückholbestrebung nach dem Motto, jetzt wollen wir die Bürger doch überreden – vielleicht haben sie es damals nicht verstanden oder sie haben nicht abgestimmt, weil es sie nicht interessiert hat – und ihnen erzählen, wie man ein anderes Nutzungskonzept hinbekommen kann; das kann man alles tun. Wenn es neue Gespräche geben sollte, dann wird es vielleicht auch einen neuen Bürgerentscheid geben. Wir alle haben gelernt, dass ein Runder Tisch den Volkswillen im Bezirk nicht automatisch widerspiegelt. Wir haben aber in dem neuen Gesetz, das wir einstimmig verabschiedet haben, die Bestimmung, dass zu einem Thema innerhalb von zwei Jahren nur ein Bürgerentscheid stattfinden kann.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Genau!)

Ich finde diese Regel gut und ich finde es auch gut, wenn das bei dieser Frage berücksichtigt wird.

Im Übrigen: Nach dem neuen Gesetz hätte Hamburg-Nord nur eine Empfehlung abgeben können, denn die Entscheidung über die Mittel eines Landesbetriebs

(Jan Quast SPD: Das ist kein Landesbetrieb, sondern eine GmbH!)

(Farid Müller)

und dessen Investition in ganz Hamburg obliegt nicht allein den Bürgern im Bezirk Hamburg-Nord, sondern – Gott sei Dank – allen Bürgern und in diesem Fall der Bürgerschaft. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD und der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/3000 in der Neufassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 43 auf, Drucksache 20/2831, Antrag der SPD-Fraktion: Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber schaffen.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber schaffen
– Drs 20/2831 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Schmidt.

Hansjörg Schmidt SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Zugang zum Internet ist für eine Informationsgesellschaft grundlegende Voraussetzung, und doch fehlt er gerade dann, wenn man mal eben schnell eine E-Mail oder eine Fahrplanauskunft abrufen möchte oder einfach nur ein bisschen Zeit überbrücken will. Für viele Geschäftsleute ist das Netz heute wichtige Voraussetzung, um der eigenen Arbeit überhaupt nachgehen zu können. Insbesondere die Verbreitung mobiler Endgeräte wie Smartphones oder Tablet-PCs sorgen dafür, dass spätestens bis 2014 die mobile Internetnutzung die Nutzung des Internets am PC übersteigen wird.

Ich brauche mich nur einmal im Plenum umzuschauen: Die Fraktion der iPad-Nutzer dürfte mittlerweile die zweitgrößte Fraktion sein. Keine Angst, Herr Dressel, die absolute Mehrheit der SPD ist noch unangefochten.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Die haben doch alle ein Tablet!)

Smartphones, iPads und Co. haben aber eines gemeinsam: Ohne Zugang zum Internet machen sie nur halb soviel Sinn. Nicht immer ist UMTS verfügbar und die Datentarife sind noch immer zu teuer, insbesondere dann, wenn man auf teures Daten-Roaming angewiesen ist, wie zum Beispiel die

Touristen aus dem Ausland. Auch mit LTE wird es weiterhin Probleme geben. Regulatorisch handelt es sich dabei um Mobilfunk, und noch immer blockieren einzelne Mobilfunkprovider Dienste wie Skype oder Voice over IP. Ob LTE deshalb ein Ersatz für einen vollständigen Internetzugang sein wird, wird sich noch herausstellen.

Niedrigschwelliger Internetzugang ist auch aus sozialen Gesichtspunkten wichtig. Nicht jeder kann sich die teuren Datentarife der Mobilfunkprovider leisten.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten treten deshalb auch für eine digitale Gerechtigkeit im Internet ein.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass möglichst viele Menschen sich den Zugang zum Internet leisten können.

(Dirk Kienscherf SPD: Richtig!)

So, wie man einem Durstigen ein Glas Wasser anbietet, sollte man in der Informationsgesellschaft dem datendurstigen Internetnomaden

(Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Bitte ein Bit!)

wenigstens einen drahtlosen Internetstrohalm zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD)

Viele Hotels und Gastronomiebetriebe bieten ihren Gästen den Zugang zum Internet über WLAN an, denn der Besuch von Cafés wird häufig auch davon abhängig gemacht, ob es dort Zugang zum Internet gibt.

Auch als Stadtmarketing kann ein WLAN hilfreich sein. Ein WLAN im Rathaus und schon würden noch viel mehr Touristen Bilder unseres wunderschönen Rathauses mit den Freunden im Internet teilen.

(Robert Heinemann CDU: Wir haben doch hier WLAN!)

Die EU hat schon vor Jahren empfohlen, lokale Funkdatennetze und Nachbarschaftsinitiativen zur Verbesserung des öffentlichen Internetzugangs zu unterstützen. Es gibt Menschen, die ohne Umschweife auch vollkommen Fremden den Internetzugang über ihr WLAN gewähren würden, doch viele scheuen sich, ihr WLAN für andere zu öffnen. Gleich ob Cafés, Vereine, Privatpersonen oder unsere Bürgerschaftspräsidentin: Beim Betrieb eines WLANs schwebt immer die sogenannte Störerhaftung mit. Immer wieder gibt es Streit darüber, unter welchen Voraussetzungen der Anschlussinhaber für Rechtsverletzungen haftet, die Dritte über diesen Anschluss begehen, und immer wieder gibt es Gerichtsurteile, die der Sache einen neuen Spin geben. Bei diesem Streit geht es um Passwortschutz, Zugangskontrolle und Dokumentation der

(Hansjörg Schmidt)

Zugriffe. Nehmen wir als Beispiel das Bürgerschafts-WLAN. Glaubt ernsthaft irgendjemand, dass ein Netz, von dem über 100 Menschen das Passwort kennen, vor Missbrauch geschützt ist? Für Betroffene kann die Störerhaftung unangenehme Folgen haben. Da kommen schnell 1500 Euro zusammen. Und es ist hinlänglich bekannt, dass sich in Deutschland eine regelrechte Abmahnindustrie entwickelt hat; 450 Millionen Euro im Jahr 2010 sprechen Bände. Deswegen wird es Zeit, dass der Gesetzgeber hier Klarheit schafft. Wir ersuchen den Senat, über eine Bundesratsinitiative Klarheit zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Dies wäre zum Beispiel die Gleichstellung der WLAN-Betreiber mit denen eines Access-Providers nach Paragraf 8 des Telemediengesetzes und der eindeutigen Feststellung, welche Vorkehrungen getroffen werden müssen, um nicht in die Störerhaftung zu geraten. Das Fenster für eine solche Initiative ist offen. Im rot-schwarzen Koalitionsvertrag in Berlin wurde eine solche Initiative vereinbart, und aus anderen Bundesländern habe ich positive Rückmeldungen erhalten. Hamburg als Standort wichtiger Medien- und Internetunternehmen, aber auch als Tourismusmagnet sollte hier eine Vorreiterrolle übernehmen. Deswegen bitte ich Sie, diese Initiative zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Niedmers, Sie haben das Wort.

Ralf Niedmers CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Schmidt, der wichtigste Hinweis in Ihrer Rede war der zur Großen Koalition. Es ist wirklich ein spannendes Denkmodell, das sollten wir gegebenenfalls einmal in Hamburg diskutieren.

Aber kommen wir schnell zum eigentlichen Kern des heutigen Antrags. Herr Schmidt hat blumig hin und her formuliert, um was es denn gehen könne. Ich will mich auf die harten Fakten konzentrieren. Zurzeit ist jeder von Ihnen, wenn Sie zu Hause einen WLAN-Router in Betrieb nehmen, der Gefahr ausgesetzt, auf Unterlassung verklagt zu werden, sofern von einem Dritten über Ihren Anschluss Urheberrechtsverletzungen begangen werden. Der BGH hat im Urteil vom 12. Mai 2010 – das ist der Kern dieses Antrags – eine Schadensersatzforderung einer Rechteinhaberin gegen den Besitzer eines WLAN-Routers, über den ein Dritter illegal Musik verbreitet hatte, abgelehnt. Zugleich bestätigte aber der BGH den Unterlassungsantrag und die Klage auf Erstattung von Abmahnkosten.

Gemäß dieser Rechtssprechung kann demnach jeder Betreiber eines WLAN-Anschlusses in Haftung genommen werden, wenn sein nicht ausreichend

gesicherter WLAN-Anschluss von unberechtigten Dritten für Urheberrechtsverletzungen im Internet genutzt wird. Um vor der sogenannten Störerhaftung geschützt zu sein, heißt es in der Urteilsbegründung des BGH unter anderem, müsse der Anschluss erstens ausreichend gesichert sein, dann die zum Kaufzeitpunkt marktüblichen Sicherungen haben, die wirksam eingesetzt werden, und es müsse durch den Besitzer geprüft werden, ob der Anschluss durch angemessene Sicherungsmaßnahmen hinreichend dagegen geschützt ist, von außenstehenden Dritten für die Begehung von Rechtsverletzungen missbraucht zu werden.

Rechtssicherheit sieht meiner Meinung nach anders aus. Der BGH hat damit den Ball zurück an den Bundesgesetzgeber gespielt, und die Hamburger Sozialdemokraten wollen heute eine Initiative ergreifen, um den Bundesgesetzgeber zu motivieren, in dieser Richtung, die der BGH schon vorgegeben hat, tätig zu werden. Es spricht aus Sicht der CDU nichts dagegen, diese Rechtssicherheit zu schaffen und die Voraussetzungen für das Vorliegen einer Störerhaftung gesetzlich zu verankern. So wüssten Bürger, Unternehmen, Vereine et cetera künftig genau, welche konkreten Vorkehrungen sie im Einzelfall zu treffen haben, um zu verhindern, dass sie für die Taten anderer in Anspruch genommen werden. Wichtig ist der CDU hierbei insbesondere, dass die Rechte und Rechtsverfolgungsmöglichkeiten der Inhaber der Urheberrechte und die Funktionsfähigkeit der Strafverfolgung gewährleistet bleiben. Da das Petitum hierauf ausdrücklich hinweist, wird die CDU-Fraktion den SPD-Antrag unterstützen. Das Thema ist der CDU-Fraktion aber so wichtig, dass wir beantragen, den Antrag, nachdem er denn gleich hoffentlich mit großer Mehrheit beschlossen wird, nachträglich an den Rechtsausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. Ich meine, sehr verehrte Damen und Herren von den Sozialdemokraten, Sie sollten sich dieser Überweisungsbitte nicht verschließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Müller, Sie haben das Wort.

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch meine Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Wir finden es richtig, dass die Störerhaftung, wie sie jetzt existiert, in Zukunft anders geregelt wird. Wir halten es zumindest für eine gute Idee, das über Paragraf 8 des Telemediengesetzes zu versuchen. Was wir nicht richtig verstanden haben ist die Frage, warum Sie, wenn wir als WLAN-Betreiber Anbieter werden und damit die Störerhaftung zunächst entfällt, im Nachhinein doch wieder Kriterien definiert haben wollen, die dann zu einer Haftung oder Nichthaftung führen. Was genau Sie sich darunter vorstellen, dazu ha-

(Farid Müller)

ben Sie nicht sehr viel geschrieben. Unsere Befürchtung ist, wenn man das dem Bundesgesetzgeber überlässt, der offenbar zurzeit nicht willig ist, sich in dieser Frage zu bewegen, dann haben wir nicht mehr Rechtssicherheit als bisher. An den Kriterien, die Sie angesprochen haben, macht sich später tatsächlich der Fortschritt zum jetzigen Zustand bemerkbar.

Der Sicherheitsstandard WPA 2 wird von fast allen Experten als nicht sicher betrachtet. Wenn wir beispielsweise in einem Café das Passwort bekommen, wissen die Betreiber auch, dass es nichts nützt. Wir sind also davor nicht gefeit, und die SPD hat damit recht, dass wir im Vergleich zu anderen Ländern in der WLAN-Nutzung weit hinterherhinken. Das könnte besser sein, und gerade wir als Internet-Stadt sollten daran ein großes Interesse haben. Wenn das aber so ist, dann vermissen wir den Mut, ein öffentliches WLAN-Netz ohne Störerhaftung zum Ziel zu erklären. Das stünde Hamburg gut zu Gesicht.

Was das Glas Wasser und den sehr Durstigen betrifft, sind Sie ein bisschen weit gegangen; das erfüllt der Antrag nicht, Herr Schmidt. Aber man kann darüber schmunzeln. Wir können einmal in ein Café mit WLAN-Netz gehen und darüber reden, wie durstig wir alle sind.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Zum Rathaus-Café-Treff!)

Was ebenfalls aus unserer Sicht noch etwas schwierig erscheint, ist die Verknüpfung mit dem Urheberrecht. Sie sagen, dass im Grunde auch beim Urheberrecht etwas getan werden muss. Aber wir wissen auch, dass der Bundestag sich zwar viel überlegen kann, er aber nicht derjenige ist, der über das Urheberrecht bestimmt. Das ist Sache des Europäischen Parlaments. Bei der aktuellen Diskussion über das ACTA-Abkommen wissen wir ungefähr, was sich da so tut oder nicht tut, also ein schwieriges Thema.

Wir unterstützen Ihren Antrag, weil er ein Fortschritt ist, weil er Bewegung in die Frage bringt, wie wir die Störerhaftung bei WLAN so gestalten, dass die Gefahr einer Haftungssituation für den Betreiber gering ist. Als Grüne wollen wir aber auch dafür werben, einen Schritt weiter zu gehen und für das Ziel eines öffentlichen WLAN-Netzes ohne Störerhaftung einzutreten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Ritter, Sie haben das Wort.

Finn-Ole Ritter FDP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag beinhaltet unserer Auffassung nach im Wesentlichen eine Forderung. Alle WLAN-Betreiber sollen nach Paragraph 8 Telemediengesetz einem Access-

Provider gleichgestellt werden. Doch was heißt das beziehungsweise worüber reden wir hier eigentlich? Um es einmal klar zu benennen: Wir reden de facto über ein Ende der sogenannten Störerhaftung, also quasi über ein Pendant zur Halterhaftung bei Autobesitzern für Internetanschlussinhaber. Das bedeutet, dass jeder Besitzer eines Internetanschlusses mit angeschlossenem WLAN, egal ob gewerblich oder privat, nicht mehr für Rechtsverletzungen haftet, die ohne seine Kenntnis, respektive Erlaubnis, durch Dritte über seinen Anschluss begangen werden.

(Andy Grote SPD: Das nennt man liberal!)

– Ich muss zugeben, der Antrag hat einen gewissen Charme, Herr Grote. Das haben Sie toll bemerkt, was liberal ist, darüber können wir uns einmal unterhalten.

Erstens befürworten wir Liberale es, dass es eine verbesserte Rechtssicherheit beispielsweise für die selbstständigen Betreiber von Internetcafés, Jugendherbergen, Hotels, Bars oder Restaurants geben soll. Denn häufig hängt es im Fall der Fälle sehr individuell von den jeweiligen Richtern ab, ob und inwieweit gewerbliche Internetanschlussinhaber der Unterlassungsklage nachkommen oder gar Schadensersatz leisten müssen oder nicht. Selbst wenn ein Betreiber Portsperrern einsetzt, schließt das die Möglichkeit von Rechtsverletzung durch Dritte via Internet nicht aus. Das Risiko einer zeit- und kostenintensiven juristischen Auseinandersetzung bleibt also. Dies ist für eine kundenfreundliche und rechtssichere wirtschaftliche Tätigkeit keine akzeptable Grundlage.

(Beifall bei Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP)

Ich warte.

(Andy Grote SPD: Das kam ein bisschen unverhofft!)

– Ein bisschen unverhofft, das stimmt, Herr Grote.

Zweitens sage ich aber in aller Deutlichkeit, Herr Grote, so sehr wir Liberale eine Partei der Freiheit und des Eigentums, mithin auch des geistigen Eigentums sind, so sehr distanzieren wir uns von dem Geschäftsmodell von Massenabmahnkanzleien. Der Rechtsbruch derjenigen, die bewusst oder unbewusst Urheberrechte verletzen, geht leider nur allzu häufig Hand in Hand mit dem Rechtsmissbrauch der juristisch Findigen. Die wollen damit einen recht auskömmlichen Lebensunterhalt verdienen und das alles findet auch noch auf dem Rücken der volkswirtschaftlich Produktiven statt, der Künstler und Kreativen, denen meist eh nur ein Bruchteil der Einnahmen aus dem Verkauf ihrer Werke bleibt. Aber das ist alles eine andere große Baustelle, an der sowohl auf europäischer- wie auch auf Bundesebene gerade gearbeitet wird. Wir Liberale vertrauen hier auf das Augenmaß und die Fähigkeit unserer Bundesjustizministerin.

(Finn-Ole Ritter)

(Beifall bei der FDP – *Andy Grote SPD*: Bravo!)

Die FDP-Fraktion steht diesem Antrag aber auch mit Skepsis gegenüber, Herr Schmidt. Die Grundsätze der Störerhaftung könnte man sicher noch legislativ fassen, allerdings wäre unserer Auffassung nach der hierfür passende Regelungsort dann auch das Telemediengesetz und nicht nur, wie im Antrag gefordert, das Urheberrecht. Der letzte Absatz des Petitums ist unseres Erachtens mit dem entsprechenden BGH-Urteil von 2010, es wurde schon erwähnt, zumindest für private WLAN-Betreiber bereits erfüllt. Die vom BGH darin definierten Störerhaftungsgrenzen weisen eine vom technischen Fortschritt abhängige Flexibilität auf. Es ist nur bedingt sinnvoll – Herr Schmidt, jetzt passen Sie auf –, in einem Gesetz feste Mindestvorgaben zu fordern, die dann regelmäßig neu angepasst werden müssen. Vom technischen Fortschritt verstehen Sie mehr als ich, das haben wir schon festgestellt, technisch sind Sie auf der Höhe der Zeit. Die Notwendigkeit, sich stets auf dem aktuellen Stand zu halten, würde aber den Alltag der Bürgerinnen und Bürger, die nicht so technisch bewandert sind wie Sie, wohl eher erschweren als vereinfachen. Das halten wir Liberale daher für wenig zielführend.

Das Ziel, alle WLAN-Betreiber einem Access-Provider gleichzustellen und damit de facto pauschal von der Störerhaftung zu befreien, konterkariert im Übrigen etwas Wichtiges. Der daraus resultierende Wegfall des Rechtsanspruchs auf Unterlassung widerspricht der ebenfalls geäußerten Absicht auf Wahrung der Rechte und Rechtsverfolgungsmöglichkeiten der Inhaber der Urheberrechte und der Funktionsfähigkeit der Strafverfolgung, es sei denn, werte Genossen der SPD, Sie legen mir dar, mit welchen überwachungsstaatlichen Mitteln und Methoden Sie in Zukunft die persönliche Vornahme illegaler Handlungen im Netz dokumentieren wollen, um so direkte Täterverfolgung zu ermöglichen. Ich hoffe jedenfalls nicht, dass als Folge dieses Antrags die Internetprovider nach der Entschärfung der entsprechenden Passage im ACTA nun doch gewollt oder ungewollt, Herr Schmidt, zu Ausführungsorganen einer Überwachungsstruktur gemacht werden, dies dann noch gepaart mit der Möglichkeit der Pflicht zur Verhinderung oder Unterbrechung entsprechend identifizierter Datenströme. Das wären Netzsperrern, Herr Schmidt, und für einen solchen Grundrechtseingriff stehen wir Liberale nicht zur Verfügung.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP – *Jörg Hamann CDU*: Sind Sie jetzt bei den Piraten, oder was?)

– Herr Hamann, jetzt haben Sie gut zugehört, finde ich klasse. Die undifferenzierte Bemerkung war ein bisschen schwach, aber Sie verstehen es. Jetzt kommt die Zusammenfassung, Herr Hamann.

Fazit: Für die FDP-Fraktion bleiben viele Formulierungen zu vage und einige zentrale Fragen offen. Insgesamt finden wir den Antrag aber prüfenswert und würden ihn daher gern im Rechtsausschuss weiter beraten. Dort könnten wir klären, inwieweit die Forderungen differenzierter erhoben werden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Schneider, Sie haben das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Sie gestatten, dass ich mich kurz fasse.

(*Andrea Rugbarth SPD*: Ja!)

Wir unterstützen den Antrag "Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber" der SPD. Wir begrüßen insbesondere den juristischen Vorstoß des Antrags, dass WLAN-Besitzer einem Access-Provider beziehungsweise Dienstanbieter gemäß Paragraph 8 Telemediengesetz gleichgestellt werden sollen, aber wir weisen auch darauf hin, dass dieser Antrag, wie so häufig, doch ein bisschen kurz springt.

(Beifall bei der LINKEN)

In ähnliche Richtung hat auch Herr Müller argumentiert, Hamburg braucht ein öffentliches WLAN-Netzwerk, damit die Menschen frei von kommerziellen Angeboten das Internet an jedem Ort der Stadt nutzen können. Sicherlich ist das zurzeit noch eine konkrete Utopie, aber andere Länder in Europa machen das bereits vor; ich verweise zum Beispiel auf Estland. Estland verfügt über ein flächendeckendes, stabiles und schnelles WLAN-Netz, das kostenlosen Internetzugang ermöglicht, sogar am Strand. In Berlin liegt immerhin bereits eine Konzeptstudie vor. Wir haben in Hamburg öffentliche Bücherhallen, Bibliotheken und Archive, aber kein öffentliches WLAN-Netzwerk. Das ist nicht nur wenig innovationsfreundlich, sondern auch sozial ungerecht. Wir werden dem Antrag zustimmen, wollen aber in diese Richtung weiter arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/2831 an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte den Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/2831 annehmen? – Gegenprobe.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)

– Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Nun habe ich die CDU-Fraktion so verstanden, dass sie eine nachträgliche Überweisung beantragt hat. Sie haben den Rechtsausschuss genannt, ich nehme aber stark an, dass Sie den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung gemeint haben. – Sehr schön.

Wer stimmt einer nachträglichen Überweisung der Drucksache zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist einer nachträglichen Überweisung einstimmig zugestimmt worden.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 49 auf, das ist die Drucksache 20/2996, Antrag der CDU-Fraktion: Elektromobilität weiter ausbauen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Elektromobilität weiter ausbauen
– Drs 20/2996 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion federführend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien sowie mitberatend an den Umweltausschuss überweisen. Die GAL-Fraktion möchte die Drucksache zudem mitberatend an den Verkehrsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Stöver, bitte.

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bevor wir zum Interkulturellen kommen, also vom WLAN zum umweltfreundlichen Verkehr: Die CDU hat dieses Ziel in ihrer Regierungszeit konsequent umgesetzt. Hamburg bietet heute als Alternative zum motorisierten Individualverkehr ein vielfältiges Angebot. Ein gut ausgebauter ÖPNV, das StadtrAD und car2go erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Richtig war auch, dass sich der CDU-Senat bei den ökologischen Antrieben nicht auf eine Technologie festgelegt hat. Das Konzept, die Antriebe Brennstoffzelle beziehungsweise Wasserstofftechnologie und Elektromobilität gleichrangig und technologieoffen voranzubringen, war richtig.

(Beifall bei der CDU)

Das brachte der Stadt eine Spitzenposition ein. Heute steht die Elektromobilität im Fokus. Mit der Bewerbung zur Modellregion hat Hamburg im Jahr 2009 eine gute Grundlage gelegt, die Umsetzung ist noch besser. Wir gehören von den acht Modellregionen zu einer der erfolgreichsten, vielleicht sogar der erfolgreichsten Modellregion, denn knapp 30 Prozent der Fördermittel des Bundes sind an Hamburg geflossen. Wer das einer CDU-Regierung nicht zugetraut hätte, wird heute eines Besseren belehrt.

(Beifall bei der CDU)

Die Modellregion, eine Erfolgsstory, ist 2011 abgelaufen. Unverständlich ist für uns das Zögern und Zaudern des Senats gewesen, den Anschluss beziehungsweise die weiteren Schritte zu finden. Ich meine mit weiteren Schritten die Bewerbung zur Schaufensterregion, eingereicht am Ende der Einreichungsfrist Mitte Januar, und der Vorlauf war noch unverständlicher. Wir mussten Sie mehrfach daran erinnern, wir mussten Sie mehrfach auffordern, wir mussten Sie buchstäblich zum Jagen tragen.

Die Entscheidung über die Schaufensterregion wird im April 2012 erwartet. Bei 23 Bewerbungen für nur bis zu fünf Förderregionen ist das ein ambitioniertes Vorhaben. Hamburg ist zwar, wie ich gerade gesagt habe, ziemlich gut in der Elektromobilität, aber was tut denn Hamburg im Moment, um seine Chancen auf Bundesebene zu erhöhen? Buchstäblich nichts. Im Internet präsentieren sich Hessen – und wird ganz klar vom Autobauer Opel unterstützt –, Thüringen, Berlin, NRW, die Metropolregion Hannover sogar und werben für Unterstützung. Von Hamburg sieht man im Internet keine Präsentation, also eine glatte Fehlanzeige. Der Bürgermeister kann doch nicht zusehen, wie seine Senatoren Hamburgs Chancen verspielen.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Wieland Schinnenburg* FDP: Es gibt noch keine Flugzeuge mit Elektroantrieb!)

– Herr Horch ist gerade gekommen. – Der Bürgermeister preist seine guten Kontakte auf Bundesebene an. Bitte, Herr Bürgermeister, dann nutzen Sie diese und werben Sie endlich für Hamburg. Unsere Unterstützung haben Sie, wir werden unsere Kontakte nutzen, um Hamburg für die Schaufensterregion zu unterstützen.

Konkret zum Antrag: Wir sind bereits gut im gewerblichen Bereich, in der Logistik, und im öffentlichen Raum sind wir gar nicht so schlecht, aber wir können immer noch besser werden. Eindeutig ist, dass der private Bereich von den guten Ergebnissen der Modellregion in der Elektromobilität ein bisschen abfällt. Also müssen wir im privaten Bereich noch etwas ergänzen.

In unserem Antrag fordern wir erstens, die Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum auszuweiten und die Betreiber von Parkhäusern frühzeitig einzubinden. Zweitens fordern wir, dass die öffentliche Flotte der Stadt Hamburg hinsichtlich der Elektromobile weiter ausgebaut wird, denn die Stadt als Vorbild ist immer ein Grund zum Nachahmen. Und drittens, vielleicht der wichtigste Punkt unseres Antrags, sollen die Parkplätze für Elektromobile frei gehalten werden. Es ist immer wieder für Elektroautofahrer ein Ärgernis, wenn auf ihren Parkplätzen oder an den Ladesäulen Fahrzeuge mit normalem Antrieb stehen und diese Parkplätze bele-

(Birgit Stöver)

gen. Die Polizei kann das nicht ahnden, weil es keine Rechtssicherheit gibt. Wir plädieren also dafür, dass es eine Bundesratsinitiative gibt, um eine Rechtssicherheit zu schaffen. Unser Vorschlag ist ein absolutes Halteverbot, aber es sind auch andere Möglichkeiten denkbar. Wir freuen uns, wenn dieser Antrag einvernehmlich an den Ausschuss überwiesen wird und wir dort über die Möglichkeiten einer Lösung sprechen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Martin, Sie haben das Wort.

Dorothee Martin SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Stöver, ich habe schon fast befürchtet, dass Sie so eine Rede halten und möchte vorab drei kurze Sätze dazu sagen. Zum einen empfehle ich Ihnen dringend die Homepage www.elektromobilitaethamburg.de. Dort ist mehr als ausführlich beschrieben, was Hamburg alles tut, was der Senat tut und wie es weiter geht.

(Jörg Hamann CDU: Das kommt noch von unserem Senat!)

– Vielen Dank, Herr Hamann, das ist nämlich mein zweiter Punkt.

Wir können uns gern trefflich über viele Dinge streiten, dazu ist das Parlament da, aber gerade das Thema Elektromobilität, dieses zukunftsweisende und für Deutschland und Hamburg wichtige Thema, eignet sich nicht zum Streit darüber, wer sich mit der größten und schönsten Feder schmücken kann, ob die nun schwarz, rot oder grün ist – gelb und pink lasse ich einmal aus.

(Birgit Stöver CDU: Machen Sie's einfach weiter!)

– Wir machen es weiter, Frau Stöver, wir sind im Grundsatz bei Ihnen, aber hier ist es falsch, sich die größten und schönsten Rosinen herauszupicken.

Meine letzte Anmerkung gilt dem Vorwurf, dass Sie uns oder vielmehr den Senat zum Jagen tragen müssen. Ich finde es generell richtig, zuerst nachzudenken, dann zu planen und dann zu handeln und nicht andersherum, wie Sie es zum Beispiel bei der Elbphilharmonie gemacht haben.

(Beifall bei der SPD – Jörg Hamann CDU: Das spricht aber nicht für den Senat!)

– Herr Hamann, hören Sie doch einfach einmal zu, dann können Sie bestimmt noch etwas lernen.

(Andy Grote SPD: Das spricht für ein Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom!)

Ich möchte Sie gern, und vielleicht bekomme ich dann Ihre Aufmerksamkeit, auf eine kurze Reise in

die Zukunft mitnehmen, nämlich in das Jahr 2025. Hamburg ist attraktiv wie nie, mehr als 1,8 Millionen Menschen werden dann hier leben, auf den Straßen ist es leiser geworden und die Luft ist sauberer. Kleine und vor allem bezahlbare Elektrofahrzeuge mischen sich zahlreich in den Verkehr, Elektrofahrräder, Elektroroller, batteriebetriebene Pkw. Lieferfahrzeuge tragen eine eigene Plakette und dürfen damit in der Innenstadt gebührenfrei parken. Der Bus- und Schienenverkehr läuft emissionsfrei. Nur wenige Pendler fahren überhaupt noch mit dem eigenen Auto in die Innenstadt und viele nutzen die diversen Car-Sharing-Angebote. An den zahlreichen öffentlichen und privaten Ladestationen fließt der Strom ausschließlich aus erneuerbaren Energiequellen. Der öffentliche Fuhrpark wurde elektrifiziert, und natürlich fährt auch der gesamte SPD-geführte Senat mit Elektroautos oder Hybridfahrzeugen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

– Ich wusste, dass Ihnen dieser Satz ganz besonders gefallen würde, liebe Kollegen von der CDU.

(Dennis Gladiator CDU: Nettes Märchen! – Heike Sudmann DIE LINKE: Der Senat kann doch den ÖPNV nutzen!)

– Das können Sie den Senator gleich fragen.

Meine Damen und Herren! Wir wollen, dass Elektromobilität und emissionsarme oder gar emissionsfreie Antriebssysteme zur alltäglichen Normalität werden. Dafür wurde bundesweit – da gebe ich Ihnen durchaus recht – und auch in Hamburg bereits sehr viel getan, aber es sind noch weitere große Anstrengungen erforderlich. Gegenwärtig scheinen die dicksten zu bohrenden Bretter im Preis und der Reichweite zu bestehen. Der Senat, und insbesondere Senator Horsch, sind auf einem sehr guten Weg, in Zusammenarbeit mit der Hamburger Wirtschaft und mit Forschungseinrichtungen diese wichtige Schlüsseltechnologie in und für Hamburg weiter auszubauen. Denn der Einsatz schadstoffarmer Elektromobilität ist wie die Wasserstoffnutzung oder die Brennstoffzellentechnik von zentraler Bedeutung für unsere Stadt, insbesondere für Hamburg als Wirtschaftsmetropole mit Blick auf Innovationskraft, auf Klimaschutz, auf Luftreinhaltung, Lebensqualität und auch auf den Arbeitsmarkt. Ich denke, dass der Ausbau der Elektromobilität in Hamburg in unser aller Interesse sein sollte.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte betonen – das wird Sie freuen, Frau Sudmann –, dass für meine Fraktion das Thema E-Mobilität bei Weitem nicht nur auf das Auto fokussiert ist.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Sehr gut!)

Daher plädieren wir dafür, dass die staatliche Förderung kein reines Unterstützungsprogramm für

(Dorothee Martin)

die Automobilindustrie sein soll, sondern insgesamt dabei helfen muss, ein umwelt- und klimafreundliches und vor allem ein breit nutzbares Verkehrssystem für die Zukunft zu entwickeln, und langfristig muss das Ganze auch von jedermann bezahlt werden können.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Und jeder Frau!)

Meine Damen und Herren! Nach den äußerst positiven Erfahrungen von Hamburg als eine der acht Modellregionen Elektromobilität begrüßen wir ausdrücklich, dass der Senat im Januar in Kooperation mit zahlreichen Unternehmen, Verbänden und Forschungseinrichtungen Hamburgs Bewerbung als Schaufenster für Elektromobilität eingereicht hat. Im Grundsatz, Frau Stöver, begrüßen wir im Sinne des Ausbaus der Elektromobilität auch Ihren vorliegenden Antrag, auch wenn der wirklich sehr hinterherhinkt. Ihre Forderungen sind bei Weitem nicht neu, und der Senat arbeitet intensiv auch ohne Ihren Antrag bereits an der Weiterentwicklung und an den von Ihnen erst jetzt geforderten Themen. Das lässt sich leicht in der Senatsmitteilung und der Drucksache 20/2088 zur Elektromobilität nachlesen, die wir noch im Wirtschaftsausschuss beraten werden.

Insofern freuen wir uns, dass die CDU den Senat hier anscheinend unterstützt. Wenn Sie sinnvoll zur Elektromobilität in Hamburg beitragen wollen – und das haben Sie eben angekündigt –, dann werben Sie bei Ihren Parteikollegen im Bund dafür, dass Hamburg Schaufenster wird, und dort kann auch die FDP sich nützlich machen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Da muss Hamburg erst mal seine Hausaufgaben machen!)

Lassen Sie mich ganz kurz auf die einzelnen Punkte des Antrags eingehen, die wir dann im Wirtschaftsausschuss gemeinsam mit dem Umweltausschuss beraten wollen. Dazu wollen wir zudem auch die Mitglieder des Verkehrsausschusses einladen, denn auch dort wurde das Thema bereits behandelt.

Zum ersten Punkt Ihres Antrags, dem Ausbau der Ladestationen: In Hamburg werden zurzeit knapp 500 Elektrofahrzeuge erprobt, bis Ende 2012 sollen es 1000 sein und für 2015 ist das große Ziel, dass mehr als 15 000 E-Autos in der Metropolregion im Einsatz sind. Die weitere Errichtung von Ladestationen ist bei diesem geplanten Anstieg eine selbstverständliche Notwendigkeit. Wichtig ist dabei für uns, dass der Ausbau nach einem schlüssigen und bedarfsgerechten Konzept erfolgt und dass unter anderem Stadtteile mit großem Parkdruck entsprechend berücksichtigt oder auch ganz davon ausgenommen werden. Dabei finden wir es sinnvoll, nicht nur die Strom- und Netzbetreiber an dem Konzept zu beteiligen, wie Sie im Antrag schreiben, sondern auch die Car-Sharing-Anbieter.

Auch eine Ausweitung des Ladenetzes in privat betriebenen Parkhäusern – das ist Ihr zweiter Punkt – soll weiter betrieben werden, denn hierüber können in der Tat Ladeplätze geschaffen werden, ohne den öffentlichen Straßenraum über Gebühr zu beanspruchen. Allerdings muss auch hier gewährleistet sein, dass die Ladesäulen ausschließlich mit Ökostrom betrieben werden, denn nur dann ist die Elektromobilität auch wirklich ökologisch sinnvoll.

(Beifall bei der SPD)

Außer in Parkhäusern sollte zudem ein Ausbau von Ladestationen auf P+R-Anlagen geprüft werden.

Zum dritten Antragspunkt, der StVO-Beschilderung, gibt es noch einige widersprüchliche Aussagen von Bundesregierung und Bundesrat, ob, wie und auf welcher rechtlichen Grundlage die Anbringung von StVO-Zeichen möglich ist. Wir haben Zweifel daran, dass das, was Sie fordern, überhaupt umsetzbar ist, diskutieren es aber gerne noch einmal im Ausschuss.

Richtig ist, dass die freie Zugänglichkeit der Ladestationen gesichert sein muss. Wir müssen aber zunächst analysieren, wie die Problemlage in Hamburg tatsächlich ist und ob hier überhaupt gehandelt werden müsste. Für uns als SPD-Fraktion steht neben etwaigen Verboten und Kontrollen der Falschparker vor allem ein generelles Konzept zum bevorrechtigten freien Parken von schadstoffarmen Autos in der Innenstadt im Fokus. Hierzu haben wir bereits einen entsprechenden Antrag beschlossen.

Ganz kurz noch zu Punkt 4 des Antrags: Hamburg kann bereits jetzt eine Quote von fast 20 Prozent Elektroautos bei den Fuhrparks der landesweiten Institutionen vorweisen. Die schrittweise weitere Umstellung auf schadstoffarm betriebene Autos, die bereits geprüft wird, hat für uns dort einen wichtigen Vorbildcharakter. Allerdings müssen dabei auch die immer sehr hohen Anschaffungskosten vor dem Hintergrund der bekannten Haushaltslage berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren! Wir als SPD freuen uns auf die weitere Diskussion dieses spannenden Themas im Ausschuss, die wir auch sehr fachübergreifend führen werden. Wir sind gespannt auf die kommende Entwicklung, und wir werden den Ausbau der Elektromobilität weiter mit aller Kraft unterstützen und vorantreiben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Steffen, Sie haben das Wort.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der

(Dr. Till Steffen)

vorgelegte Antrag findet unsere Zustimmung, weil die konkret beantragten Punkte sinnvoll sind.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Sie sind sinnvoll, weil der Ausbau der Elektromobilität sinnvoll ist. Elektromobilität ist allerdings kein Wunder- und Allheilmittel, da nicht alle Probleme, die gegenwärtig mit dem Autoverkehr verbunden sind, durch Elektromobilität gelöst werden. Das leuchtet sofort ein im Hinblick auf Flächenverbrauch und Unfallgefahren, aber es gibt auch ziemliche Illusionen im Hinblick auf die Wirkung von Elektromobilität, die eben auch noch einmal wiederholt wurden. Der Bürgermeister hat letzstens in einer Rede von dem geräuschlosen Verkehr geschwärmt, der durch die konsequente Einführung der Elektromobilität zu erzielen sei. Das hat wenig zu tun mit den physikalischen Realitäten, denn auch gegenwärtig entsteht bei Pkws mit Elektromotor der größere Lärm bei einer Geschwindigkeit von 50 km/h durch das Rollgeräusch. Das heißt, wenn Elektroautos genauso schnell fahren, wie gegenwärtig im Stadtverkehr gefahren wird, wird sich an der hauptsächlichen Lärmbelastung nichts ändern. Diese Illusion muss man nehmen, ebenso wie die Illusion, dass Elektromobilität automatisch etwas an den Gesamtemissionen ändern würde. Sicherlich würde sich sofort etwas an den lokalen Emissionen ändern. Die Straßen, die durch Schadstoffe, durch NO_x und Feinstaub, sehr stark belastet sind, hätten große Vorteile zu gewinnen, aber an den globalen Emissionen ändert sich durch die Einführung der Elektromobilität erst einmal nichts, sondern erst dann, wenn sich unser Energiemix insgesamt ändert.

Wir haben uns als Bundesrepublik vorgenommen, die Energiewende zu schaffen, und dann kann in der Tat die Elektromobilität einen sehr großen und guten Anteil leisten. Wenn wir zum Beispiel in großem Umfang elektrische Energie durch Offshore-Windkraftanlagen erzeugen, dann wird es absehbar schwierig sein, den Strom, der in der Nacht entsteht, sinnvoll unterzubringen. Wenn da eine Flotte von Elektrofahrzeugen als Energiespeicher mit genutzt werden könnte, kann das ein sehr sinnvoller Beitrag sein, aber hier ist eben die Bedingung, dass das auch geschieht. Es bringt wenig, den Strom, der im künftigen Kraftwerk Moorburg entsteht und den dann vielleicht kein anderer haben will, in eine Flotte von Elektrofahrzeugen zu stecken. Das ist wenig sinnvoll, sondern es kann in Kombination mit einer Energiewende ein sinnvoller Beitrag sein und natürlich viel flexibler anderen Energieträgern zugeordnet werden als beim Betrieb von Verbrennungsmotoren, die auf einen Energieträger oder zwei unterschiedliche fossile Energieträger angewiesen sind.

(Beifall bei der GAL)

Diese Einschränkung vorangeschickt, kann der Ausbau der Elektromobilität ausgesprochen sinnvoll sein. Ich finde den CDU-Antrag vielleicht nicht wahnsinnig originell, aber er beschreibt die Punkte, die konkret das Hemmnis sind. Gerade Privatpersonen oder Unternehmen, die nicht im Rahmen von staatlich organisierten Projekten mitmachen wollen, fragen sich ganz konkret, wo sie denn das Auto aufladen sollen, wenn sie keinen privaten Stellplatz haben, auf dem sie eine solche Ladestation hinstellen können. Wenn man es selbst finanzieren muss, wird es auch sehr schnell unwirtschaftlich. Da ist die Erwartung natürlich selbstverständlich, dass es die Möglichkeit gibt, das auch an öffentlich zur Verfügung gestellten Ladestationen machen zu können. Das haben wir als schwarz-grüner Senat eingeführt und das ist in der letzten Wahlperiode angefangen worden. Es gibt rechtliche Probleme, was das Freihalten dieser Ladestationen betrifft, und genau diese müssen gelöst werden. Insoweit gibt es an der Stelle in der Sache nichts zu mäkeln.

Tatsächlich ist der Hinweis auf die Vorbildrolle der öffentlichen Hand auch ganz wichtig, denn der entscheidende Punkt ist, dass vielfach die Gewohnheit, die quasi über Generationen erworben wurde, das große Hemmnis ist, um sich Autofahren ganz anders vorzustellen, dass Autofahren nicht unbedingt zu tun haben muss mit der Benutzung eines Autos mit Verbrennungsmotor, sondern dass es auch mit ganz anders betriebenen Autos funktioniert. Diese psychologische Hemmschwelle muss überwunden werden, wenn wir den Durchbruch bei der Elektromobilität schaffen wollen, und da gehört die Vorbildfunktion dazu. Frau Stöver, gerade weil Sie konsequent immer vom CDU-Senat gesprochen haben, wäre hier ein Satz zutreffend, der sonst immer von der SPD kommt: Wenn Sie unter Punkt 4 fordern, es sei doch ein wichtiger Schritt, durch die Nutzung von Elektro- beziehungsweise Hybridfahrzeugen in den Fahrzeugflotten der Stadt eine Vorbildfunktion zu erzielen, dann kann ich nur sagen, dass Sie damit in der letzten Wahlperiode schon einmal hätten anfangen können. Die CDU-Senatoren konnten sich damit nicht anfreunden. Kleine Ausnahme war der Bürgermeister, der für eine kurze Zeit einen Mercedes mit Hybridantrieb zur Verfügung gestellt bekam, ansonsten war die psychologische Hemmschwelle bei der CDU noch sehr groß, genau wie bei den SPD-Senatoren. Ich kann Ihnen aus eigener Anschauung sagen, dass dieses Auto, und darauf kommt es an, auch fährt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat das Wort Herr Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal

(Dr. Wieland Schinnenburg)

ähnlich wie bei Herrn Dr. Steffen vorweg: Elektromobilität ist in der Tat kein Wundermittel. Wenn Frau Martin davon spricht, das sei dann sofort emissionsfrei, gilt aber der alte Grundsatz, dass der Strom erst einmal in die Steckdose hinein muss. Wir müssen auch schauen, aus welchen Quellen er da hineinkommt. Im Rahmen der Energiewende ist es in der Tat eine sinnvolle Sache, aber einfach nur zu sagen, wir würden jetzt alleine Elektromobilität unterstützen, hilft der Umwelt vergleichsweise wenig. Vielleicht kennen Sie die neuen Untersuchungen. Man wird möglicherweise durch eine bessere Technik der Verbrennungsmotoren sogar mehr CO₂ einsparen als durch eine nicht sehr durchdachte Förderung der Elektromobilität.

Dennoch sind auch wir dafür, die Elektromobilität zu fördern, und die Bundesregierung mit FDP-Beteiligung hat sehr viel dafür getan. Wir haben das Ziel ausgegeben, 2020 – also deutlich eher, Frau Martin – 1 Million Elektrofahrzeuge deutschlandweit anzustreben, und wir tun auch etwas dafür. Es gibt eine Ausweitung der Forschungsförderung, und es wird Steuervorteile für Elektrofahrzeuge geben. Das sind konkrete Maßnahmen.

Das Problem, Frau Martin, ist, dass der SPD-Senat in Hamburg da nicht ganz mithalten kann. Ich verweise auf die Drucksache 20/1097, die die CDU-Fraktion erst im August 2011 eingereicht hat. Auf nicht weniger als zehn Fragen konnte der SPD-geführte Senat, der, wenn er so weitermacht, 2025 sicher nicht mehr im Amt ist, nicht antworten. Die Antworten waren: Der Senat hat sich damit nicht befassen und so weiter und so fort. Deshalb halte ich es für eine gute Idee von der CDU-Fraktion, nun mit einem Antrag nachzustoßen, und die Grundtendenz des Antrags findet auch die Unterstützung der FDP.

Aber ein Punkt, der hier bereits diskutiert wurde, ist nicht so ohne Weiteres in Ordnung. Das ist der Punkt 3, die Sache mit dem absoluten Halteverbot. Das ist wieder ein klassisches Beispiel: Die Hamburger CDU ist die beste GAL, die es je gab. Die Elektromobilität muss sich am Markt bewähren und nicht durch Zwang. Wer meint, dass nur Lehrer und Millionäre in die Innenstadt wollen, der soll das so machen, aber es gibt eine Menge Menschen, die sich weder einen Euro-4- oder Euro-5-Katalysator ohne Weiteres leisten können, und sie können sich auch keine Elektroautos leisten. Deshalb ist ein absolutes Halteverbot aus unserer Sicht nicht der richtige Weg. Ein relatives oder ein Drei-Minuten-Halteverbot mag richtig sein, aber ein absolutes Halteverbot, die totale Bevorzugung einer bestimmten Art von Autos, ist kein liberaler Ansatz. Wir wollen Forschungsförderung, wir wollen Steuervorteile, aber wir wollen keinen gezielten Zwang in Bezug auf gutes oder schlechtes Fortbewegen.

(Beifall bei der FDP)

Die Grünen kommen normalerweise mit Parkraumbewirtschaftung, hohen Kosten, Umweltzone oder Citymaut. Was daran falsch ist, ist genauso falsch an einem absoluten Halteverbot zugunsten von Elektroautos.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von *Jörg Hamann* CDU)

Die FDP unterstützt die Überweisung an die diversen Ausschüsse. Ich habe ein bisschen den Überblick verloren, was Sie als SPD eigentlich wollen, aber sagen Sie uns, an welche Ausschüsse Sie das überweisen wollen; wir stimmen immer zu. Das Thema ist interessant, und vielleicht schaffen wir es dann auch, den Senat endlich einmal zum Jagen zu tragen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Frau Sudmann.

Heike Sudmann DIE LINKE: – Wahrscheinlich überlegen jetzt alle, was Sie haben wollen, denn Sie stimmen immer zu, egal, was es ist.

(Beifall bei *Anja Hajduk* GAL)

Wir kommen noch einmal zurück zu dem CDU-Antrag. In einem Punkt sind wir uns alle einig. Es geht darum, die CO₂-Emission zu reduzieren. Das wird niemand hier bestreiten, aber in der Ursachenbetrachtung und der Wirkungsbetrachtung sind wir uns noch nicht einig. Ich lasse jetzt einmal Moorbau außen vor, das die größte CO₂-Schleuder ist. Da können wir noch so viele Elektroautos haben, dagegen kommen wir erst einmal nicht an, wir reden vom Autoverkehr. Der motorisierte Individualverkehr – zum dem übrigens, Frau Stöver, auch die Smart-Cars gehören, weil die auch Motoren haben, das haben Sie in Ihrem Antrag ein bisschen schief ausgedrückt – trägt 20 Prozent zu den CO₂-Emissionen bei. Es gibt nun verschiedene Möglichkeiten, da heranzugehen. Eine Möglichkeit wäre es, erst einmal zu schauen, was zurzeit das Problem ist. Das Problem ist zum einen, dass viele mit dem Auto fahren und wir immer noch kein so ausreichendes Angebot haben, dass mehr Menschen den ÖPNV nutzen, und zum anderen, dass die Emissionen eben von den konventionellen Pkws kommen. Es gibt Untersuchungen, die besagen, dass, wenn es bis zum Jahr 2022 wirklich mehr Elektroautos gäbe, die Einsparquote bei Treibhausgasen insgesamt bei 6 Prozent läge. Wenn Sie aber jetzt anfangen – und das fehlt mir komplett bei der CDU hier und auch bei CDU und FDP im Bund – und die Abgaswerte und die Normen für normale Pkws verändern, dann erreichen Sie eine Einsparquote von 25 Prozent; da gehen Sie nicht heran. Ich habe das Gefühl, dass Sie ein bisschen versuchen, uns aufzuzeigen, die Elektromobilität sei ein Allheilmittel. Es ist nur ein Heilmittel für die

(Heike Sudmann)

Autoindustrie, denn was an Milliarden in diesen Minizweig geflossen ist,

(Beifall bei der LINKEN)

das ist wie früher bei der Atomkraft. Es ist die Förderung eines Zweiges, den wir so nicht haben wollen.

Noch einmal ein paar Daten für Sie: Die Herstellung eines Elektroautos verursacht zurzeit 11 Tonnen Treibhausgasemission, die eines konventionellen Fahrzeugs 6 Tonnen. Sie haben zu Recht angesprochen und auch geschrieben, es gehe noch um die Forschung. Es ist noch gar nicht so weit, dass man wirklich sagen kann, dass die Elektroautos das bringen, was sie versprechen.

Wenn ich richtig informiert bin, ist das BMU immer noch CDU-geführt, der junge dynamische Herr Röttgen ist da. Das BMU hat eine Studie beim ifen-Institut in Auftrag gegeben. Das ifen-Institut sagt viele Sachen, die auch schon von Frau Martin genannt wurden, Elektroautos nur mit regenerativer Energie und so weiter. Das ifen-Institut führt aber auch einen ganz wichtigen Punkt an, der Ihren Antrag betrifft, und das sollten Sie noch einmal ganz genau nachlesen. Sie sagen nämlich, dass Elektroautos im innerstädtischen Verkehr den Ansprüchen nicht genügen, denn so, wie es heute ist, müssten sie eine Fahrleistung von 100 000 bis 150 000 Kilometer haben, um einen Vorteil gegenüber den normalen Pkws zu bekommen. Ich will doch hoffen, dass sie das im städtischen Verkehr auch in zehn, zwanzig Jahren nicht erreichen, es sei denn, sie rasen den ganzen Tag. Ifen sagt deswegen, es mache Sinn, vielleicht im Wirtschaftsverkehr darüber nachzudenken, aber nicht im städtischen Verkehr.

Sie merken also, dass es ganz viele Punkte gibt, über die wir diskutieren müssen, denn ich finde Ihren Antrag schlecht und ich finde auch die Senatsaktivitäten, die sich so stark auf die Elektromobilität stützen, ohne zu sagen, wie die CO₂-Emission jetzt radikal gesenkt werden kann, viel zu schwach.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt nun Herr Senator Horch.

Senator Frank Horch:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Schauen Sie auf die heutige Tagesordnung, finde ich es eigentlich ein bisschen schade, dass dieses so wichtige Thema erst so spät dran ist. Elektromobilität ist nicht nur wirtschaftspolitisch gesehen eines der Topthemen an unserem Standort, erneuerbare Energien und nachhaltige Technologien gewinnen überall enorm an Bedeutung. Der Grund ist auch, dass sich für die zukunftsfähigen und hochwertigen Arbeitsplätze in der Stadt hier ein ungemein interessantes Feld aufstellt. So er-

gänzen Wasserstoff- und Brennstoffzellen, aber auch batterieelektrische Mobilität etwa die erfolgreiche Ansiedlung von wichtigen Unternehmen, auch der Windbranche, wie wir das in der Vergangenheit ganz intensiv beobachten konnten. Nur durch einen Wandel hin zu klimafreundlichen Technologien kann Hamburg in Zukunft international auch auf diesem Gebiet wettbewerbsfähig bleiben. Dieser Weg ist eben nur über Innovation zu bewerkstelligen. Elektromobilität beinhaltet aus der Sicht des Senats Wasserstoff und Batterien, aber auch als zukünftige Energiespeicher, die wir in Hamburg aufgrund unserer topografischen Lage entsprechend nutzen können. Es gibt klare Synergien in der technischen Weiterentwicklung der einzelnen Komponenten wie eben Elektromobilität, Wasserstoff und den entsprechenden Speichermöglichkeiten. Das belegen zum Beispiel die Brennstoffzellen- und Hybridbusse bei der Hamburger Hochbahn, die dieses ganz deutlich aufzeigen. Auch in der Nutzung ergänzen sich die Fahrzeuge mit ihren unterschiedlichen Leistungsprofilen.

Um der Elektromobilität endgültig zum Marktdurchbruch zu verhelfen, bedarf es natürlich noch weiterer großer Anstrengungen auf diesem Wege. In diesem Kontext spielt der simultane Infrastruktur- und Flottenausbau, was die Hamburger Hochbahn angeht, eine wesentliche Rolle. In der nächsten Woche werden wir in der HafenCity die größte Wasserstofftankstelle Europas eröffnen. Auch bei den Ladestationen sind wir gut aufgestellt und werden in den nächsten Monaten stetig besser, um hier eine entsprechende Infrastruktur zu gewährleisten.

(Beifall bei der SPD)

In der Clean Energy Partnership Act haben sich Technologie-, Mineralöl- und Energiekonzerne, Autohersteller sowie führende Betriebe des öffentlichen Nahverkehrs zusammengeschlossen. Hier wird, das möchte ich ganz deutlich betonen, in vorbildlicher Weise technologisch auf diesem Gebiet zusammengearbeitet. Hamburg ist als Modellregion Elektromobilität schon jetzt sehr erfolgreich, das sei hier noch einmal ganz deutlich betont. In Hamburg fahren die meisten Elektrofahrzeuge in ganz Deutschland.

(Beifall bei der SPD – Dirk Kienscherf SPD: Sehr gut!)

Wir haben alle Ziele, die wir uns als Modellregion gesetzt haben, fristgerecht erreicht oder übererfüllt. Das ist keiner anderen Modellregion in Deutschland gelungen und das hat uns auch auf Bundesebene große Anerkennung eingebracht. Dies spricht aber auch für die großen Potenziale, die derartige Verkehrslösungen gerade in einer Metropolregion wie Hamburg haben. Die Hamburger Unternehmen haben in beispielhafter Weise eine große Bereitschaft gezeigt, auch durch LOIs, an

(Senator Frank Horch)

diesem Projekt mitzuwirken. Dafür bedanke ich mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich. Dieses unterstreicht, dass Elektromobilität auch bei den Wirtschaftsverkehren eine immer stärkere Rolle spielt und auch in Zukunft noch spielen wird.

So ist es nur folgerichtig, dass wir Anfang dieses Jahres unsere Bewerbung als sogenannte Schaufensterregion Elektromobilität beim Bund eingereicht haben. Und Hamburg hat einiges im wahrsten Sinne zur Schau zu stellen, nicht nur im Straßen- und Hafenverkehr, sondern auch in der Luftfahrtindustrie und in den Ansätzen, die wir in der Schifffahrt und der maritimen Wirtschaft erkennen. Für mich als Wirtschafts- und Verkehrssenator hat das gesamte Thema eine herausragende Bedeutung auf dem Weg hin zu Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit. Das gilt für die Wirtschaft wie auch für die Verkehrssituation und die Umweltpolitik. Dem werden wir als Senat, das versichere ich Ihnen hier, entsprechend Rechnung tragen.

Gleichzeitig, das möchte ich nicht versäumen, appelliere ich aber auch an alle politischen Kräfte, dieses insgesamt mitzutragen und mit uns gemeinsam daran zu arbeiten. Projekte dieser Tragweite sollten wir zum Wohle unserer Stadt unbedingt als eine gemeinsame Aufgabe verstehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Wird weiter das Wort gewünscht? – Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/2996 federführend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien sowie mitberatend an den Umweltausschuss zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann sind diese Überweisungsbegehren einstimmig so beschlossen.

Wer möchte die Drucksache außerdem mitberatend an den Verkehrsausschuss überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 57, Drucksache 20/3016, Antrag der SPD-Fraktion: Interkulturelle Kompetenz in den gesundheitlichen Versorgungsstrukturen Hamburgs.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Interkulturelle Kompetenz in den gesundheitlichen Versorgungsstrukturen Hamburgs
– Drs 20/3016 –]**

Hierzu liegen Ihnen mit den Drucksachen 20/3138, 20/3140 und 20/3153 Anträge der Fraktionen DIE LINKE, der FDP und der CDU vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Interkulturelle Kompetenz in den gesundheitlichen Versorgungsstrukturen Hamburgs
– Drs 20/3138 –]**

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Interkulturelle Kompetenz in den gesundheitlichen Versorgungsstrukturen Hamburgs
– Drs 20/3140 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Gesundheitliche Versorgungsstrukturen Hamburgs – Kompetenzen und Potenziale von Menschen mit Migrationshintergrund noch besser nutzen
– Drs 20/3153 –]**

Alle vier Drucksachen möchten die Fraktionen der FDP und der LINKEN an den Gesundheitsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Herr Abaci, Sie haben es.

(Olaf Ohlsen CDU: Aber kurz!)

Kazim Abaci SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hamburg ist eine Stadt des kulturellen gesellschaftlichen Wandels und der Vielfalt. Etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung besteht aus Zuwanderern und deren Nachkommen. Diese Hamburgerinnen und Hamburger kommen aus fast allen Teilen der Welt und haben entsprechend ihre eigene Identität und Kultur mitgebracht. Sie bereichern das gesamtgesellschaftliche Zusammenleben und tragen zur Attraktivität unserer Stadt bei, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Sie stellen gleichzeitig das Gesundheitswesen vor große Herausforderungen. Zum einen sind sprachliche Barrieren zu überwinden, und zum anderen müssen kulturspezifische Wertvorstellungen und ihre Auswirkungen auf das Gesundheitsverhalten, das Arzt-Patient-Verhältnis und die Therapieentscheidung angemessen berücksichtigt werden. Menschen mit Migrationshintergrund sind keine homogene Gruppe. Sie unterscheiden sich teilweise sehr nach ihrem Bildungshintergrund und ihrem sozialen Status. Wie weit Menschen mit Zuwanderungsgeschichte überhaupt in das deutsche Gesundheitssystem integriert sind und an ihm partizipieren, ist eine Frage, die zurzeit niemand ausreichend beantworten kann. Die Datenlage über die Gesundheit von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland ist bislang unzureichend. Detaillierte Informationen, aufgeschlüsselt nach Herkunftsländern, Altersgruppen und Bildungsstand, fehlen für Migranten oft ganz. Die Lebensweise von Familien, sozioökonomischer Status sowie möglicherweise genetische Faktoren bestimmen

(Kazim Abaci)

aber die Häufigkeit bestimmter Krankheiten und Risikofaktoren.

In Hamburg und Berlin wird derzeit ein Forschungsprojekt durchgeführt, welches erstmals in Deutschland die Gesundheitssituation von Menschen mit türkisch-kurdischem Hintergrund systematisch untersuchen soll. Das Forschungsprojekt wird am Universitätsklinikum Eppendorf und an der Charité durchgeführt, Kooperationspartner dieser Untersuchung ist die Marmara-Universität in Istanbul. Von Oktober 2011 bis März 2012 erhalten mehrere Tausend zufällig ausgewählte Haushalte in Hamburg einen Brief mit der Bitte, sich an einer Studie des Universitätsklinikums Eppendorf zu beteiligen. Mit den Ergebnissen wird im Herbst 2012 gerechnet.

Meine Damen und Herren! Insgesamt lassen einige der bisherigen Erhebungen den Schluss zu, dass Menschen mit Migrationshintergrund zu wenig oder gar keinen Gebrauch von Präventionsangeboten und ambulanten Hilfen machen und dafür verstärkt akute stationäre Behandlungsangebote und Nothilfeinrichtungen in Anspruch nehmen.

Ein großes Problem ist die medizinische Versorgung von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, die allzu häufig erst dann einen Arzt aufsuchen, wenn sie es gar nicht mehr vermeiden können und ihre Krankheit schon chronisch geworden ist. Nach der aktuellen Gesetzeslage ist es schwierig für Ärzte und Krankenhäuser, in solchen Fällen die Behandlung mit den Krankenkassen oder den Sozialämtern abzurechnen, und die Patienten selbst sind kaum in der Lage, ihre Rechnung privat zu begleichen.

Psychosomatische und psychische Störungen sind bei Menschen mit Migrationshintergrund möglicherweise öfter zu finden als in der übrigen Bevölkerung. Hier tritt erschwerend das Problem hinzu, dass seelische Probleme in der islamischen Tradition und Kultur weitgehend tabuisiert werden, weil sie als die Wirkung einer höheren Macht angesehen werden. Dies kann zu einem fatalistischen Umgang mit der Situation führen. Hinzu kommen kulturelle Barrieren, die den Gang in die Therapie erschweren können.

Viele Menschen mit Migrationshintergrund haben zudem ein Sprachproblem. Wie groß das Problem sein kann, kann man vielleicht dann nachempfinden, wenn man sich vorstellt, auf Englisch einem Therapeuten über innere Vorgänge Auskunft geben zu müssen. Die sozialen Hilfsangebote in nichtdeutschen Sprachen sind in Hamburg nur unzureichend vorhanden. Das Angebot an fremdsprachlichen Therapeuten ist klein, obwohl der Bedarf sehr groß ist. Sprachliche Probleme gibt es aber auch im Klinikalltag. Nach einem Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz von 1999 müssen sich Ärzte davon überzeugen, dass die Patienten und Patientinnen die Informationen über ihre

Krankheit verstanden haben. In der Praxis übersetzen aber eben nicht Dolmetscher in den Kliniken, sondern Familienangehörige. Das Verständnis der medizinischen Aufklärung dürfte durch diese Art der Patienteninformationspolitik erheblich beeinträchtigt sein.

Eine weitere offene Frage ist, warum die Selbstmordrate der jungen türkischstämmigen Frauen doppelt so hoch ist wie bei Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund. Das ist umso seltsamer, als die Selbsttötungsrate in der türkisch-kurdischen Bevölkerung insgesamt geringer ist als in der Gesamtbevölkerung. Erst wenn Erkenntnisse über die Gründe vorliegen, kann man entsprechend auch über präventive Maßnahmen diskutieren.

Nichtsdestotrotz muss bei der Frage der medizinischen Versorgung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht bei null angefangen werden. Im Alltag haben die medizinischen Einrichtungen bei der Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund jahrelang Erfahrung gesammelt. Eine Bestandsanalyse bereits vorhandener interkultureller Ansätze in medizinischen Betreuungseinrichtungen liegt bisher nicht vor, könnte aber im Sinne der Förderung von Best-Practice-Ansätzen eine wichtige Grundlage für künftige gezielte Weiterbildungs- und Trainingsprogramme bilden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Solche Beispiele auch aus anderen Ländern könnten zeigen, welche Herangehensweise hilfreich ist und welche nicht.

Wenn Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Durchschnitt schlechtere gesundheitliche Befunde aufweisen als die Mehrheitsbevölkerung, könnte dies zumindest teilweise auf ihre soziale Benachteiligung zurückzuführen sein, wie es innerhalb vergleichbarer sozialer Schichten der deutschen Bevölkerung ähnlich zu beobachten ist.

Inwieweit gesundheitliche Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund kulturell, migrationsbedingt oder sozial zu erklären sind, sollte ebenfalls weiter untersucht werden.

Meine Damen und Herren! Es freut uns sehr, dass fast alle Fraktionen in der Bürgerschaft, bis auf die GAL, die Wichtigkeit dieses Themas auch erkannt und ihre Zusatzanträge vorgelegt haben. Diese Zusatzanträge bringen aber qualitativ keine neuen Aspekte und beschäftigen sich mit den einzelnen Punkten, die durch unseren Antrag abgedeckt sind. Wenn die Ergebnisse vorliegen, werden wir im Ausschuss über die Ergebnisse ausführlich beraten. Daher werden wir die Zusatzanträge ablehnen. Ich bitte Sie um Unterstützung für unseren Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – *Christiane Schneider*
DIE LINKE: Das ist doch kein Argument!)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Haufler.

Nikolaus Haufler CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen von der SPD, Sie legen ein inhaltlich extrem dünnes Prüfersuchen an den Senat vor und schreiben eine Pressemitteilung mit der Überschrift: "Medizinische Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund verbessern!". Diese haben Sie auch noch teilweise vorgelesen, Herr Abaci. Und dann sagen Sie noch, dass Sie alle Zusatzanträge ablehnen. Ich frage mich, auf welcher inhaltlichen Basis Sie eigentlich arbeiten.

(Beifall bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter* FDP)

Es gibt sehr wohl zwei beachtliche Studien zu diesem Thema, einmal vom Robert-Koch-Institut und einmal von der Konrad-Adenauer-Stiftung, die viele interessante Befunde vorweisen. Hätten Sie diese Studien auch gelesen, bevor Sie zusätzliche Daten anfordern, dann hätten Sie nicht zwei Fehler gemacht, vor denen in diesen Studien gewarnt wird.

Erstens: Es gibt nicht "die Migranten" als Sammelbegriff. Das ist eine extrem heterogene Gruppe von Menschen.

(*Dirk Kienscherf* SPD: Hat er doch gesagt!)

In Ihrem Antrag ist dies nicht thematisiert, obwohl es extrem wichtig ist, um zu verstehen, warum es Unterschiede gibt in Bezug auf die Gesamtbevölkerung und warum es Unterschiede gibt in der Gruppe der Zuwanderer als solche. In meinen Augen ist das ein großer Fehler, denn wir sprechen von verschiedenen Zuwanderergruppen.

(Beifall bei der CDU – *Andy Grote* SPD: Wollen Sie sich abgrenzen?)

Zweitens geht es um einen noch viel gewichtigeren Fehler. Für Sie ist "der Migrant" offensichtlich jemand, den Sie zunächst defizitär betrachten. Er bringt in Ihren Augen immer erst einmal Probleme mit. In Ihrem Antrag hat er gesundheitliche Risiken, in Ihrem Antrag hat er Sprachprobleme, und er hat psychische Probleme bis hin zur Suizidgefahr. Das ist nicht unser Bild und es ist auch nicht die Realität. Die Fachwelt spricht sogar vom sogenannten "Healthy Migrant Syndrome", auf Deutsch gesagt: das Syndrom des gesunden Migranten. Gemeint ist, dass zahlreiche Einwanderergruppen in Deutschland gesünder sind als der Durchschnitt der Bevölkerung, und sie sind auch gesünder als der Durchschnitt der Bevölkerung in deren Herkunftsländern. Für die Fachwelt ist die Frage so wichtig, dass sie gezielt untersucht wird; darüber sagen Sie nichts.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen auch das Positive sehen, und deshalb haben wir einen Zusatzantrag gestellt, den Sie ablehnen. Sie wollen nämlich nicht das Positive sehen, Sie wollen den kleinen Migranten auf der einen Seite und den großen Staat auf der anderen Seite sehen, der sich um alles zu kümmern hat und immer um das Negative sehen kann.

(*Ksenija Bekeris* SPD: Ach, Herr Haufler, jetzt reden Sie doch nicht so einen Unsinn!)

Über welche Zielgruppe reden Sie eigentlich? Mir ist eine solche Häufung von Problemen, die Sie nach und nach aufgezählt haben, in der Gruppe der Migranten in dieser Intensität so nicht bekannt.

Wo ist in Ihrem Antrag eigentlich die Erwähnung der über 70 türkischsprachigen Ärzte in Hamburg

(*Andy Grote* SPD: Wir wollten Sie nicht persönlich angreifen, Herr Haufler!)

und deren Beitrag zu unserem Gesundheitssystem? Wo wird der Beitrag der über 50 polnischsprachigen Ärzte und über 40 russischsprachigen Ärzte erwähnt? Sie kümmern sich doch um die Bedürfnisse der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und um die Bedürfnisse derjenigen, die ihren Gesundheitszustand nicht unbedingt mit einem rein deutschsprachigen Arzt diskutieren können.

Wir sollten das Positive sehen. Nehmen Sie die inhaltlichen Anregungen an und lehnen Sie unsere konstruktiv gemeinten Zusatzanträge nicht ab.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Frau Schmitt hat nun das Wort.

Heidrun Schmitt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine Stärkung der interkulturellen Kompetenzen, um die es im SPD-Antrag geht, begrüßen wir als GAL-Fraktion ausdrücklich. Unter grüner Regierungsbeteiligung haben wir uns bereits für eine bessere Unterstützung von Migrantinnen und Migranten im Gesundheitssystem eingesetzt. So haben wir beispielsweise das Projekt "Mit Migranten für Migranten" finanziell ausgestattet, in dem engagierte Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund als Gesundheitslotsen ausgebildet werden, um ihre Landsleute kompetent zu beraten im Hinblick auf das deutsche Gesundheitssystem und der allgemeinen gesundheitlichen Versorgung.

Im Bereich der Versorgung von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus haben wir Grüne das Konzept der Clearingstelle auf den Weg gebracht. Allerdings müssen wir heute feststellen, dass unter dem SPD-Senat von der ursprünglichen Idee dieses Konzepts der Clearingstelle nur noch wenig übrig geblieben ist. Die BASFI ist offenbar mit der Umsetzung überfordert.

(Heidrun Schmitt)

(Dirk Kienscherf SPD: Ach, ach!)

Zwar hat die Clearingstelle nun endlich im Februar ihre Arbeit aufgenommen – und dieser Fortschritt ist natürlich besser als gar keiner –, aber Grund zum Jubeln gibt es keinesfalls.

(Beifall bei der GAL – Dirk Kienscherf SPD: Aber nicht alles madig machen!)

So sollen nun die bereitgestellten Mittel des Notfallfonds nicht, wie ursprünglich vorgesehen, für zusätzliche Bedarfe im Einzelfall aufgewendet werden, sondern für medizinische Grundversorgung. Diese ist eigentlich durch das Asylbewerberleistungsgesetz abgedeckt. Ein Ansatz, der nicht weit tragen kann und die eingesetzten 500 000 Euro natürlich sehr schnell verbrauchen wird. Das kann man sich leicht vorstellen.

Auch die Kooperation mit den Flüchtlingsinitiativen ist offensichtlich gescheitert. Es ist der Behörde nicht gelungen, das gemeinsame Interesse der Akteure zu nutzen und zu bündeln. Eine Verbesserung der Versorgungssituation von Menschen ohne Papiere wird allerdings nur dann erfolgreich sein, wenn sie mit den Initiativen und den engagierten Bürgerinnen und Bürgern in diesem Bereich geschieht und abgestimmt ist.

(Beifall bei der GAL)

Angesichts dieser Entwicklungen bin ich tatsächlich gespannt auf den Berichtspunkt zur medizinischen Versorgung für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, wie er im SPD-Antrag gefordert ist. Generell, wie schon erwähnt, findet das Anliegen, das hier formuliert ist, unsere Unterstützung. Dabei sollten wir auch den Blick verstärkt – da stimme ich in Teilen der CDU-Fraktion zu – auf die Potenziale lenken, die Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund bereits heute in unser Gesundheitssystem einbringen. Daher erachten wir die Ergänzungen aus den Zusatzanträgen der LINKEN und der CDU für sinnvoll und werden diesen zustimmen. Es ist bedauerlich, dass die SPD-Fraktion sich mit diesen Vorschlägen noch nicht einmal auseinandersetzen möchte und keiner Überweisung zustimmt,

(Beifall bei der GAL)

zumal Sie einen so großzügigen Zeitplan angelegt haben.

(Dirk Kienscherf SPD: Aber wir haben immerhin einen!)

Der Bericht an die Bürgerschaft soll erst Ende des Jahres vorliegen. Ich frage mich, warum so spät? Es wäre doch von großem Vorteil gewesen, diese Ergebnisse beispielsweise schon in die Haushaltsberatungen einbringen zu können, denn sicherlich werden wir viele interessante Daten erfahren, die auch eine Grundlage bieten können für Anträge in diesem Bereich.

Trotz dieser Kritik unterstützen wir in der Sache das Anliegen und werden dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei der Lektüre des Antrags war ich noch relativ entspannt. Nach dem Vortrag von Herrn Abaci hat sich ein gewisser Verdacht bei mir bestätigt; Herr Haufler ging schon auf den Punkt ein. Offensichtlich hat Herr Abaci eine sehr kleine Minderheit von Migranten im Auge gehabt, als er diesen Antrag geschrieben hat.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Die Masse der Migranten in Hamburg, auch generell in Deutschland, ist weder besonders gefährlich, Herr van Vormizeele, noch ist er besonders schutzbedürftig, meine Damen und Herren von der GAL und der LINKEN. Sie brauchen auch keine teuren Integrationszentren. Die Masse der Migranten in Hamburg leistet eine tolle Arbeit für diese Stadt. Wir leben davon, die Stadt verdankt ihnen viel und sie sind nicht so, wie Sie es sich vorgestellt haben.

(Beifall bei der FDP)

Nehmen Sie nur einmal ein Beispiel wie meine Familie. Meine Familie besteht zu 80 Prozent, Herr Abaci, aus Personen mit Migrationshintergrund, nämlich alle außer mir. Ich kann Ihnen sagen, dass meine gesamte Familie a) gesund ist, b) nicht kriminell und c) leistungsbereit ist. Sie braucht weder Schutzräume noch Polizeiaufsicht. Wir sollten Migranten endlich einmal ernst nehmen und keine Klischees über sie verbreiten. Das ist ein falscher Ansatz.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dass von den LINKEN und der GAL so etwas kommt, ist mir klar, aber eigentlich habe ich gedacht, die SPD mache es besser.

Der Antrag als solcher ist durchaus in Ordnung, wir werden ihm am Ende auch zustimmen. Mich hat gewundert, dass Sie unserem Zusatzantrag nicht zustimmen wollen, denn dort steht genau das, was Sie selbst beschrieben haben. Sie haben doch gesagt, es gäbe Fehlallokationen, weil die Minderheit der Migranten nicht das ambulante Hilfe- oder Prophylaxesystem benutzen, sondern gar nicht zum Arzt gehen oder in die Notfallstation von Krankenhäusern. Das ist in der Tat bei einer Minderheit der Migranten ein Problem.

(Dr. Wieland Schinnenburg)

Deshalb war Punkt 10 unseres Antrags als Verbesserung gemeint. Denken Sie noch einmal darüber nach. Wir sind gern bereit, den anderen Punkten zuzustimmen. Aber denken Sie bitte künftig daran, dass Migranten keine Sonderlinge sind und auch nicht gefährlich, es sind Menschen wie du und ich. Wir freuen uns alle darüber, dass sie da sind und hier eine tolle Leistung erbringen. Sie dürfen keine Klischees über sie verbreiten, sondern nehmen Sie sie ernst, dann kommen wir auch weiter. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Frau Özdemir, Sie haben das Wort. Vielleicht kann bis auf die Abgeordneten mit akutem Rückenleiden der Rest wieder Platz nehmen oder sonst hinausgehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Cansu Özdemir DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Leider geht es in Debatten um Integration und Migration viel zu oft um sogenannte Defizite. Demnach sind Migrantinnen und Migranten ärmer, ungebildeter, häufiger arbeitslos und eben auch kränker. Aber Migration als solche macht nicht krank, und insbesondere die Flüchtlinge wissen, dass Migration sogar Leben retten kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Trotzdem sind Menschen mit Migrationshintergrund einem erhöhten Erkrankungsrisiko ausgesetzt. Zum Teil lässt sich das dadurch erklären, dass sie auch stärker von Armut betroffen sind. Sozial benachteiligte Menschen haben weniger die Möglichkeit, ihre Gesundheit zu fördern. Sie sterben früher, sind häufiger krank und erkranken auch leider schwerer. Es sind also die Gründe und Umstände von Migration, die krank machen. Es sind die Lebensbedingungen und die Arbeitsbedingungen von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, die zu einem schlechteren Gesundheitszustand führen können. Aber auch Rassismus und Diskriminierung können krank machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein wichtiger Punkt, der dem Senat bekannt ist, ist das Drama um die medizinische Versorgung von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. Es sind zum Beispiel Asylsuchende, Bürgerkriegsflüchtlinge, Opfer von Zwangsprostitution, aber vor allem auch Menschen mit einer Duldung. Diese Menschen erhalten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Leistungen. Das bedeutet, dass sie 30 Prozent weniger bekommen als für das Existenzminimum notwendig ist. Sie sind also ärmer als arm, und sie sind nicht regulär krankenversichert.

Das bedeutet, dass ein Rechtsanspruch auf ärztliche Behandlung nur in akuten Fällen besteht, zum Beispiel bei Schmerzen, Schwangerschaft oder Geburt. Und so werden reihenweise sanierungsfähige Zähne gezogen und aus kranken Menschen werden chronisch Kranke ganz einfach aus dem Grund, weil sie nicht behandelt werden. Es besteht also ein Kreislauf aus Armut, Perspektivlosigkeit, fehlender Teilhabe und Gesundheitsrisiko.

Aber es geht auch noch schlechter, nämlich bei der medizinischen Versorgung von Menschen, die gar keinen Aufenthaltstitel haben. Sie, die eigentlich gar nicht hier sein sollten, aber mangels Alternativen trotzdem da sind, sind vermutlich zu Tausenden in Hamburg unter uns. Es hat vor zwei Wochen eine Fachtagung dazu stattgefunden, es gibt also schon jede Menge Erkenntnisse. Diese Menschen haben auch einen Anspruch auf ärztliche Behandlung bei akuten Erkrankungen, bei Schmerzzuständen, Schwangerschaft und Geburt. Ein Vertreter der Sozialbehörde hat es bei der Fachtagung noch einmal betont. Der Rechtsanspruch besteht, aber leider klappt es nicht in der Praxis. Diese Menschen müssen nämlich Angst haben, abgeschoben zu werden. Deshalb nehmen sie oftmals gar keine oder viel zu spät medizinische Hilfe in Anspruch. Frau Schmitt hat es erwähnt, dafür sollte eine Clearingstelle eingerichtet werden. 500 000 Euro wurden für drei Jahre zur Verfügung gestellt. Das ist natürlich lächerlich wenig und zeugt auch nicht gerade von interkultureller Kompetenz.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte kurz auf die weiteren Punkte aus unserem Zusatzantrag eingehen. Ein weiteres, drängendes Thema ist nämlich der Pflegebereich. Auch psychisch Kranke brauchen eine spezifische Versorgung. Außerdem muss geprüft werden, wie die Zusammenarbeit bei dem Thema Gesundheit mit Migranten-Selbstorganisationen vorangetrieben werden kann. Auch die Krankenkassen und Gesundheitsämter müssen an dieses Thema heran.

Letztendlich brauchen wir eine kontinuierliche Sozial- und Gesundheitsberichterstattung, um überhaupt handlungsfähig zu sein, die Problematik ist uns nicht neu. Insofern ist es schade, dass erst jetzt angefangen wird, Daten zu sammeln, anstatt konkrete Maßnahmen einzuleiten.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch kurz zu den Zusatzanträgen etwas sagen. Der FDP-Antrag geht leider völlig am Thema vorbei. Ich denke nicht, dass die FDP die Migrantinnen und Migranten aufklären sollte, sondern die Migrantinnen und Migranten sollten die FDP aufklären.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Der FDP fehlt nämlich meiner Auffassung nach jegliche interkulturelle Kompetenz.

(Cansu Özdemir)

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Den CDU-Antrag muss ich loben. Er hat mich positiv überrascht. Er zeugt von einer konstruktiven Herangehensweise an das Thema. Auch uns interessiert, wie sich die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund in Gesundheitsberufen entwickelt, also wie die interkulturelle Öffnung im Gesundheitswesen voranschreitet. Schade finde ich allerdings, dass die SPD unsere Anträge nicht an den Ausschuss überweisen möchte, denn der Antrag der CDU-Fraktion und auch unser Antrag würden den SPD-Antrag, der in dieser Form noch ziemlich dünn ist, ergänzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? – Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/3016, 20/3138, 20/3140 und 20/3153 an den Gesundheitsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind diese Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab. Zunächst zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/3138.

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Er ist damit mit großer Mehrheit abgelehnt.

Weiter zum Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/3153.

Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Zum Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 20/3140.

Wer stimmt dem zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist auch mit großer Mehrheit abgelehnt.

Und schließlich zum SPD-Antrag, Drucksache 20/3016.

Wer möchte sich diesem Antrag anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt 2, Berichte des Eingabenausschusses, Drucksachen 20/2921, 20/2922 und 20/2923.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 20/2921 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 20/2922 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 20/2923 –]**

Ich beginne mit dem Bericht 20/2921, zunächst zu Ziffer 1.

Wer möchte den Empfehlungen folgen, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 577/11, 578/11 und 700/11 abgegeben hat? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann gegen die Stimmen der LINKEN so beschlossen.

Wer schließt sich darüber hinaus den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war dann einstimmig.

Von den Ziffern 2 bis 4 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Zum Bericht 20/2922.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 699/11 abgegeben hat? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mit großer Mehrheit angenommen.

Zum Bericht 20/2923, zunächst Ziffer 1.

Wer schließt sich der Empfehlung an, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 674/11 abgegeben hat? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig angenommen.

Wer schließt sich darüber hinaus den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das auch einstimmig angenommen.

Von den Ziffern 2 bis 5 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

* Siehe Anlage, Seite 2002

(Präsidentin Carola Veit)

Wer schließt sich den Ausschussempfehlungen unter C an? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch das einstimmig beschlossen.

Wer stimmt dem Verlangen auf Besprechung nach Paragraph 20 Absatz 2 Satz 5 unserer Geschäftsordnung unter D zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 3, Drucksache 20/2001, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Ausbau A 7 – Drohender Verkehrskollaps in Hamburgs Nordwesten.

**[Große Anfrage der CDU-Fraktion:
Ausbau A 7 – Drohender Verkehrskollaps in
Hamburgs Nordwesten
– Drs 20/2001 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Verkehrsausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Punkt 9, Große Anfrage der FDP-Fraktion: Zur Situation der Freien Berufe in Hamburg.

**[Große Anfrage der FDP-Fraktion:
Zur Situation der Freien Berufe in Hamburg
– Drs 20/2677 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen.

Wer möchte diesem Überweisungsbegehren folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? Wird das unterstützt? – Dann wird die Besprechung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Punkt 12, Drucksache 20/2847, Unterrichtung durch mich: Bürgerschaftliches Ersuchen vom 25.08.2011: "Radverkehrsforum erhalten – Radverkehrsstrategie umsetzen".

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

**Bürgerschaftliches Ersuchen vom 25.08.2011
„Radverkehrsforum erhalten – Radverkehrs-
strategie umsetzen“ Drs.: 20/1112
– Drs 20/2847 –]**

Dazu liegt Ihnen als Drucksache 20/3142 ein Antrag der GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der GAL-Fraktion:
Ziele der Radverkehrsstrategie beibehalten
– Drs 20/3142 –]**

Beide Drucksachen möchte die GAL-Fraktion an den Verkehrsausschuss überweisen.

Wer stimmt diesem Überweisungsbegehren zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab. Zunächst zum Antrag der GAL-Fraktion.

Wer möchte diesen annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Von der Drucksache 20/2847 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Punkt 19, Drucksache 20/2917, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2011/2012, Einzelplan 3.1 Behörde für Schule und Berufsbildung, hier: Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben nach Paragraph 37 Absatz 4 Landeshaushaltsordnung – Mehrbedarf für Maßnahmen der Ausbildungsförderung.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die
Drucksache 20/2391:
Haushaltsplan 2011/2012 – Einzelplan 3.1 Be-
hörde für Schule und Berufsbildung
hier: Nachträgliche Genehmigung von über-
planmäßigen Ausgaben nach § 37 Absatz 4
Landeshaushaltsordnung (LHO) – Mehrbedarf
für Maßnahmen der Ausbildungsförderung (Se-
natsantrag)
– Drs 20/2917 –]**

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das auch in

(Präsidentin Carola Veit)

zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch das einstimmig so geschehen.

Punkt 56, Drucksache 20/3015, Antrag der SPD-Fraktion: Europäisches Städtenetzwerk für Sport und Bewegung – "Cities for Sports".

Wir haben das Ende der Sitzung erreicht. Einen schönen Abend.

Ende: 19.23 Uhr

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Europäisches Städtenetzwerk für Sport und Bewegung – "Cities for Sports"
– Drs 20/3015 –]**

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Christoph Ahlhaus, Barbara Duden und Roland Heintze

Anlage**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO**

für die Sitzung der Bürgerschaft am 8. und 9. Februar 2012

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
13	2888	Bürgerschaftliche Ersuchen vom 19. Januar 2011 und 14. September 2011 „Bericht des Rechts- und Gleichstellungsausschusses über die Drucksache 19/5189: „Lassen wir doch beide Herzen schlagen! Wir brauchen die jungen Leute“ – Neuer Anlauf für die Abschaffung des Optionszwanges im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht für Kin- der unseres Landes“ Drs.: 19/8249 und „Hamburg setzt sich weiter für die Abschaffung des Optionszwangs im Staatsangehörig- keitsrecht für Hamburgs Kinder ein“ Drs.: 20/1395
17	2882	Bericht des Haushaltsausschusses
20	2895	Bericht des Europaausschusses
21	2970	Bericht des Europaausschusses
22	2971	Bericht des Europaausschusses
23	2972	Bericht des Europaausschusses
24	2973	Bericht des Europaausschusses
25	2974	Bericht des Europaausschusses
26	2975	Bericht des Europaausschusses
27	2976	Bericht des Europaausschusses
28	2977	Bericht des Europaausschusses
29	2978	Bericht des Europaausschusses
30	2979	Bericht des Europaausschusses
31	2980	Bericht des Europaausschusses
32	2981	Bericht des Europaausschusses
33	2982	Bericht des Europaausschusses
34	2983	Bericht des Europaausschusses
35	2984	Bericht des Europaausschusses
36	2985	Bericht des Europaausschusses
39	3020	Bericht des Innenausschusses
40	3021	Bericht des Innenausschusses
41	3022	Bericht des Innenausschusses
42	2997	Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
6	2267	Traumjob Wissenschaft? Zur Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hamburger Hochschulen	SPD	Wissenschaftsausschuss
45	2992	Therapieanträge von Inhaftierten – Neuregelung der Deutschen Rentenversicherung verhindert Therapien	FDP und LINKE	Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung (f.) und Gesundheitsausschuss
47	2994	Verstärkung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit mit St. Petersburg	FDP	Europaausschuss
	3139	Verstärkung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit mit St. Petersburg	FDP	Europaausschuss
48	2995	Hamburg lernt seine Abgeordneten besser kennen	SPD und LINKE	Verfassungs- und Bezirksausschuss
51	3010	Schaffung von Transparenz bei Nutzungszeiten von Sporthallen durch eine internetbasierte Datenbank	CDU und FDP	Sportausschuss
55	3014	Signal aus Hamburg: Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft	GAL	Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung
	3136	Optionsmodell zur Staatsangehörigkeit – keine generelle Zweistaatigkeit – Erfahrungen auswerten – rechtliche Bedingungen und Anwendung verbessern	GAL	Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung
	3143	Mit gleichen Rechten und Pflichten: Liberalisierung des Staatsangehörigkeitsrechts	GAL	Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung

C. Einvernehmliche Ausschussempfehlungen

TOP	Drs-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
14	2857	Gesundheitsausschuss	EHEC-Erkrankungen in Hamburg und Aufarbeitung der EHEC-Infektionswelle
15	2871	Haushaltsausschuss	Mehr Haushaltstransparenz – Einführung eines Monatsberichts der Finanzbehörde
16	2881	Haushaltsausschuss	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 16.06.2010 Erster Bericht zum Museumscontrolling Drs.: 19/6441
18	2883	Haushaltsausschuss	Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012, Einzelplan 7 – Planungskosten CCH transparent machen!
37	3018	Innenausschuss	Bundesratsinitiative für eine wirksame und stichtagsunabhängige gesetzliche Bleiberechtsregelung

D. Einvernehmliches Verlangen auf Besprechung nach § 20 Abs. 2 Satz 5 GO

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
4	2123	Energiekosten und Energiearmut